

Gesetzentwurf

der Staatsregierung

eines Bayerischen Beamtengesetzes

A) Problem

1. Im Rahmen der Föderalismusreform wurden die Rahmengesetzgebungskompetenz des Bundes für die Rechtsverhältnisse der im öffentlichen Dienste der Länder, Gemeinden und anderen Körperschaften des öffentlichen Rechtes stehenden Personen (Art. 75 Abs. 1 Nr. 1 des Grundgesetzes in der im BGBl III, Gliederungsnummer 100-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, geändert durch das Gesetz vom 26. Juli 2002, BGBl I S. 2863) sowie die konkurrierende Gesetzgebungskompetenz für die Besoldung und Versorgung der Angehörigen des öffentlichen Dienstes, die in einem öffentlich-rechtlichen Dienst- und Treueverhältnis stehen (Art. 74a Abs. 1 des Grundgesetzes in der im BGBl III, Gliederungsnummer 100-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, geändert durch das Gesetz vom 26. Juli 2002, BGBl I S. 2863) aufgehoben und den Ländern übertragen. Im Gegenzug hat der Bund die konkurrierende Gesetzgebungskompetenz für die Statusrechte und -pflichten der Beamten der Länder, Gemeinden und anderen Körperschaften des öffentlichen Rechtes sowie der Richter in den Ländern mit Ausnahme der Laufbahnen, Besoldung und Versorgung erhalten (Art. 74 Abs. 1 Nr. 27 des Grundgesetzes in der im BGBl III, Gliederungsnummer 100-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, geändert durch das Gesetz vom 28. August 2006, BGBl I S. 2034).

Von dieser neuen Kompetenz hat der Bund mit dem Gesetz zur Regelung des Statusrechts der Beamtinnen und Beamten in den Ländern (Beamtenstatusgesetz – BeamtStG) Gebrauch gemacht. Als Folgeänderung werden mit diesem Gesetz das Beamtenrechtsrahmengesetz (BRRG) in weiten Teilen sowie einzelne rahmenrechtliche Vorschriften für die Richter im Landesdienst im Deutschen Richtergesetz (DRiG) aufgehoben. Das Deutsche Richtergesetz, das das Richterstatusrecht regelt, bleibt im Übrigen unverändert.

2. Dieses Bundesgesetz findet in den einzelnen Ländern unmittelbare Anwendung. Das Bayerische Beamtengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. August 1998 (GVBl S. 702, BayRS 2030-1-1-F), zuletzt geändert durch § 2 des Gesetzes vom 20.12.2007 (GVBl S. 931) wird hierdurch in Teilbereichen überlagert und damit nach dem allgemeinen Grundsatz des Art. 31 Grundgesetz (GG) gegenstandslos. Andere Regelungsbereiche müssen an die Regelungen des Beamtenstatusgesetzes angepasst werden.

B) Lösung

1. In einem ersten Schritt werden weitgehend redaktionelle Anpassungen des Bayerischen Beamtengesetzes an das Beamtenstatusgesetz des Bundes vorgenommen und dieses daneben für die Nutzung der neugewonnenen Länderkompetenzen zukunftsfest gemacht. Die umfassende Inanspruchnahme der neuen Länderkompetenzen auf dem Gebiet des Dienstrechts erfolgt im Rahmen der anstehenden Dienstrechtsreform in einem eigenständigen Rechtsetzungsverfahren.

Im Zuge der vorliegenden Änderung wird außerdem eine übersichtlichere Struktur geschaffen durch das Zusammenfassen über das alte Gesetz verstreuter, thematisch und systematisch zusammengehörender Vorschriften. Einzelne Normen werden an die mittlerweile veränderte Rechtslage oder Rechtsprechung angepasst. Schließlich werden bestehende Unklarheiten und Auslegungsprobleme beseitigt.

Im Hinblick auf die Vielzahl der notwendigen Änderungen ist eine vollständige Neufassung des Bayerischen Beamtengesetzes erforderlich.

2. Weiterhin wird das Bayerische Richtergesetz, das auf eine Vielzahl von beamtenrechtlichen Vorschriften verweist, soweit es keine eigenständige Regelung enthält, an die Neuregelungen im Beamtenstatusgesetz und im Bayerischen Beamtengesetz angepasst. Daneben wird eine kürzlich in Kraft getretene personalvertretungsrechtliche Änderung für das Richterrecht übernommen.

C) Alternativen

Keine

D) Kosten

1. Staat und Kommunen:

Es werden keine neuen Aufgaben durch die Anpassung des Bayerischen Beamtengesetzes geschaffen, teilweise werden die bereits jetzt durchzuführenden Verfahren vereinfacht. Dadurch sind tendenziell niedrigere Kosten der Verwaltung zu erwarten, die jedoch nicht quantifizierbar sind. Durch die Ausweitung der Möglichkeiten der Teilzeitbeschäftigung könnten sich Mehrkosten im Bereich der sonstigen Leistungen (insbesondere im Beihilfebereich) ergeben, wenn damit eine Erhöhung der Anzahl der beihilfeberechtigten Beschäftigten einhergeht. Es ist jedoch bereits nicht prognostizierbar, ob dem so ist, entsprechend können auch die Kosten nicht quantifiziert werden.

Diese Aussagen gelten für die Kommunen entsprechend.

2. Wirtschaft und Bürger:

Für den Bürger ergeben sich keine zusätzlichen Belastungen. Der Wirtschaft, insbesondere den mittelständischen Unternehmen, entstehen ebenfalls keine zusätzlichen Kosten.

Gesetzentwurf

Bayerisches Beamtengesetz (BayBG)

Inhaltsübersicht

Art. 1 Geltungsbereich

Teil 1

Allgemeine Bestimmungen

Abschnitt 1

Begriffsbestimmungen und Zuständigkeiten

Art. 2 Oberste Dienstbehörde

Art. 3 Dienstvorgesetzte, Vorgesetzte

Art. 4 Angehörige

Art. 5 Leistungen

Art. 6 Zuständigkeiten nach dem Beamtengesetz

Abschnitt 2

Beschwerdeweg und Rechtsschutz

Art. 7 Antrags- und Beschwerderecht

Art. 8 Aufschiebende Wirkung

Art. 9 Vertretung des Dienstherrn

Art. 10 Zustellung von Entscheidungen

Abschnitt 3

Leistungserfüllung

Art. 11 Abtretung, Verpfändung, Aufrechnung

Art. 12 Verjährung

Art. 13 Rückforderung

Art. 14 Übergang von Ansprüchen

Abschnitt 4

Verfahren bei Erlass allgemeiner beamtenrechtlicher Regelungen

Art. 15 Zuständigkeit zum Erlass von Verwaltungsvorschriften

Art. 16 Beteiligung der Spitzenorganisationen

Art. 17 Beteiligung der kommunalen Spitzenverbände

Teil 2

Beamtenverhältnis

Abschnitt 1

Ernennungen

Art. 18 Ernennungszuständigkeit und Wirksamwerden von Ernennungen

Art. 19 Ernennung beim Wechsel der Laufbahngruppe

Art. 20 Stellenausschreibungen

Art. 21 Verfahren und Rechtsfolgen bei nichtiger oder rücknehmbarer Ernennung

Abschnitt 2

Begründung des Beamtenverhältnisses

Art. 22 Allgemeine laufbahnrechtliche Voraussetzungen für die Berufung in das Beamtenverhältnis

Art. 23 Altersgrenze für die Berufung

Art. 24 Erlöschen des privatrechtlichen Arbeitsverhältnisses zum Dienstherrn

Art. 25 Berufung in ein Beamtenverhältnis auf Lebenszeit

Abschnitt 3

Laufbahnen

Unterabschnitt 1

Allgemeines

Art. 26 Laufbahnvorschriften, Zulassungs- und Ausbildungsordnungen

Art. 27 Begriff und Einteilung der Laufbahnen, Zulassung zum Vorbereitungsdienst, Befähigung für entsprechende Laufbahnen

Art. 28 Einstellung, Beförderung und Aufstieg

Unterabschnitt 2

Laufbahnbewerber und Laufbahnbewerberinnen

Art. 29 Einstellungsprüfung, besonderes Auswahlverfahren, Laufbahnprüfung

Art. 30 Bewerber und Bewerberinnen aus Mitgliedstaaten der Europäischen Union

Art. 31 Einfacher Dienst

Art. 32 Mittlerer Dienst

Art. 33 Gehobener Dienst

Art. 34 Höherer Dienst

Art. 35 Dienstanfänger und Dienstanfängerinnen

Art. 36 Erforderliche Fachbildung, Anrechnung förderlicher Tätigkeiten

Art. 37 Berufung in das Beamtenverhältnis auf Probe

Art. 38 Art und Dauer des Probendienstes

Unterabschnitt 3

Andere Bewerber und Bewerberinnen

Art. 39 Voraussetzungen für die Berücksichtigung

Art. 40 Art und Dauer des Probendienstes für andere Bewerber und Bewerberinnen

Unterabschnitt 4
Prüfungen

- Art. 41 Arten der Prüfungen, Prüfungsgrundsätze, Prüfungsordnungen, besonderes Auswahlverfahren
Art. 42 Zulassung zu den Prüfungen
Art. 43 Bekanntmachung von Prüfungen

Unterabschnitt 5
Dienstliche Beurteilung

- Art. 44 Dienstliche Beurteilung

Abschnitt 4
Führungspositionen auf Zeit und auf Probe

- Art. 45 Ämter mit leitender Funktion im Beamtenverhältnis auf Zeit
Art. 46 Ämter mit leitender Funktion im Beamtenverhältnis auf Probe

Abschnitt 5
**Abordnung und Versetzung
innerhalb des Geltungsbereichs dieses Gesetzes**

- Art. 47 Abordnung
Art. 48 Versetzung
Art. 49 Zuständigkeit für Abordnung und Versetzung

Abschnitt 6
**Rechtsstellung der Beamten, Beamtinnen,
Versorgungsempfänger und Versorgungsempfängerinnen bei Auflösung oder Umbildung
von Behörden oder Körperschaften**

- Art. 50 Auflösung oder Umbildung von Behörden
Art. 51 Auflösung oder Umbildung einer Körperschaft
Art. 52 Rechtsfolgen der Umbildung
Art. 53 Rechtsstellung der Beamten und Beamtinnen
Art. 54 Rechtsstellung der Versorgungsempfänger und Versorgungsempfängerinnen

Teil 3
Beendigung des Beamtenverhältnisses

Abschnitt 1
Entlassung

- Art. 55 Entlassung kraft Gesetzes
Art. 56 Zuständigkeiten und Verfahren
Art. 57 Entlassung auf eigenen Antrag
Art. 58 Rechtsfolgen der Entlassung

Abschnitt 2
Verlust der Beamtenrechte

- Art. 59 Rechtsfolgen des Verlustes der Beamtenrechte
Art. 60 Wiederaufnahmeverfahren
Art. 61 Gnadenerweis

Abschnitt 3
Ruhestand

Unterabschnitt 1
Ruhestandseintritt

- Art. 62 Altersgrenze für den gesetzlichen Ruhestandseintritt
Art. 63 Hinausschieben des Ruhestandseintritts

Unterabschnitt 2
Ruhestandsversetzung

- Art. 64 Ruhestandsversetzung auf Antrag
Art. 65 Verfahren bei Ruhestandsversetzungen wegen Dienstunfähigkeit
Art. 66 Zwangspensionierungsverfahren
Art. 67 Mitteilung aus Untersuchungsbefunden

Unterabschnitt 3
Einstweiliger Ruhestand

- Art. 68 Auflösung oder Umbildung von Behörden
Art. 69 Auflösung oder Umbildung von Körperschaften
Art. 70 Beginn des einstweiligen Ruhestands

Unterabschnitt 4
Gemeinsame Vorschriften

- Art. 71 Zuständigkeit für Ruhestandsversetzung, Beginn des Ruhestands

Abschnitt 4
Dienstzeugnis

- Art. 72 Dienstzeugnis

Teil 4
Rechtliche Stellung der Beamten und Beamtinnen

Abschnitt 1
Allgemeines

- Art. 73 Eid und Gelöbnis
Art. 74 Residenzpflicht
Art. 75 Pflicht zum Tragen von Dienstkleidung
Art. 76 Amtsbezeichnung

Abschnitt 2
Folgen der Nichterfüllung von Pflichten

- Art. 77 Dienstvergehen von Ruhestandsbeamten und Ruhestandsbeamtinnen
Art. 78 Verjährung der Schadensersatzpflicht und gesetzlicher Forderungsübergang

Abschnitt 3
Beschränkung der Vornahme von Amtshandlungen

- Art. 79 Befreiung von Amtshandlungen

Abschnitt 4
Erteilung von Auskünften

- Art. 80 Auskünfte an die Medien

Abschnitt 5

Nebentätigkeiten und Tätigkeiten von Ruhestandsbeamten und Ruhestandsbeamtinnen sowie früheren Beamten und Beamtinnen mit Versorgungsbezügen

- Art. 81 Nebentätigkeit auf Verlangen des Dienstherrn, Genehmigungspflicht
- Art. 82 Genehmigungsfreie Nebentätigkeit
- Art. 83 Rückgriffshaftung des Dienstherrn
- Art. 84 Beendigung der Nebentätigkeit im öffentlichen Dienst
- Art. 85 Ausführungsverordnung
- Art. 86 Beschäftigung oder Erwerbstätigkeit von Ruhestandsbeamten und Ruhestandsbeamtinnen sowie früheren Beamten und Beamtinnen mit Versorgungsbezügen

Abschnitt 6

Arbeitszeit, Teilzeit und Beurlaubung

- Art. 87 Regelung der Arbeitszeit, Mehrarbeit
- Art. 88 Antragsteilzeit
- Art. 89 Familienpolitische Teilzeit und Beurlaubung
- Art. 90 Arbeitsmarktpolitische Beurlaubung
- Art. 91 Altersteilzeit
- Art. 92 Zeitliche Höchstgrenzen, Zuständigkeit, Hinweispflicht
- Art. 93 Erholungs- und Sonderurlaub
- Art. 94 Rechtsfolgen der Wahl in das Parlament eines anderen Landes
- Art. 95 Fernbleiben vom Dienst

Abschnitt 7

Besondere Fürsorgepflichten

- Art. 96 Beihilfe in Krankheits-, Geburts-, Pflege- und sonstigen Fällen
- Art. 97 Ausgleich für erhöhte Lebenshaltungskosten
- Art. 98 Schadensersatz bei Gewaltakten Dritter und Sachschadensersatz bei Unfällen
- Art. 99 Mutterschutz, Elternzeit, Schwerbehinderung, Arbeitsschutz
- Art. 100 Jugendarbeitsschutz
- Art. 101 Jubiläumswendung

Abschnitt 8

Personalakten

- Art. 102 Erhebung personenbezogener Daten
- Art. 103 Zugang zur Personalakte
- Art. 104 Gliederung und Gestaltung von Personalakten
- Art. 105 Beihilfeunterlagen
- Art. 106 Anhörung
- Art. 107 Einsichtnahme in Personalakten

Art. 108 Vorlage von Personalakten und Auskunft aus Personalakten

Art. 109 Entfernung von Unterlagen aus Personalakten

Art. 110 Aussonderung von Personalakten

Art. 111 Automatisierte Verarbeitung und Nutzung von Personalaktendaten

Teil 5

Landespersonalausschuss

Art. 112 Errichtung, Unabhängigkeit

Art. 113 Zusammensetzung

Art. 114 Rechtsstellung der Mitglieder

Art. 115 Aufgaben

Art. 116 Geschäftsordnung

Art. 117 Sitzungen, Beschlussfähigkeit

Art. 118 Beweiserhebungsrecht, Amts- und Rechtshilfe

Art. 119 Bekanntmachung und Bindungswirkung der Beschlüsse

Art. 120 Geschäftsstelle

Teil 6

Besondere Beamtengruppen

Abschnitt 1

Beamte und Beamtinnen des Landtags

Art. 121 Beamte und Beamtinnen des Landtags

Abschnitt 2

Beamtenverhältnis auf Zeit

Art. 122 Beamte und Beamtinnen auf Zeit

Art. 123 Ruhestandseintritt

Abschnitt 3

Beamte und Beamtinnen der Polizei, der Justizvollzugsanstalten, des Landesamts für Verfassungsschutz, der Feuerwehren und Notariatsbeamte und Notariatsbeamtinnen

Art. 124 Polizeivollzugsbeamte und Polizeivollzugsbeamtinnen

Art. 125 Status der Beamten und Beamtinnen im Polizeivollzugsdienst in Ausbildung

Art. 126 Laufbahnvorschriften

Art. 127 Gemeinschaftsunterkunft

Art. 128 Polizeidienstunfähigkeit

Art. 129 Altersgrenze

Art. 130 Beamte und Beamtinnen bei den Justizvollzugsanstalten

Art. 131 Beamte und Beamtinnen des Landesamts für Verfassungsschutz

Art. 132 Feuerwehrbeamte und Feuerwehrbeamtinnen

Art. 133 Notariatsbeamte und Notariatsbeamtinnen

Abschnitt 4

Ehrenbeamte und Ehrenbeamtinnen

Art. 134 Ehrenbeamte und Ehrenbeamtinnen

Teil 7

Besondere Vorschriften für die unter der Aufsicht des Staates stehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts

Art. 135 Bestimmung von Dienstvorgesetzten oder Vorgesetzten

Art. 136 Zuständigkeiten bei nichtstaatlichen Dienstherrn

Art. 137 Oberste Aufsichtsbehörde

Teil 8

Dienstherrwechsel

Art. 138 Übernahme von Kirchenbeamten und Kirchenbeamtinnen in ein Beamtenverhältnis im Sinn des Bayerischen Beamtengesetzes

Art. 139 Ausbildungskostenerstattung

Art. 140 Fortbildungskostenerstattung

Teil 9

Übergangsregelungen und Schlussvorschriften

Art. 141 Übergangsregelung zum Wegfall der Anstellung

Art. 142 Übergangsregelung zum Antragsruhestand

Art. 143 Verteilung der Versorgungslast nach bisherigem Recht

Art. 144 Zuständigkeiten im Vollzug des Beamtenversorgungsgesetzes

Art. 145 Versorgungsausgleich zwischen mehreren Dienstherrn

Art. 146 Änderung des Bayerischen Richtergesetzes

Art. 147 Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Art. 1

Geltungsbereich

(1) Dieses Gesetz gilt, soweit es nichts anderes bestimmt, für die Beamten und Beamtinnen des Staates, der Gemeinden, der Gemeindeverbände und der sonstigen unter der Aufsicht des Staates stehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts.

(2) Es gilt nicht für die Beamten und Beamtinnen der öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften und ihrer Verbände.

(3) Die Rechtsverhältnisse der kommunalen Wahlbeamten (Bürgermeister, Landräte und ihre gewählten Stellvertreter, Bezirkstagspräsidenten und ihre gewählten Stellvertreter sowie berufsmäßige Gemeinderatsmitglieder) werden durch besonderes Gesetz geregelt.

Teil 1

Allgemeine Bestimmungen

Abschnitt 1

Begriffsbestimmungen und Zuständigkeiten

Art. 2

Oberste Dienstbehörde

¹Oberste Dienstbehörde ist die oberste Behörde des Dienstherrn in dem Dienstbereich, in dem der Beamte oder die Beamtin ein Amt bekleidet. ²Als oberste Dienstbehörde von Ruhestandsbeamten, Ruhestandsbeamtinnen, sonstigen Versorgungsberechtigten oder früheren Beamten und Beamtinnen gilt die Behörde, die zuletzt oberste Dienstbehörde der Beamten und Beamtinnen war.

Art. 3

Dienstvorgesetzte, Vorgesetzte

¹Dienstvorgesetzte sind diejenigen, die für beamtenrechtliche Entscheidungen über die persönlichen Angelegenheiten der ihnen nachgeordneten Beamten und Beamtinnen zuständig sind. ²Vorgesetzte sind diejenigen, die Beamten und Beamtinnen für ihre dienstliche Tätigkeit Anordnungen erteilen können.

Art. 4

Angehörige

Angehörige im Sinn dieses Gesetzes sind die in Art. 20 Abs. 5 des Bayerischen Verwaltungsverfahrensgesetzes (BayVwVfG) aufgeführten Personen.

Art. 5

Leistungen

(1) Leistungen des Dienstherrn sind Besoldung, Versorgung und sonstige Leistungen.

(2) Sonstige Leistungen sind Kostenerstattungen und Fürsorgeleistungen, soweit sie nicht zur Besoldung oder Versorgung gehören.

Art. 6

Zuständigkeiten nach dem Beamtenstatusgesetz

(1) Ausnahmen von dem Erfordernis einer bestimmten Staatsangehörigkeit nach § 7 Abs. 3 des Beamtenstatusgesetzes (BeamtStG) lässt bei Beamten und Beamtinnen des Staates die oberste Dienstbehörde, im Übrigen die oberste Aufsichtsbehörde zu.

(2) Für Abordnungen und Versetzungen nach §§ 14 und 15 BeamStG gelten Art. 49 Abs. 2 und 3 entsprechend.

(3) ¹Die Genehmigung gemäß § 37 Abs. 3 BeamStG, vor Gericht oder außergerichtlich auszusagen oder Erklärungen abzugeben, erteilt der oder die Dienstvorgesetzte oder, wenn das Beamtenverhältnis beendet ist, der oder die letzte Dienstvorgesetzte. ²Hat sich der Vorgang, den die Äußerung betrifft, bei einem früheren Dienstherrn ereignet, so darf die Genehmigung nur mit dessen Zustimmung erteilt werden. ³Über die Versagung der Aussagegenehmigung nach § 37 Abs. 4 BeamStG entscheidet die oberste Dienstbehörde; für die Beamten und Beamtinnen der Gemeinden,

der Gemeindeverbände und der sonstigen unter der Aufsicht des Staates stehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts tritt an die Stelle der obersten Dienstbehörde die oberste Aufsichtsbehörde oder die von ihr durch Rechtsverordnung bestimmte Behörde.⁴Für Polizeibeamte und Polizeibeamtinnen kann das Staatsministerium des Innern die Ausübung der Befugnis nach Satz 1 durch Rechtsverordnung auf unmittelbar nachgeordnete Behörden übertragen.⁵Zuständig für die Entscheidung über die Herausgabe von Unterlagen nach § 37 Abs. 6 BeamtStG ist der oder die Dienstvorgesetzte oder der oder die letzte Dienstvorgesetzte.

(4)¹Die oberste Dienstbehörde oder die von ihr bestimmte Behörde kann Beamten und Beamtinnen aus zwingenden dienstlichen Gründen die Führung der Dienstgeschäfte nach § 39 BeamtStG verbieten.²Der Beamte oder die Beamtin soll vor Erlass des Verbots gehört werden.

(5)¹Ausnahmen von dem Verbot der Annahme von Belohnungen, Geschenken und sonstigen Vorteilen nach § 42 Abs. 1 Satz 2 BeamtStG bedürfen der Zustimmung der obersten oder der letzten obersten Dienstbehörde.²Die Befugnis zur Zustimmung kann auf andere Behörden übertragen werden.

(6) Übermittlungen bei Strafverfahren nach § 49 BeamtStG sind an die jeweils zuständigen Dienstvorgesetzten oder ihre Vertreter im Amt zu richten und als „Vertrauliche Personalsache“ zu kennzeichnen.

Abschnitt 2

Beschwerdeweg und Rechtsschutz

Art. 7

Antrags- und Beschwerderecht

(1)¹Beamte und Beamtinnen können Anträge stellen und Beschwerden vorbringen; hierbei ist der Dienstweg einzuhalten.²Der Beschwerdeweg bis zur obersten Dienstbehörde steht offen.

(2) Richten sich Beschwerden gegen unmittelbare Vorgesetzte (Art. 3 Satz 2), so können sie bei den nächsthöheren Vorgesetzten unmittelbar eingereicht werden.

Art. 8

Aufschiebende Wirkung

Widerspruch und Anfechtungsklage gegen Abordnung oder Versetzung haben keine aufschiebende Wirkung.

Art. 9

Vertretung des Dienstherrn

(1) Soweit durch Gesetz, Rechtsverordnung oder Satzung nichts anderes bestimmt ist, wird der Dienstherr bei Klagen aus dem Beamtenverhältnis durch die oberste Dienstbehörde vertreten, welcher der Beamte oder die Beamtin untersteht oder bei Beendigung des Beamtenverhältnisses unterstanden hat; bei Streitigkeiten, die ihren Rechtsgrund in Art. 145 oder den §§ 53 bis 59 und 61 des Beamtenversorgungsgesetzes (BeamtVG) haben, wird der Dienstherr durch die oberste Dienstbehörde vertreten, deren sachlicher Weisung die Regelungsbehörde untersteht.

(2) Besteht die oberste Dienstbehörde nicht mehr und ist eine andere Dienstbehörde nicht bestimmt, so tritt an ihre Stelle bei Beamten und Beamtinnen des Staates das Staatsministerium der Finanzen, im Übrigen die frühere oberste Aufsichtsbehörde.

(3) Die Staatsregierung kann für den staatlichen Bereich durch Rechtsverordnung die den obersten Dienstbehörden zustehende Vertretungsbefugnis anderen Behörden übertragen.

Art. 10

Zustellung von Entscheidungen

¹Verfügungen und Entscheidungen, die den Beamten und Beamtinnen oder den Versorgungsberechtigten nach den Vorschriften dieses Gesetzes bekanntzugeben sind, sind zuzustellen, wenn durch sie eine Frist in Lauf gesetzt wird oder Rechte der Beamten und Beamtinnen oder Versorgungsberechtigten berührt werden.²Soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist, richtet sich die Zustellung nach den Vorschriften des Bayerischen Verwaltungszustellungs- und Vollstreckungsgesetzes.

Abschnitt 3

Leistungserfüllung

Art. 11

Abtretung, Verpfändung, Aufrechnung

(1) Ist bundesgesetzlich nichts anderes bestimmt, können Ansprüche auf sonstige Leistungen (Art. 5 Abs. 2) nur insoweit abgetreten oder verpfändet werden, als sie der Pfändung unterliegen.

(2) Der Dienstherr kann ein Aufrechnungs- oder Zurückbehaltungsrecht gegenüber Ansprüchen auf sonstige Leistungen (Art. 5 Abs. 2) nur insoweit geltend machen, als sie pfändbar sind; diese Einschränkung gilt nicht, soweit gegen den Empfänger oder die Empfängerin ein Anspruch auf Schadensersatz wegen vorsätzlicher unerlaubter Handlung besteht.

Art. 12

Verjährung

¹Ansprüche aus dem Beamtenverhältnis verjähren in drei Jahren.²Im Übrigen sind die §§ 194 bis 218 des Bürgerlichen Gesetzbuches entsprechend anzuwenden, soweit in diesem Gesetz nichts anderes bestimmt ist.³Abweichende besoldungs-, versorgungs-, und beihilferechtliche Vorschriften zur Verjährung bleiben unberührt.

Art. 13

Rückforderung

Für die Rückforderung von sonstigen Leistungen (Art. 5 Abs. 2) gilt § 12 Abs. 2 des Bundesbesoldungsgesetzes in Verbindung mit Art. 13 des Bayerischen Besoldungsgesetzes entsprechend.

Art. 14

Übergang von Ansprüchen

¹Werden Beamte, Beamtinnen oder Versorgungsberechtigte oder ihre Angehörigen körperlich verletzt oder getötet, so

geht ein gesetzlicher Schadensersatzanspruch, der diesen Personen infolge der Körperverletzung oder der Tötung gegen Dritte zusteht, insoweit auf den Dienstherrn über, als dieser während einer auf der Körperverletzung beruhenden Aufhebung der Dienstfähigkeit oder infolge der Körperverletzung oder der Tötung zur Gewährung von Leistungen verpflichtet ist. ²Ist eine Versorgungskasse zur Gewährung der Versorgung verpflichtet, so geht der Anspruch auf sie über. ³Der Übergang des Anspruchs kann nicht zum Nachteil von Verletzten oder Hinterbliebenen geltend gemacht werden. ⁴Steht Beihilfeberechtigten gegen einen Leistungserbringer oder eine Leistungserbringerin ein Anspruch auf Rückerstattung oder Schadensersatz auf Grund einer unrichtigen Abrechnung zu, kann der Dienstherr des oder der Beihilfeberechtigten durch schriftliche Anzeige gegenüber dem Leistungserbringer, der Leistungserbringerin oder dessen beziehungsweise deren Abrechnungsstelle bewirken, dass der Anspruch insoweit auf den Dienstherrn übergeht, als dieser auf Antrag des oder der Beihilfeberechtigten zu hohe Beihilfeleistungen an den Beihilfeberechtigten oder die Beihilfeberechtigte erbracht hat. ⁵Für den Freistaat Bayern regelt die Zuständigkeit für die Überleitung nach Satz 4 das Staatsministerium der Finanzen durch Rechtsverordnung.

Abschnitt 4 Verfahren bei Erlass allgemeiner beamtenrechtlicher Regelungen

Art. 15

Zuständigkeit zum Erlass von Verwaltungsvorschriften

Soweit dieses Gesetz nichts anderes bestimmt, erlässt die zu seiner Durchführung erforderlichen Verwaltungsvorschriften das Staatsministerium der Finanzen im Benehmen mit den jeweils beteiligten Staatsministerien; Verwaltungsvorschriften, die nur den Geschäftsbereich eines Staatsministeriums betreffen, erlässt dieses Staatsministerium im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen.

Art. 16

Beteiligung der Spitzenorganisationen

(1) Bei der Vorbereitung allgemeiner Regelungen der beamtenrechtlichen Verhältnisse durch die obersten Landesbehörden wirken die Spitzenorganisationen der zuständigen Gewerkschaften und Berufsverbände nach Maßgabe der folgenden Absätze in einer laufenden, umfassenden und vertrauensvollen Zusammenarbeit mit.

(2) ¹Die Spitzenorganisationen der zuständigen Gewerkschaften und Berufsverbände und das Staatsministerium der Finanzen kommen regelmäßig, mindestens jedoch zweimal im Jahr, zu Gesprächen über allgemeine Regelungen beamtenrechtlicher Verhältnisse zusammen. ²Darüber hinaus können beide Seiten aus besonderem Anlass innerhalb einer Frist von einem Monat ein Gespräch verlangen.

(3) ¹Die Entwürfe allgemeiner beamtenrechtlicher Regelungen werden den Spitzenorganisationen mit einer angemessenen Frist zur Stellungnahme zugeleitet. ²Die Stellungnahmen sollen mit dem Ziel der Einigung erörtert werden. ³Die Spitzenorganisationen können in den Erörterun-

gen verlangen, dass ihre Vorschläge, die in Gesetzentwürfen keine Berücksichtigung finden, mit Begründung und einer Stellungnahme der Staatsregierung dem Landtag mitgeteilt werden.

Art. 17

Beteiligung der kommunalen Spitzenverbände

Bei der Vorbereitung gesetzlicher Regelungen der beamtenrechtlichen Verhältnisse durch die obersten Landesbehörden sind die kommunalen Spitzenverbände zu beteiligen, wenn die Rechtsverhältnisse der Beamten und Beamtinnen im kommunalen Bereich berührt werden.

Teil 2

Beamtenverhältnis

Abschnitt 1

Ernennungen

Art. 18

Ernennungszuständigkeit und Wirksamwerden von Ernennungen

(1) ¹Die Staatsregierung ernennt die Beamten und Beamtinnen der Staatskanzlei und der Staatsministerien von der Besoldungsgruppe A 16 an und die in der Besoldungsordnung B aufgeführten Vorstände der den Staatsministerien unmittelbar nachgeordneten Behörden. ²Die übrigen Beamten und Beamtinnen des Staates werden durch die jeweils zuständigen Mitglieder der Staatsregierung ernannt; diese können die Ausübung dieser Befugnisse durch Rechtsverordnung auf andere Behörden übertragen.

(2) Die Beamten und Beamtinnen der Gemeinden, der Gemeindeverbände und der sonstigen unter der Aufsicht des Staates stehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts werden von den nach Gesetz, Rechtsverordnung oder Satzung hierfür zuständigen Stellen ernannt.

(3) Die Ernennung wird mit dem Tag der Aushändigung der Ernennungsurkunde wirksam, wenn nicht in der Urkunde ausdrücklich ein späterer Tag bestimmt ist.

Art. 19

Ernennung beim Wechsel der Laufbahngruppe

Einer Ernennung bedarf es – neben den in § 8 Abs. 1 Nrn. 1 bis 3 BeamStG geregelten Fällen – zur Verleihung eines anderen Amtes mit anderer Amtsbezeichnung beim Wechsel der Laufbahngruppe.

Art. 20

Stellenausschreibungen

Bewerber und Bewerberinnen sind durch Stellenausschreibung zu ermitteln, wenn es im besonderen dienstlichen Interesse liegt.

Art. 21

Verfahren und Rechtsfolgen bei nichtiger oder rücknehmbarer Ernennung

(1) ¹Ist eine Ernennung nichtig, hat der oder die Dienstvorsetzte dem oder der Ernannten die weitere Führung der

Dienstgeschäfte zu verbieten. ²Das Verbot ist erst dann auszusprechen, wenn die sachlich zuständigen Stellen es abgelehnt haben, die Ernennung zu bestätigen oder eine Ausnahme nachträglich zuzulassen (§ 11 Abs. 2 Nrn. 2 und 3 BeamtStG).

(2) ¹Die Rücknahme einer Ernennung (§ 12 BeamtStG) wird von der obersten Dienstbehörde erklärt; die Erklärung ist dem Beamten, der Beamtin oder seinen oder ihren versorgungsberechtigten Hinterbliebenen zuzustellen. ²Die Ernennung kann in den Fällen des § 12 Abs. 1 Nrn. 1 bis 3 BeamtStG nur innerhalb einer Frist von sechs Monaten, in den Fällen des § 12 Abs. 1 Nr. 4 BeamtStG nur innerhalb einer Frist von einem Jahr zurückgenommen werden, nachdem die oberste Dienstbehörde, bei den Gemeinden, den Gemeindeverbänden und den sonstigen unter der Aufsicht des Staates stehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts die in beamtenrechtlichen Angelegenheiten zur Vertretung nach außen berechnete Stelle von der Ernennung und dem Rücknahmegrund Kenntnis erlangt hat.

(3) Ist eine Ernennung nichtig oder ist sie zurückgenommen worden, so sind die bis zu dem Verbot nach Abs. 1 oder bis zu der Rücknahme nach Abs. 2 vorgenommenen Amtshandlungen des oder der Ernannten in gleicher Weise gültig, wie wenn sie ein Beamter oder eine Beamtin ausgeführt hätte.

(4) Die Leistungen des Dienstherrn können belassen werden.

Abschnitt 2

Begründung des Beamtenverhältnisses

Art. 22

Allgemeine laufbahnrechtliche Voraussetzungen für die Berufung in das Beamtenverhältnis

(1) In das Beamtenverhältnis darf nur berufen werden, wer die für seine oder ihre Laufbahn vorgeschriebene oder – mangels solcher Vorschriften – übliche Vorbildung besitzt (Laufbahnbewerber und Laufbahnbewerberinnen).

(2) ¹In das Beamtenverhältnis kann auch berufen werden, wer die erforderliche Befähigung durch Lebens- und Berufserfahrung innerhalb oder außerhalb des öffentlichen Dienstes erworben hat (andere Bewerber und Bewerberinnen). ²Dies gilt nicht für die Wahrnehmung solcher Aufgaben, für die eine bestimmte Vorbildung oder Ausbildung durch besondere Rechtsvorschrift vorgeschrieben ist oder die ihrer Eigenart nach eine besondere laufbahnmäßige Vorbildung und Fachausbildung zwingend erfordern. ³Die Berufung anderer Bewerber und Bewerberinnen bedarf der Zustimmung des Landespersonalausschusses.

Art. 23

Altersgrenze für die Berufung

(1) ¹In das Beamtenverhältnis darf nicht berufen werden, wer bereits das 45. Lebensjahr vollendet hat. ²Ausnahmen kann die oberste Dienstbehörde mit Zustimmung des Landespersonalausschusses, bei Beamten und Beamtinnen des

Staates außerdem im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen zulassen.

(2) Abs. 1 gilt nicht für Beamte und Beamtinnen auf Zeit.

Art. 24

Erlöschen des privatrechtlichen Arbeitsverhältnisses zum Dienstherrn

Mit der Begründung des Beamtenverhältnisses erlischt ein privatrechtliches Arbeitsverhältnis zum Dienstherrn.

Art. 25

Berufung in ein Beamtenverhältnis auf Lebenszeit

¹Ein Beamtenverhältnis auf Probe ist spätestens nach fünf Jahren in ein solches auf Lebenszeit umzuwandeln, wenn der Beamte oder die Beamtin die beamtenrechtlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt. ²Zeiten einer Beurlaubung ohne Dienstbezüge gelten nicht als Probezeit.

Abschnitt 3

Laufbahnen

Unterabschnitt 1

Allgemeines

Art. 26

Laufbahnvorschriften, Zulassungs- und Ausbildungsordnungen

(1) ¹Die Staatsregierung erlässt nach Anhörung des Landespersonalausschusses unter Berücksichtigung der Erfordernisse der einzelnen Verwaltungen durch Rechtsverordnung allgemeine Vorschriften über die Laufbahnen der Beamten und Beamtinnen nach den Grundsätzen der Art. 27 bis 44. ²Dabei können auch Regelungen zur Berücksichtigung von Erziehungszeiten bei der Dienstzeitberechnung getroffen werden.

(2) Die Staatsministerien können im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen und dem Landespersonalausschuss Vorschriften über die Zulassung zu einer Laufbahn und die Ausbildung erlassen.

Art. 27

Begriff und Einteilung der Laufbahnen, Zulassung zum Vorbereitungsdienst, Befähigung für entsprechende Laufbahnen

(1) Eine Laufbahn umfasst alle Ämter derselben Fachrichtung, die eine gleiche Vorbildung und Ausbildung voraussetzen; zur Laufbahn gehören auch Vorbereitungsdienst und Probezeit.

(2) ¹Die Laufbahnen gehören zu den Laufbahngruppen des einfachen, des mittleren, des gehobenen oder des höheren Dienstes; die Zugehörigkeit bestimmt sich nach dem Eingangsamte. ²Die Laufbahnvorschriften können von Satz 1 abweichen, wenn es die besonderen Verhältnisse der Laufbahn erfordern.

(3) Die Zulassung zum Vorbereitungsdienst einer Laufbahn darf nicht deshalb abgelehnt werden, weil die für die Laufbahn vorgeschriebene Vorbildung im Bereich eines anderen Dienstherrn erworben wurde.

(4) ¹Die Laufbahnbefähigung für entsprechende Laufbahnen besitzt auch, wer die Befähigung als Laufbahnbewerber oder Laufbahnbewerberin bei einem anderen Dienstherrn erworben hat. ²Welcher Laufbahn die Befähigung entspricht, entscheidet die oberste Dienstbehörde. ³Bei Erwerb der Befähigung bei einem nicht diesem Gesetz unterliegenden Dienstherrn ist das Einvernehmen des Landespersonalausschusses erforderlich.

Art. 28

Einstellung, Beförderung und Aufstieg

(1) Die Einstellung ist nur in dem Eingangsamte der Laufbahn zulässig, sofern nicht der Landespersonalausschuss eine Ausnahme zulässt.

(2) ¹Ämter, die regelmäßig zu durchlaufen sind, dürfen nicht übersprungen werden. ²Eine Beförderung darf nicht erfolgen

1. während der Probezeit,
2. vor Ablauf eines Jahres nach Begründung eines Beamtenverhältnisses auf Lebenszeit,
3. vor Ablauf eines Jahres seit der letzten Beförderung,
4. vor Ablauf einer Erprobungszeit von drei Monaten auf einem höherbewerteten Dienstposten.

³Ausnahmen von Satz 2 Nrn. 1 und 2 sind zulässig zum Ausgleich beruflicher Verzögerungen, die durch die Geburt oder die tatsächliche Betreuung oder Pflege eines Kindes unter 18 Jahren eintreten würden. ⁴Ausnahmen von Satz 2 Nrn. 1 und 2 sind auch zulässig, soweit ein Bundesgesetz die Vornahme eines Nachteilsausgleichs anordnet. ⁵Der Landespersonalausschuss kann sonstige Ausnahmen von den Sätzen 1 und 2 zulassen.

(3) ¹Der Aufstieg in die nächst höhere Laufbahn derselben Fachrichtung ist auch ohne Erfüllung der Eingangsvoraussetzungen für diese Laufbahn möglich. ²Für den Aufstieg soll die Ablegung einer Prüfung verlangt werden. ³Das Nähere regeln die Laufbahnvorschriften.

Unterabschnitt 2

Laufbahnbewerber und Laufbahnbewerberinnen

Art. 29

Einstellungsprüfung, besonderes Auswahlverfahren, Laufbahnprüfung

¹Laufbahnbewerber und Laufbahnbewerberinnen haben eine Einstellungsprüfung und nach dem vorgeschriebenen Vorbereitungsdienst eine Laufbahnprüfung abzulegen, soweit sich aus den Art. 31 bis 38 nichts anderes ergibt. ²Für Laufbahnbewerber und Laufbahnbewerberinnen des mittleren und des gehobenen nichttechnischen Dienstes kann an die Stelle der Einstellungsprüfung jeweils ein besonderes Auswahlverfahren treten, das eine angemessene Berücksichtigung schulischer Leistungen vorsieht. ³In den Laufbahnen des einfachen Dienstes entfällt eine Einstellungs- und Laufbahnprüfung.

Art. 30

Bewerber und Bewerberinnen aus Mitgliedstaaten der Europäischen Union

(1) ¹Die Laufbahnbefähigung kann auch auf Grund der Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen (ABl EU Nr. L 255 S. 22, 2007 Nr. L 271 S. 18) erworben werden. ²Das Nähere regelt das Staatsministerium der Finanzen durch Rechtsverordnung.

(2) Die Beherrschung der deutschen Sprache in Wort und Schrift ist Voraussetzung für die Zulassung zur Laufbahn.

Art. 31

Einfacher Dienst

Für die Laufbahnen des einfachen Dienstes sind zu fordern

1. mindestens der erfolgreiche Besuch einer Hauptschule oder ein nach Anhörung des Landespersonalausschusses vom Staatsministerium für Unterricht und Kultus als gleichwertig anerkannter Bildungsstand,
2. ein Vorbereitungsdienst von höchstens einem Jahr.

Art. 32

Mittlerer Dienst

(1) Für die Laufbahnen des mittleren Dienstes sind zu fordern

1. der mittlere Schulabschluss, der qualifizierende Hauptschulabschluss oder ein nach Anhörung des Landespersonalausschusses vom Staatsministerium für Unterricht und Kultus als gleichwertig anerkannter Bildungsstand,
2. ein Vorbereitungsdienst von zwei Jahren,
3. das Bestehen der Laufbahnprüfung für den mittleren Dienst.

(2) ¹Der Vorbereitungsdienst vermittelt die berufliche Grundbildung sowie die fachlichen Kenntnisse, Methoden und praktischen Fähigkeiten, die zur Erfüllung der Aufgaben in einer Laufbahn des mittleren Dienstes benötigt werden. ²Der Vorbereitungsdienst besteht aus einer fachtheoretischen Ausbildung und aus einer praktischen Ausbildung am Arbeitsplatz; die fachtheoretische Ausbildung beträgt in der Regel sechs Monate.

(3) ¹Abweichend von Abs. 1 Nr. 1 können für einzelne Laufbahnen in den Laufbahnvorschriften auch Bewerber und Bewerberinnen zugelassen werden, die den Hauptschulabschluss oder einen nach Anhörung des Landespersonalausschusses vom Staatsministerium für Unterricht und Kultus als gleichwertig anerkannten Bildungsstand und eine abgeschlossene förderliche Berufsausbildung nachweisen. ²In Laufbahnen, deren Zugang nicht durch Laufbahnvorschriften geregelt ist, bedarf die Zulassung einer Ausnahme nach Satz 1 der Zustimmung des Landespersonalausschusses.

Art. 33
Gehobener Dienst

(1) Für die Laufbahnen des gehobenen Dienstes sind zu fordern

1. die Fachhochschulreife, eine andere Hochschulreife oder ein nach Anhörung des Landespersonalausschusses vom Staatsministerium für Unterricht und Kultus als gleichwertig anerkannter Bildungsstand,
2. ein Vorbereitungsdienst von drei Jahren,
3. das Bestehen der Laufbahnprüfung für den gehobenen Dienst.

(2) ¹Der Vorbereitungsdienst vermittelt in einem Studiengang einer Fachhochschule oder in einem gleichstehenden Studiengang die wissenschaftlichen Erkenntnisse und Methoden sowie die berufspraktischen Fähigkeiten und Kenntnisse, die zur Erfüllung der Aufgaben der Laufbahn erforderlich sind. ²Der Vorbereitungsdienst besteht aus Fachstudien von mindestens achtzehnmonatiger Dauer und berufspraktischen Studienzeiten. ³Die berufspraktischen Studienzeiten umfassen die Ausbildung in fachbezogenen Schwerpunktbereichen der Laufbahnaufgaben; der Anteil der praktischen Ausbildung darf eine Dauer von einem Jahr nicht unterschreiten.

(3) ¹Der Vorbereitungsdienst kann auf eine Ausbildung in fachbezogenen Schwerpunktbereichen der Laufbahnaufgaben beschränkt werden, wenn der Erwerb der wissenschaftlichen Erkenntnisse und Methoden, die zur Erfüllung der Aufgaben in der Laufbahn erforderlich sind, durch eine insoweit durch die oberste Dienstbehörde mit Zustimmung des Landespersonalausschusses als geeignet anerkannte Prüfung als Abschluss eines Studiengangs mindestens an einer Fachhochschule nachgewiesen worden ist. ²Anrechenbar sind Studienzeiten von der Zeitdauer, um die nach Satz 1 der Vorbereitungsdienst gekürzt ist. ³Gegenstand der Laufbahnprüfung sind Ausbildungsinhalte des berufspraktischen Vorbereitungsdienstes.

(4) ¹Das Fachstudium des gehobenen nichttechnischen Dienstes findet an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege statt. ²Das Nähere wird durch Gesetz geregelt.

(5) ¹Für die Laufbahnen der Fachlehrer und Fachlehrerinnen und der Förderlehrer und Förderlehrerinnen kann in den Laufbahnvorschriften von Abs. 1 Nrn. 1 und 2 sowie Abs. 2 abgewichen werden. ²Zu diesen Laufbahnen kann zugelassen werden, wer den Abschluss einer Realschule oder einen nach Anhörung des Landespersonalausschusses vom Staatsministerium für Unterricht und Kultus als gleichwertig anerkannten Bildungsstand besitzt.

Art. 34
Höherer Dienst

(1) Für die Laufbahnen des höheren Dienstes sind zu fordern

1. eine erste Staatsprüfung oder ein Master-, Diplom- oder vergleichbarer Abschluss an einer wissenschaftlichen Hochschule oder Kunsthochschule oder ein Master-

Abschluss an einer Fachhochschule in einem Studiengang, der in einem förmlichen Verfahren als laufbahnrechtlich gleichwertig anerkannt wurde,

2. ein Vorbereitungsdienst von mindestens zwei Jahren,
3. das Bestehen einer Laufbahnprüfung für den höheren Dienst oder einer die Befähigung für die Laufbahn vermittelnden zweiten Staatsprüfung.

(2) Auf die Ausbildung für die Laufbahn des höheren allgemeinen Verwaltungsdienstes nach Abs. 1 kann nach Maßgabe des § 5c des Deutschen Richtergesetzes eine erfolgreich abgeschlossene Ausbildung für den gehobenen Justizdienst oder für den gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienst angerechnet werden.

Art. 35
Dienstanfänger und Dienstanfängerinnen

(1) ¹Bewerber und Bewerberinnen für die Laufbahnen des einfachen und des mittleren Dienstes können vor dem Vorbereitungsdienst in einem öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis beschäftigt werden. ²Das Ausbildungsverhältnis wird nach dem Bestehen einer vorgeschriebenen Einstellungsprüfung durch die Einberufung als Dienstanfänger oder Dienstanfängerin begründet und endet

1. mit der Berufung in das Beamtenverhältnis auf Widerruf,
2. durch Entlassung.

(2) Die für Beamte und Beamtinnen im Vorbereitungsdienst maßgebenden Vorschriften dieses Gesetzes über die Entlassungsfristen (Art. 56 Abs. 5), die für sie maßgebenden Vorschriften des Beamtenversorgungsgesetzes über die Unfallfürsorge sowie Art. 14 gelten entsprechend.

(3) Das Nähere regeln die Laufbahnvorschriften.

Art. 36
Erforderliche Fachbildung,
Anrechnung förderlicher Tätigkeiten

(1) Die für eine Laufbahn erforderliche technische oder sonstige Fachbildung ist neben der allgemeinen Vorbildung (Art. 29 bis 34) nachzuweisen.

(2) Für Laufbahnen besonderer Fachrichtungen können mit Zustimmung des Landespersonalausschusses eine abweichende Dauer des Vorbereitungsdienstes bestimmt oder an Stelle des Vorbereitungsdienstes und der Prüfungen andere gleichwertige Befähigungsvoraussetzungen vorgeschrieben werden, wenn es die besonderen Verhältnisse der Laufbahn erfordern.

(3) Die Laufbahnvorschriften können bestimmen, ob und inwieweit eine für die Ausbildung förderliche Tätigkeit innerhalb oder außerhalb des öffentlichen Dienstes auf den Vorbereitungsdienst angerechnet wird.

Art. 37
Berufung in das Beamtenverhältnis auf Probe

Wer die vorgeschriebene Laufbahnprüfung für eine Laufbahn bestanden hat, kann bei Vorliegen der sonstigen be-

amtenrechtlichen Voraussetzungen in das Beamtenverhältnis auf Probe berufen werden.

Art. 38

Art und Dauer des Probendienstes

(1) Die Art des Probendienstes und die Dauer der Probezeit sind nach den Erfordernissen in den einzelnen Laufbahnen festzusetzen.

(2) Die Laufbahnvorschriften können bestimmen, dass die Probezeit bei erheblich über dem Durchschnitt liegenden Leistungen abgekürzt werden kann.

(3) ¹Die Laufbahnvorschriften bestimmen, inwieweit Dienstzeiten im öffentlichen Dienst auf die Probezeit anzurechnen sind. ²Sie können ferner bestimmen, dass auch Zeiten einer Tätigkeit außerhalb des öffentlichen Dienstes nach Erwerb der Laufbahnbefähigung, die nach Art und Bedeutung mindestens der Tätigkeit in einem Amt der betreffenden Laufbahn entsprechen, angerechnet werden können.

Unterabschnitt 3

Andere Bewerber und Bewerberinnen

Art. 39

Voraussetzungen für die Berücksichtigung

(1) Andere als Laufbahnbewerber und Laufbahnbewerberinnen (Art. 22 Abs. 2 Satz 1) können berücksichtigt werden, wenn keine geeigneten Laufbahnbewerber oder Laufbahnbewerberinnen zur Verfügung stehen und ein besonderes dienstliches Interesse an der Gewinnung besteht.

(2) Die Befähigung für die Laufbahn, in der sie verwendet werden sollen, ist durch den Landespersonalausschuss festzustellen.

Art. 40

Art und Dauer des Probendienstes für andere Bewerber und Bewerberinnen

(1) ¹Die Art des Probendienstes und die Dauer der Probezeit sind nach den Erfordernissen in den einzelnen Laufbahnen festzusetzen. ²Die Probezeit muss mindestens drei Jahre betragen und darf fünf Jahre nicht übersteigen.

(2) ¹Die Laufbahnvorschriften bestimmen, inwieweit Dienstzeiten im öffentlichen Dienst auf die Probezeit angerechnet werden können, wenn die Tätigkeit nach ihrer Art und Bedeutung mindestens der in einem Amt der betreffenden Laufbahn entsprochen hat. ²Sie können ferner bestimmen, dass die Probezeit in Ausnahmefällen durch den Landespersonalausschuss abgekürzt werden kann.

Unterabschnitt 4

Prüfungen

Art. 41

Arten der Prüfungen, Prüfungsgrundsätze, Prüfungsordnungen, besonderes Auswahlverfahren

(1) Die Prüfungen sind Einstellungs-, Zwischen-, Laufbahn- oder Aufstiegsprüfungen.

(2) ¹Die Prüfungen haben Wettbewerbscharakter und müssen so angelegt sein, dass sie die Eignung der Prüflinge für die angestrebte Laufbahn oder das angestrebte Amt ermitteln. ²Die Grundsätze des Prüfungsverfahrens regelt eine von der Staatsregierung im Benehmen mit dem Landespersonalausschuss zu erlassende allgemeine Prüfungsordnung; die weiteren Prüfungsbestimmungen erlassen die Staatsministerien im Einvernehmen mit dem Landespersonalausschuss.

(3) ¹Das besondere Auswahlverfahren (Art. 29 Satz 2) regelt die Staatsregierung im Benehmen mit dem Landespersonalausschuss durch Rechtsverordnung. ²Darin ist eine schriftliche Prüfung vorzusehen und zu regeln, in welcher Weise die in bestimmten Fächern erzielten schulischen Leistungen berücksichtigt werden. ³Wenn vergleichbare Leistungen nicht in ausreichendem Maß vorliegen, können zusätzliche Prüfungsleistungen gefordert werden. ⁴Soweit es die besonderen Verhältnisse einzelner Laufbahnen erfordern, können die Staatsministerien im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen und dem Landespersonalausschuss durch Rechtsverordnung ergänzende oder abweichende Regelungen treffen.

Art. 42

Zulassung zu den Prüfungen

Zu den Prüfungen sind alle Personen zuzulassen, die die hierfür festgelegten Voraussetzungen erfüllen und nach den geltenden Rechtsvorschriften zum Beamten oder zur Beamtin in der Laufbahn, für die die Prüfung abgehalten werden soll, ernannt werden können.

Art. 43

Bekanntmachung von Prüfungen

(1) Die Prüfungen sind rechtzeitig bekanntzumachen.

(2) Das Nähere regeln die Prüfungsbestimmungen.

Unterabschnitt 5

Dienstliche Beurteilung

Art. 44

Dienstliche Beurteilung

¹Die allgemeinen Vorschriften über die dienstliche Beurteilung der Beamten und Beamtinnen erlässt die Staatsregierung durch Rechtsverordnung. ²Jede dienstliche Beurteilung ist zu eröffnen.

Abschnitt 4

Führungspositionen auf Zeit und auf Probe

Art. 45

Ämter mit leitender Funktion im Beamtenverhältnis auf Zeit

(1) ¹Die Ämter

1. der Amtschefs und Amtschefinnen, der Bereichsleiter und Bereichsleiterinnen sowie der Abteilungsleiter und Abteilungsleiterinnen in den obersten Landesbehörden,
2. der Leiter und Leiterinnen sowie der stellvertretenden Leiter und Leiterinnen von Behörden, soweit sie in der Besoldungsordnung B eingestuft sind, und

3. der Leiter und Leiterinnen von Organisationseinheiten von Behörden, soweit sie mindestens in der Besoldungsgruppe B 4 eingestuft sind,

werden zunächst im Beamtenverhältnis auf Zeit übertragen; Art. 46 findet keine Anwendung. ²Die Dauer der Amtsperiode beträgt fünf Jahre. ³Zeiten, in denen dem Beamten oder der Beamtin die leitende oder eine vergleichbare Funktion bereits übertragen worden ist, werden bei der Festlegung der Dauer der Amtsperiode angerechnet. ⁴Zeiten in einer vergleichbar oder höher bewerteten Funktion, welche der Beamte oder die Beamtin unmittelbar vor der Übertragung eines Amtes in leitender Funktion wahrgenommen hat, werden auf die Dauer der Amtsperiode angerechnet. ⁵Beamte und Beamtinnen können vor der Übertragung im Beamtenverhältnis auf Zeit auf die Anrechnung verzichten. ⁶Mit Ablauf der Amtsperiode ist dem Beamten oder der Beamtin das Amt mit leitender Funktion auf Lebenszeit zu übertragen, wenn der Beamte oder die Beamtin im Rahmen der bisherigen Amtsführung den Anforderungen des Amtes in vollem Umfang gerecht geworden ist. ⁷Eine weitere Übertragung des Amtes auf Zeit ist nicht zulässig.

(2) Abweichend von Abs. 1 wird das Amt sogleich im Beamtenverhältnis auf Lebenszeit übertragen, wenn der Beamte oder die Beamtin

1. bereits ein Amt mit mindestens demselben Endgrundgehalt im Beamten- oder Richterterhältnis auf Lebenszeit innehat oder innehatte oder
2. innerhalb von fünf Jahren nach der Übertragung des Amtes die gesetzliche Altersgrenze erreicht.

(3) Abs. 1 gilt nicht für die Ämter der Mitglieder des Obersten Rechnungshofs sowie für die Ämter, die auf Grund anderer gesetzlicher Vorschriften im Beamtenverhältnis auf Zeit übertragen werden.

(4) Die Gemeinden, Gemeindeverbände und sonstigen unter der Aufsicht des Staates stehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts können für ihre Beamten und Beamtinnen durch Satzung oder Beschluss des obersten Entscheidungsgremiums weitere Ämter der Besoldungsordnung B festlegen, die zunächst im Beamtenverhältnis auf Zeit vergeben werden.

(5) ¹In ein Amt mit leitender Funktion nach den Abs. 1 und 4 darf nur berufen werden, wer sich in einem Beamten- oder Richterterhältnis auf Lebenszeit befindet und in dieses Amt auch als Beamter oder Beamtin auf Lebenszeit berufen werden könnte. ²Die Staatsregierung oder das Präsidium des Landtags können im Rahmen ihrer Ernennungskompetenz Ausnahmen von Satz 1 zulassen; die Zuständigkeit des Landespersonalaussschusses ist dabei zu wahren. ³Richter und Richterinnen dürfen in ein Amt nach Abs. 1 nur berufen werden, wenn sie zugleich zustimmen, bei Wiederaufleben des Richterterhältnisses auf Lebenszeit auch in einem anderen Richteramt desselben Gerichtszweigs mit mindestens demselben Endgrundgehalt verwendet zu werden.

(6) ¹Vom Tag der Ernennung an ruhen für die Dauer des Zeitbeamtenverhältnisses die Rechte und Pflichten aus dem Amt, das dem Beamten oder der Beamtin zuletzt im Beam-

ten- oder Richterterhältnis auf Lebenszeit übertragen worden ist; das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit oder das Richterterhältnis auf Lebenszeit besteht fort. ²Dienstvergehen, die mit Bezug auf das Beamten- oder Richterterhältnis auf Lebenszeit oder das Beamtenverhältnis auf Zeit begangen worden sind, werden so verfolgt, als stünde der Beamte oder die Beamtin nur im Beamten- oder Richterterhältnis auf Lebenszeit.

(7) Wird der Beamte oder die Beamtin in ein anderes Amt mit leitender Funktion nach Abs. 1 Satz 1 versetzt oder umgesetzt, das in derselben oder einer niedrigeren Besoldungsgruppe eingestuft ist wie das ihm oder ihr zuletzt übertragene Amt mit leitender Funktion, so läuft die Amtszeit weiter.

(8) Vor der Übertragung eines anderen, einer höheren Besoldungsgruppe angehörenden Amtes mit leitender Funktion aus einem Beamtenverhältnis auf Zeit heraus ist dem Beamten oder der Beamtin das bisher auf Zeit übertragene Amt auf Lebenszeit zu übertragen.

(9) Der Beamte oder die Beamtin ist außer in den in diesem Gesetz oder im Beamtenstatusgesetz bestimmten Fällen

1. mit Ablauf der Amtszeit,
2. mit der Versetzung zu einem anderen Dienstherrn,
3. mit Verhängung einer Disziplinarmaßnahme, die über Verweis oder Geldbuße hinausgeht,
4. mit Beendigung des Beamten- oder Richterterhältnisses auf Lebenszeit

aus dem Beamtenverhältnis auf Zeit entlassen.

(10) ¹Mit der Entlassung aus dem Beamtenverhältnis auf Zeit endet der Anspruch auf Besoldung aus diesem Amt. ²Weitergehende besoldungsrechtliche Ansprüche bestehen nicht. ³Der Beamte oder die Beamtin darf während der Amtszeit nur die Amtsbezeichnung des übertragenen Amtes mit leitender Funktion führen; Art. 76 Abs. 4 Satz 2 findet keine entsprechende Anwendung.

(11) Beamte und Beamtinnen auf Zeit treten mit dem Erreichen der Altersgrenze in den Ruhestand.

(12) Dienstunfähige Beamte und Beamtinnen sind aus dem Beamtenverhältnis auf Zeit in den Ruhestand zu versetzen, wenn sie

1. eine Amtsperiode von mindestens fünf Jahren zurückgelegt haben oder
2. infolge eines Dienstunfalls dienstunfähig geworden sind.

(13) Art. 28 Abs. 2 Satz 2 Nr. 4 findet keine Anwendung.

Art. 46

Ämter mit leitender Funktion im Beamtenverhältnis auf Probe

(1) ¹Für die Beamten und Beamtinnen des Freistaates Bayern legt die Staatsregierung durch Rechtsverordnung die mindestens der Besoldungsgruppe A 15 angehörenden

Ämter der Leiter und Leiterinnen von Behörden oder Teilen von Behörden fest, die zunächst im Beamtenverhältnis auf Probe vergeben werden. ²Die Gemeinden, Gemeindeverbände und sonstigen unter der Aufsicht des Staates stehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts können für ihre Beamten und Beamtinnen durch Satzung oder Beschluss des obersten Entscheidungsgremiums die der Besoldungsordnung B angehörenden Ämter mit leitender Funktion sowie die Ämter der Leiter und Leiterinnen von Behörden oder Teilen von Behörden bestimmen, die zunächst auf Probe vergeben werden. ³Die regelmäßige Probezeit beträgt zwei Jahre; Art. 25 Satz 2 gilt entsprechend. ⁴Eine Verkürzung der Probezeit kann zugelassen werden; die Mindestprobezeit beträgt ein Jahr. ⁵Zeiten, in denen dem Beamten oder der Beamtin die leitende oder eine vergleichbare Funktion nach den Sätzen 1 und 2 bereits übertragen worden ist, werden auf die Probezeit angerechnet. ⁶Zeiten in einer vergleichbar oder höher bewerteten Funktion, welche der Beamte oder die Beamtin unmittelbar vor der Übertragung eines Amtes in leitender Funktion wahrgenommen hat, werden auf die Dauer der Amtsperiode angerechnet. ⁷Eine Verlängerung der Probezeit ist nicht zulässig. ⁸Art. 46 findet keine Anwendung auf Ämter, die gemäß Art. 45 im Beamtenverhältnis auf Zeit übertragen werden.

(2) Art. 45 Abs. 5 Sätze 1 und 2, Abs. 6 bis 8 und 13 gelten entsprechend.

(3) ¹Mit dem erfolgreichen Abschluss der Probezeit ist dem Beamten oder der Beamtin das Amt nach Abs. 1 im Beamtenverhältnis auf Lebenszeit zu übertragen; eine erneute Berufung des Beamten oder der Beamtin in ein Beamtenverhältnis auf Probe zur Übertragung dieses Amtes innerhalb eines Jahres ist nicht zulässig. ²Art. 45 Abs. 10 gilt entsprechend.

Abschnitt 5

Abordnung und Versetzung innerhalb des Geltungsbereichs dieses Gesetzes

Art. 47 Abordnung

(1) Beamte und Beamtinnen können, wenn ein dienstliches Bedürfnis besteht, vorübergehend ganz oder teilweise zu einer ihrem Amt entsprechenden Tätigkeit an eine andere Dienststelle abgeordnet werden.

(2) ¹Aus dienstlichen Gründen können Beamte und Beamtinnen vorübergehend ganz oder teilweise auch zu einer nicht ihrem Amt entsprechenden Tätigkeit abgeordnet werden, wenn ihnen die Wahrnehmung der neuen Tätigkeit auf Grund ihrer Vorbildung oder Berufsausbildung zuzumuten ist. ²Dabei ist auch die Abordnung zu einer Tätigkeit, die nicht einem Amt mit demselben Endgrundgehalt entspricht, zulässig. ³Die Abordnung nach den Sätzen 1 und 2 bedarf der Zustimmung des Beamten oder der Beamtin, wenn sie die Dauer von zwei Jahren übersteigt.

(3) Die Abordnung zu einem anderen Dienstherrn bedarf der Zustimmung des Beamten oder der Beamtin, wenn die neue Tätigkeit nicht einem Amt mit (mindestens) demsel-

ben Endgrundgehalt derselben, einer entsprechenden, gleichwertigen oder anderen Laufbahn entspricht oder die Abordnung die Dauer von fünf Jahren übersteigt.

(4) Werden Beamte oder Beamtinnen zu einem anderen Dienstherrn abgeordnet, so sind auf sie für die Dauer der Abordnung die für den Bereich dieses Dienstherrn geltenden Vorschriften über die Pflichten und Rechte mit Ausnahme der Regelungen über Dienstzeit, Amtsbezeichnung, Besoldung und Versorgung entsprechend anzuwenden.

(5) Zur Zahlung der dem Beamten oder der Beamtin zustehenden Leistungen ist auch der Dienstherr verpflichtet, zu dem der Beamte oder die Beamtin abgeordnet ist.

Art. 48 Versetzung

(1) ¹Beamte und Beamtinnen können in ein anderes Amt einer Laufbahn, für die sie die Befähigung besitzen, versetzt werden, wenn sie es beantragen oder ein dienstliches Bedürfnis besteht. ²Eine Versetzung bedarf nicht ihrer Zustimmung, wenn das neue Amt zum Bereich desselben Dienstherrn gehört, derselben Laufbahn angehört wie das bisherige Amt und mit mindestens demselben Endgrundgehalt verbunden ist; Stellenzulagen gelten hierbei nicht als Bestandteile des Grundgehalts.

(2) ¹Aus dienstlichen Gründen können Beamte und Beamtinnen ohne ihre Zustimmung in ein Amt mit demselben Endgrundgehalt auch einer gleichwertigen oder anderen Laufbahn, auch im Bereich eines anderen Dienstherrn, versetzt werden; Stellenzulagen gelten hierbei nicht als Bestandteile des Grundgehalts. ²Bei der Auflösung oder einer wesentlichen Änderung des Aufbaus oder der Aufgaben einer Behörde oder der Verschmelzung von Behörden können Beamte und Beamtinnen, deren Aufgabengebiet davon berührt ist, auch ohne ihre Zustimmung in ein anderes Amt derselben oder einer gleichwertigen Laufbahn mit geringerem Endgrundgehalt im Bereich desselben Dienstherrn versetzt werden, wenn eine ihrem bisherigen Amt entsprechende Verwendung nicht möglich ist; das Endgrundgehalt muss mindestens dem des Amtes entsprechen, das die Beamten oder Beamtinnen vor dem bisherigen Amt inne hatten.

(3) Besitzen Beamte und Beamtinnen nicht die Befähigung für die andere Laufbahn, haben sie an geeigneten Maßnahmen für den Erwerb der neuen Befähigung teilzunehmen.

(4) Werden Beamte und Beamtinnen in ein Amt eines anderen Dienstherrn versetzt, wird das Beamtenverhältnis mit dem neuen Dienstherrn fortgesetzt.

Art. 49 Zuständigkeit für Abordnung und Versetzung

(1) ¹Die Abordnung oder Versetzung ordnet die abgebende Stelle an, bei Abordnung oder Versetzung zu einer anderen obersten Dienstbehörde oder einem anderen Dienstherrn im Einvernehmen mit der aufnehmenden Stelle. ²Das Einvernehmen ist schriftlich zu erklären. ³In der Verfügung ist auszudrücken, dass das Einvernehmen vorliegt.

(2) Abgebende oder aufnehmende Stelle ist die für die Ernennung zuständige Behörde.

(3) Die oberste Dienstbehörde kann die Befugnis zur Abordnung oder Versetzung auf Behörden übertragen, die nicht für die Ernennung zuständig sind.

Abschnitt 6
**Rechtsstellung der Beamten, Beamtinnen,
Versorgungsempfänger und Versorgungsempfängerinnen bei Auflösung oder
Umbildung von Behörden oder Körperschaften**

Art. 50

Auflösung oder Umbildung von Behörden

Wird eine Behörde oder eine Organisationseinheit einer Behörde einer anderen Behörde angeschlossen oder gehen deren Aufgaben auf eine andere Behörde über, so werden im Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Organisationsänderung die davon betroffenen Beamten und Beamtinnen, sofern sie nicht nach Art. 48 Abs. 2 Satz 2 versetzt oder nach Art. 68 in den einstweiligen Ruhestand versetzt werden, bei der aufnehmenden Behörde in ihrem bisherigen Amt übernommen; laufbahnrechtliche Bestimmungen bleiben unberührt.

Art. 51

Auflösung oder Umbildung einer Körperschaft

(1) Beamte und Beamtinnen einer juristischen Person des öffentlichen Rechts mit Dienstherrnfähigkeit (Körperschaft), die vollständig in eine andere Körperschaft eingegliedert wird, treten mit der Umbildung kraft Gesetzes in den Dienst der aufnehmenden Körperschaft über.

(2) ¹Die Beamten und Beamtinnen einer Körperschaft, die vollständig in mehrere andere Körperschaften eingegliedert wird, sind anteilig in den Dienst der aufnehmenden Körperschaften zu übernehmen. ²Die beteiligten Körperschaften haben innerhalb einer Frist von sechs Monaten nach dem Zeitpunkt, in dem die Umbildung vollzogen ist, im Einvernehmen miteinander zu bestimmen, von welchen Körperschaften die einzelnen Beamten und Beamtinnen zu übernehmen sind. ³Solange ein Beamter oder eine Beamtin nicht übernommen ist, haften alle aufnehmenden Körperschaften für die ihm oder ihr zustehenden Bezüge als Gesamtschuldner.

(3) ¹Die Beamten und Beamtinnen einer Körperschaft, die teilweise in eine andere Körperschaft oder mehrere andere Körperschaften eingegliedert wird, sind zu einem verhältnismäßigen Teil, bei mehreren Körperschaften anteilig, in den Dienst der aufnehmenden Körperschaften zu übernehmen. ²Abs. 2 Satz 2 ist entsprechend anzuwenden.

(4) Abs. 1 bis 3 gelten entsprechend, wenn eine Körperschaft mit einer anderen Körperschaft oder mehreren anderen Körperschaften zu einer neuen Körperschaft zusammengeschlossen wird, wenn Teile von Körperschaften zu einem neuen Teil oder mehreren neuen Teilen einer Körperschaft zusammengeschlossen werden, wenn aus einer Körperschaft oder aus Teilen einer Körperschaft eine neue Körperschaft gebildet wird oder mehrere neue Körperschaften

gebildet werden, oder wenn Aufgaben einer Körperschaft vollständig oder teilweise auf eine andere Körperschaft oder mehrere andere Körperschaften übergehen.

Art. 52

Rechtsfolgen der Umbildung

(1) Tritt ein Beamter oder eine Beamtin auf Grund des Art. 51 Abs. 1 kraft Gesetzes in den Dienst einer anderen Körperschaft über oder wird er oder sie auf Grund des Art. 51 Abs. 2 oder 3 von einer anderen Körperschaft übernommen, wird das Beamtenverhältnis mit dem neuen Dienstherrn fortgesetzt.

(2) Im Fall des Art. 51 Abs. 1 ist dem Beamten oder der Beamtin von der aufnehmenden oder neuen Körperschaft die Fortsetzung des Beamtenverhältnisses schriftlich zu bestätigen.

(3) ¹In den Fällen des Art. 51 Abs. 2 und 3 wird die Übernahme von der Körperschaft verfügt, in deren Dienst der Beamte oder die Beamtin treten soll. ²Die Verfügung wird mit der Zustellung an den Beamten oder die Beamtin wirksam. ³Der Beamte oder die Beamtin ist verpflichtet, der Übernahmeverfügung Folge zu leisten. ⁴Wird diese Verpflichtung nicht erfüllt, so ist er oder sie zu entlassen.

(4) Die Abs. 1 bis 3 gelten entsprechend in den Fällen des Art. 51 Abs. 4.

Art. 53

Rechtsstellung der Beamten und Beamtinnen

¹Nach Art. 51 in den Dienst einer anderen Körperschaft kraft Gesetzes übergetretenen oder von ihr übernommenen Beamten und Beamtinnen soll ein ihrem bisherigen Amt nach Bedeutung und Inhalt ohne Rücksicht auf Dienststellung und Dienstalter gleichzubewertendes Amt übertragen werden. ²Wenn eine dem bisherigen Amt entsprechende Verwendung nicht möglich ist, kann ihnen auch ein anderes Amt mit geringerem Endgrundgehalt übertragen werden. ³Das Endgrundgehalt muss mindestens dem des Amtes entsprechen, das der Beamte oder die Beamtin vor dem bisherigen Amt innehatte. ⁴In diesen Fällen darf der Beamte oder die Beamtin neben der neuen Amtsbezeichnung die des früheren Amtes mit dem Zusatz „außer Dienst“ („a. D.“) führen.

Art. 54

Rechtsstellung der Versorgungsempfänger
und Versorgungsempfängerinnen

(1) Die Vorschriften des Art. 51 Abs. 1 und 2 und des Art. 52 gelten entsprechend für die im Zeitpunkt der Umbildung bei der abgebenden Körperschaft vorhandenen Versorgungsempfänger und Versorgungsempfängerinnen.

(2) In den Fällen des Art. 51 Abs. 3 bleiben die Ansprüche der im Zeitpunkt der Umbildung vorhandenen Versorgungsempfänger und Versorgungsempfängerinnen gegenüber der abgebenden Körperschaft bestehen.

(3) Abs. 1 und 2 gelten entsprechend in den Fällen des Art. 51 Abs. 4.

Teil 3
Beendigung des Beamtenverhältnisses

Abschnitt 1
Entlassung

Art. 55
 Entlassung kraft Gesetzes

¹Beamte und Beamtinnen auf Widerruf sind neben den in § 22 Abs. 4 BeamStG geregelten Fällen entlassen, wenn die Laufbahnprüfung nicht binnen einer angemessenen Frist nach Beendigung des vorgeschriebenen Vorbereitungsdienstes nach näherer Maßgabe der Laufbahnvorschriften abgelegt worden ist. ²Die Laufbahnvorschriften können für einzelne Laufbahnen vorsehen, dass das Beamtenverhältnis trotz Vorliegens der Voraussetzungen nach Satz 1 oder § 22 Abs. 4 BeamStG fortgesetzt wird.

Art. 56
 Zuständigkeiten und Verfahren

(1) ¹Die für die Ernennung zuständige Behörde entscheidet darüber, ob die Voraussetzungen für eine Entlassung kraft Gesetzes vorliegen; sie stellt den Tag der Beendigung des Beamtenverhältnisses fest. ²Im Fall des § 22 Abs. 1 Nr. 1 BeamStG tritt an die Stelle der für die Ernennung zuständigen Behörde die oberste Dienstbehörde, für die Beamten und Beamtinnen der Gemeinden, der Gemeindeverbände und der sonstigen unter der Aufsicht des Staates stehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts die oberste Aufsichtsbehörde.

(2) Im Fall einer Entlassung durch Verwaltungsakt (Entlassungsverfügung) wird die Entlassung von der Stelle verfügt, die für die Ernennung zuständig wäre, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist.

(3) Die Entlassungsverfügung ist unter Angabe des Grundes und des Zeitpunkts der Entlassung zuzustellen.

(4) ¹Die Entlassung wird wirksam

1. im Fall des § 23 Abs. 1 Nr. 1 BeamStG mit der Zustellung der Entlassungsverfügung,
2. in den Fällen des § 23 Abs. 1 Nrn. 2 bis 4, Abs. 3 und Abs. 4 Satz 1 BeamStG mit dem in der Entlassungsverfügung bezeichneten Zeitpunkt,
3. im Übrigen mit dem Ende des Monats, der auf den Monat folgt, in dem die Entlassungsverfügung zugestellt worden ist.

²Die Entlassung von Beamten und Beamtinnen auf Zeit nach Art. 122 Abs. 3 Satz 2 wird mit Ablauf des letzten Tages der Amtszeit wirksam.

(5) ¹Bei Entlassungen nach § 23 Abs. 1 Nr. 3, Abs. 3 Nrn. 2 und 3 sowie Abs. 4 BeamStG sind folgende Fristen einzuhalten:

bei einer Beschäftigungszeit	
bis zu drei Monaten	zwei Wochen zum Monatsschluss,
von mehr als drei Monaten	sechs Wochen zum Schluss eines Kalendervierteljahres.

²Als Beschäftigungszeit gilt die Zeit ununterbrochener Tätigkeit im Beamtenverhältnis.

Art. 57
 Entlassung auf eigenen Antrag

(1) ¹Beamte und Beamtinnen können jederzeit gegenüber ihren Dienstvorgesetzten ihre Entlassung verlangen. ²Die Erklärung kann, solange die Entlassungsverfügung noch nicht zugegangen ist, innerhalb zweier Wochen nach Zugang bei dem oder der Dienstvorgesetzten schriftlich zurückgenommen werden, mit Zustimmung der Entlassungsbehörde auch nach Ablauf dieser Frist.

(2) ¹Die Entlassung ist zum beantragten Zeitpunkt auszusprechen. ²Sie kann so lange hinausgeschoben werden, bis die Amtsgeschäfte des Beamten oder der Beamtin ordnungsgemäß erledigt sind, längstens jedoch drei Monate; bei Lehrkräften an öffentlichen Schulen kann sie bis zum Schluss des laufenden Schulhalbjahres hinausgeschoben werden.

Art. 58
 Rechtsfolgen der Entlassung

¹Nach der Entlassung haben frühere Beamte und Beamtinnen keinen Anspruch auf Leistungen des Dienstherrn, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist. ²Sie dürfen die Amtsbezeichnung und die im Zusammenhang mit dem Amt verliehenen Titel nur führen, wenn ihnen die Erlaubnis nach Art. 76 Abs. 5 erteilt ist.

Abschnitt 2
Verlust der Beamtenrechte

Art. 59
 Rechtsfolgen des Verlustes der Beamtenrechte

¹Endet das Beamtenverhältnis nach § 24 Abs. 1 BeamStG, so entstehen keine Ansprüche auf Leistungen des Dienstherrn, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist. ²Beamte und Beamtinnen dürfen die Amtsbezeichnung und die im Zusammenhang mit dem Amt verliehenen Titel nicht führen.

Art. 60
 Wiederaufnahmeverfahren

(1) ¹Im Fall des § 24 Abs. 2 BeamStG entsteht ein Anspruch auf Übertragung eines Amtes derselben oder einer mindestens gleichwertigen Laufbahn und mit mindestens demselben Endgrundgehalt wie das bisherige Amt, sofern die Altersgrenze noch nicht erreicht ist und noch Dienstfähigkeit besteht. ²Bis zur Übertragung des neuen Amtes stehen die Leistungen des Dienstherrn zu, die aus dem bisherigen Amt zugestanden hätten.

(2) Wird auf Grund des im Wiederaufnahmeverfahren festgestellten Sachverhalts ein Disziplinarverfahren mit dem Ziel der Entfernung aus dem Beamtenverhältnis eingeleitet, so gehen die nach Abs. 1 zustehenden Ansprüche unter, wenn auf Entfernung aus dem Beamtenverhältnis erkannt wird; bis zum rechtskräftigen Abschluss des Disziplinarverfahrens können die Ansprüche nicht geltend gemacht werden.

(3) Rechtfertigt der im Wiederaufnahmeverfahren festgestellte Sachverhalt die Einleitung eines Disziplinarverfahrens mit dem Ziel der Entfernung aus dem Beamtenverhältnis nicht, wird aber auf Grund eines rechtskräftigen Strafurteils, das nach der früheren Entscheidung ergangen ist, ein Disziplinarverfahren mit dem Ziel der Entfernung aus dem Beamtenverhältnis eingeleitet, so gilt Abs. 2 entsprechend; es werden jedoch in diesem Fall die Leistungen des Dienstherrn nachgezahlt, die dem Beamten oder der Beamtin bis zur Rechtskraft des Strafurteils aus dem bisherigen Amt zugestanden hätten.

(4) Abs. 2 und 3 gelten entsprechend in Fällen der Entlassung von Beamten und Beamtinnen auf Probe oder auf Widerruf wegen eines Verhaltens der in § 23 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 BeamStG bezeichneten Art.

(5) Auf die nach den Abs. 1 und 3 zustehenden Leistungen des Dienstherrn wird ein anderes Arbeitseinkommen oder ein Unterhaltsbeitrag angerechnet; Beamte und Beamtinnen sind zur Auskunft über dieses Einkommen verpflichtet.

Art. 61 Gnadenerweis

(1) Dem Ministerpräsidenten steht hinsichtlich des Verlustes der Beamtenrechte das Gnadenrecht zu.

(2) Wird im Gnadenweg der Verlust der Beamtenrechte in vollem Umfang beseitigt, so gilt von diesem Zeitpunkt ab Art. 60 entsprechend.

(3) Auf Unterhaltsbeiträge, die im Gnadenweg bewilligt werden, finden Art. 74 Abs. 3 und 4 des Bayerischen Disziplinalgesetzes (BayDG) entsprechende Anwendung, soweit die Gnadenentscheidung nichts anderes bestimmt.

Abschnitt 3 Ruhestand

Unterabschnitt 1 Ruhestandseintritt

Art. 62 Altersgrenze für den gesetzlichen Ruhestandseintritt

¹Altersgrenze für den gesetzlichen Ruhestandseintritt ist das Ende des Monats, in dem Beamte und Beamtinnen das 65. Lebensjahr vollenden. ²Abweichend von Satz 1 ist Altersgrenze für Lehrkräfte an öffentlichen Schulen das Ende des Schuljahres, das dem Schuljahr vorangeht, in dem sie das 65. Lebensjahr vollenden. ³Für einzelne Beamtengruppen kann gesetzlich eine andere Altersgrenze bestimmt werden, wenn die Eigenart der Amtsaufgaben es erfordert.

Art. 63 Hinausschieben des Ruhestandseintritts

(1) ¹Wenn zwingende dienstliche Rücksichten im Einzelfall die Fortführung der Dienstgeschäfte durch einen bestimmten Beamten oder eine bestimmte Beamtin erfordern, kann der Eintritt in den Ruhestand über die gesetzlich festgesetzte Altersgrenze für eine bestimmte Frist, die jeweils ein Jahr nicht übersteigen darf, hinausgeschoben werden, höchstens jedoch bis zur Vollendung des 68. Lebensjahres und um nicht mehr als insgesamt fünf Jahre. ²Die Entscheidung

trifft bei den Beamten und Beamtinnen der Staatskanzlei und der Staatsministerien von der Besoldungsgruppe A 16 an und den in der Besoldungsordnung B aufgeführten Vorständen der den Staatsministerien unmittelbar nachgeordneten Behörden die Staatsregierung, bei den übrigen Beamten und Beamtinnen die oberste Dienstbehörde mit Zustimmung des Landespersonalausschusses.

(2) ¹Wenn die Fortführung der Dienstgeschäfte im dienstlichen Interesse liegt, kann der Eintritt in den Ruhestand auf Antrag über die gesetzlich festgesetzte Altersgrenze für eine bestimmte Frist, die jeweils ein Jahr nicht übersteigen darf, hinausgeschoben werden, höchstens jedoch bis zur Vollendung des 68. Lebensjahres und bei sonst gesetzlich festgesetzten Altersgrenzen um nicht mehr als insgesamt fünf Jahre; der Antrag soll spätestens sechs Monate vor Erreichen der gesetzlich festgelegten Altersgrenze gestellt werden. ²Die Entscheidung trifft die Behörde, die für die Ruhestandsversetzung zuständig ist.

Unterabschnitt 2 Ruhestandsversetzung

Art. 64 Ruhestandsversetzung auf Antrag

Ein Beamter oder eine Beamtin auf Lebenszeit kann auf Antrag in den Ruhestand versetzt werden, wenn er oder sie

1. das 64. Lebensjahr vollendet hat und nicht Altersteilzeit im Blockmodell (Art. 91 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2) in Anspruch nimmt, soweit nicht besonders schwerwiegende Gründe eine Versetzung in den Ruhestand vor Erreichen der gesetzlichen Altersgrenze rechtfertigen, oder
2. schwerbehindert im Sinn des § 2 Abs. 2 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch (SGB IX) ist und mindestens das 60. Lebensjahr vollendet hat.

Art. 65 Verfahren bei Ruhestandsversetzungen wegen Dienstunfähigkeit

(1) Als dienstunfähig nach § 26 Abs. 1 Satz 1 BeamStG können Beamte und Beamtinnen auch dann angesehen werden, wenn sie infolge einer Erkrankung innerhalb von sechs Monaten mehr als drei Monate keinen Dienst geleistet haben und keine Aussicht besteht, dass sie innerhalb von weiteren sechs Monaten wieder voll dienstfähig werden.

(2) ¹Bestehen Zweifel über die Dienstunfähigkeit, so ist der Beamte oder die Beamtin verpflichtet, sich nach Weisung des oder der Dienstvorgesetzten ärztlich untersuchen und, falls ein Amtsarzt oder eine Amtsärztin dies für erforderlich hält, beobachten zu lassen. ²Wer sich trotz wiederholter schriftlicher Aufforderung ohne hinreichenden Grund der Verpflichtung, sich nach Weisung des oder der Dienstvorgesetzten untersuchen oder beobachten zu lassen entzieht, kann so behandelt werden, wie wenn die Dienstunfähigkeit amtsärztlich festgestellt worden wäre.

(3) ¹Wird in den Fällen des § 26 Abs. 1 BeamStG ein Antrag auf Versetzung in den Ruhestand gestellt, so wird die Dienstunfähigkeit dadurch festgestellt, dass der unmittelbare Dienstvorgesetzte oder die unmittelbare Dienstvorgesetzte auf Grund eines amtsärztlichen Gutachtens über den

Gesundheitszustand erklärt, er oder sie halte den Beamten oder die Beamtin nach pflichtgemäßem Ermessen für dauernd unfähig, die Dienstpflichten zu erfüllen. ²Die über die Versetzung in den Ruhestand entscheidende Behörde ist an die Erklärung des oder der unmittelbaren Dienstvorgesetzten nicht gebunden; sie kann andere Beweise erheben.

(4) Wird nach der Versetzung in den Ruhestand wegen Dienstunfähigkeit die Dienstfähigkeit wiederhergestellt und beantragt der Ruhestandsbeamte oder die Ruhestandsbeamtin vor Ablauf von fünf Jahren seit der Versetzung in den Ruhestand eine erneute Berufung in das Beamtenverhältnis, ist diesem Antrag zu entsprechen, falls nicht zwingende dienstliche Gründe entgegenstehen.

Art. 66

Zwangspensionierungsverfahren

(1) Hält der oder die Dienstvorgesetzte den Beamten oder die Beamtin für dienstunfähig und beantragt dieser oder diese die Versetzung in den Ruhestand nicht, so teilt der oder die Dienstvorgesetzte dem Beamten, der Beamtin, dessen oder deren Vertreter oder Vertreterin schriftlich mit, dass die Versetzung in den Ruhestand beabsichtigt sei; dabei sind die Gründe für die Versetzung in den Ruhestand anzugeben.

(2) ¹Gegen die Versetzung in den Ruhestand können innerhalb eines Monats Einwendungen erhoben werden. ²Danach entscheidet die für die Versetzung in den Ruhestand zuständige Behörde. ³Mit dem Ende des Monats, in dem die Entscheidung über die Versetzung in den Ruhestand zugestellt wird, ist bis zu deren Unanfechtbarkeit die das Ruhegehalt zuzüglich des Unterschiedsbetrags nach § 50 Abs. 1 Satz 2 BeamtVG übersteigende Besoldung mit Ausnahme der vermögenswirksamen Leistungen einzubehalten. ⁴Wird die Versetzung in den Ruhestand unanfechtbar aufgehoben, sind die einbehaltenen Dienstbezüge nachzuzahlen.

Art. 67

Mitteilung aus Untersuchungsbefunden

(1) Wird in den Fällen des Art. 65 eine (amts-)ärztliche Untersuchung durchgeführt, teilt der Arzt oder die Ärztin im Einzelfall auf Anforderung der Behörde die tragenden Feststellungen und Gründe des Gutachtens und die in Frage kommenden Maßnahmen zur Wiederherstellung der Dienstfähigkeit mit, soweit deren Kenntnis für die Behörde unter Beachtung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit für die von ihr zu treffende Entscheidung erforderlich ist.

(2) ¹Die ärztliche Mitteilung über die Untersuchungsbefunde nach Abs. 1 ist in einem gesonderten, verschlossenen und versiegelten Umschlag zu übersenden. ²Die an die Behörde übermittelten Daten dürfen nur für die nach § 26 BeamStG zu treffende Entscheidung verarbeitet oder genutzt werden. ³Die Mitteilung ist verschlossen zur Personalakte zu nehmen.

(3) ¹Die Behörde hat vor der Untersuchung auf den Zweck der Untersuchung und auf die ärztliche Befugnis zur Übermittlung der Untersuchungsbefunde nach Abs. 1 an die Behörde hinzuweisen. ²Der Arzt oder die Ärztin übermittelt dem Beamten oder der Beamtin oder, soweit dem ärztliche

Gründe entgegenstehen, dem Vertreter oder der Vertreterin eine Ablichtung der auf Grund dieser Vorschrift an die Behörde erteilten Auskünfte.

Unterabschnitt 3

Einstweiliger Ruhestand

Art. 68

Auflösung oder Umbildung von Behörden

¹Bei der Auflösung einer Behörde oder bei einer auf Landesgesetz oder -verordnung beruhenden wesentlichen Änderung des Aufbaus oder Verschmelzung einer Behörde mit einer anderen Behörde kann ein Beamter oder eine Beamtin, dessen oder deren Aufgabengebiet von der Auflösung oder Umbildung berührt wird, in den einstweiligen Ruhestand versetzt werden, wenn eine Versetzung nach Art. 48 nicht möglich ist. ²Die Versetzung in den einstweiligen Ruhestand ist nur dann zulässig, wenn aus Anlass der Auflösung oder Umbildung Planstellen eingespart werden. ³Freie Planstellen im Bereich desselben Diensttherm sollen den in den einstweiligen Ruhestand versetzten Beamten und Beamtinnen vorbehalten werden, die für diese Stellen geeignet sind.

Art. 69

Auflösung oder Umbildung von Körperschaften

(1) ¹Bei der Auflösung oder Umbildung einer Körperschaft (Art. 51) kann die aufnehmende oder neue Körperschaft, wenn die Zahl der bei ihr nach der Umbildung vorhandenen Beamten oder Beamtinnen den tatsächlichen Bedarf übersteigt, innerhalb einer Frist von sechs Monaten Beamte oder Beamtinnen auf Lebenszeit oder auf Zeit, deren Aufgabengebiet von der Umbildung berührt wurde, in den einstweiligen Ruhestand versetzen. ²Die Frist des Satzes 1 beginnt im Fall des Art. 51 Abs. 1 mit dem Übertritt, in den Fällen des Art. 51 Abs. 2 und 3 mit der Bestimmung derjenigen Beamten oder Beamtinnen, zu deren Übernahme die Körperschaft verpflichtet ist; Entsprechendes gilt in den Fällen des Art. 51 Abs. 4. ³Art. 68 Satz 3 gilt entsprechend. ⁴Bei Beamten oder Beamtinnen auf Zeit, die nach Satz 1 in den einstweiligen Ruhestand versetzt sind, endet der einstweilige Ruhestand mit Ablauf der Amtszeit; sie gelten in diesem Zeitpunkt als dauernd in den Ruhestand versetzt, wenn sie bei Verbleiben im Amt mit Ablauf der Amtszeit in den Ruhestand getreten wären.

(2) In den Fällen einer landesübergreifenden Körperschaftsumbildung nach § 18 Abs. 2 Satz 1 BeamStG beträgt die Frist sechs Monate; Abs. 1 Satz 2 gilt in diesen Fällen entsprechend.

Art. 70

Beginn des einstweiligen Ruhestands

¹Der einstweilige Ruhestand beginnt, wenn nicht im Einzelfall ausdrücklich ein späterer Zeitpunkt festgesetzt wird, mit dem Zeitpunkt, in dem die Verfügung über die Versetzung in den einstweiligen Ruhestand zugestellt wird, spätestens jedoch mit dem Ende der drei Monate, die auf den Monat der Zustellung folgen. ²Die Verfügung kann bis zum Beginn des einstweiligen Ruhestands zurückgenommen werden.

Unterabschnitt 4
Gemeinsame Vorschriften

Art. 71
Zuständigkeit für Ruhestandsversetzung,
Beginn des Ruhestands

(1) ¹Die Versetzung in den Ruhestand sowie die Entscheidung über das Vorliegen begrenzter Dienstfähigkeit im Sinn des § 27 Abs. 1 BeamtStG wird, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist, von der Behörde verfügt, die für die Ernennung zuständig wäre. ²Die Verfügung ist zuzustellen; sie kann bis zum Beginn des Ruhestands zurückgenommen werden.

(2) Die Ruhestandsversetzung nach § 28 Abs. 2 BeamtStG bedarf der Zustimmung der obersten Dienstbehörde sowie bei Beamten und Beamtinnen des Staates der des Staatsministeriums der Finanzen.

(3) Der Ruhestand beginnt, abgesehen von den Fällen des § 30 Abs. 4 BeamtStG sowie der Art. 62, 64, 70 und 123 Abs. 2 Satz 3 Halbsatz 2 und Abs. 3 mit dem Ende des Monats, in dem die Verfügung über die Versetzung in den Ruhestand zugestellt worden ist, sofern nicht auf Antrag oder mit schriftlicher Zustimmung des Beamten oder der Beamtin ein früherer Zeitpunkt festgesetzt wird.

Abschnitt 4
Dienstzeugnis

Art. 72
Dienstzeugnis

¹Nach Beendigung des Beamtenverhältnisses wird auf Antrag von dem oder der letzten Dienstvorgesetzten ein Dienstzeugnis über Art und Dauer der bekleideten Ämter erteilt. ²Das Dienstzeugnis muss auf Verlangen auch über die ausgeübte Tätigkeit, die Führung und die Leistungen Auskunft geben.

Teil 4
Rechtliche Stellung der Beamten und Beamtinnen

Abschnitt 1
Allgemeines

Art. 73
Eid und Gelöbnis

(1) Der Diensteid nach § 38 BeamtStG hat folgenden Wortlaut: „Ich schwöre Treue dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und der Verfassung des Freistaates Bayern, Gehorsam den Gesetzen und gewissenhafte Erfüllung meiner Amtspflichten, so wahr mir Gott helfe.“

(2) ¹Der Eid kann auch ohne die Worte „so wahr mir Gott helfe“ geleistet werden. ²Erklärt ein Beamter oder eine Beamtin, dass aus Glaubens- oder Gewissensgründen kein Eid geleistet werden könne, so sind an Stelle der Worte „ich schwöre“ die Worte „ich gelobe“ zu sprechen oder es ist das Gelöbnis mit einer dem Bekenntnis der Religionsgemeinschaft oder der Überzeugung der Weltanschauungsgemeinschaft des Beamten oder der Beamtin entsprechenden, gleichwertigen Beteuerungsformel einzuleiten.

(3) ¹In den Fällen des § 38 Abs. 2 BeamtStG kann von einer Eidesleistung abgesehen werden. ²An die Stelle des Eides tritt dann ein Gelöbnis mit folgendem Wortlaut: „Ich gelobe, meine Amtspflichten gewissenhaft zu erfüllen.“

Art. 74
Residenzpflicht

(1) Der Beamte oder die Beamtin hat eine Wohnung so zu nehmen, dass die ordnungsmäßige Wahrnehmung der Dienstgeschäfte nicht beeinträchtigt wird.

(2) Der oder die Dienstvorgesetzte kann den Beamten oder die Beamtin anweisen, die Wohnung innerhalb einer bestimmten Entfernung von der Dienststelle zu nehmen oder eine Dienstwohnung zu beziehen, wenn die dienstlichen Verhältnisse es erfordern.

(3) Wenn besondere dienstliche Verhältnisse es dringend erfordern, kann der Beamte oder die Beamtin angewiesen werden, sich während der dienstfreien Zeit erreichbar in Nähe des Dienorts aufzuhalten.

Art. 75
Pflicht zum Tragen von Dienstkleidung

Beamte und Beamtinnen sind verpflichtet, nach näherer Bestimmung der obersten Dienstbehörde Dienstkleidung zu tragen, wenn es das Amt erfordert.

Art. 76
Amtsbezeichnung

(1) Eine Amtsbezeichnung, die herkömmlich für ein Amt verwendet wird, das eine bestimmte Befähigung voraussetzt und einen bestimmten Aufgabenkreis umfasst, darf nur Beamten und Beamtinnen verliehen werden, die ein solches Amt bekleiden.

(2) Die Staatsregierung setzt die Amtsbezeichnungen fest, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist oder sie die Ausübung dieses Rechts nicht anderen Stellen überträgt.

(3) ¹Beamte und Beamtinnen führen im Dienst die Amtsbezeichnung des ihnen übertragenen Amtes; sie dürfen sie auch außerhalb des Dienstes führen. ²Nach dem Übertritt in ein anderes Amt darf die bisherige Amtsbezeichnung nicht mehr geführt werden; in den Fällen der Versetzung in ein Amt mit geringerem Endgrundgehalt gelten Abs. 4 Sätze 2 und 3 entsprechend.

(4) ¹Ruhestandsbeamte und Ruhestandsbeamtinnen dürfen die ihnen bei der Versetzung in den Ruhestand zustehende Amtsbezeichnung mit dem Zusatz „außer Dienst (a. D.)“ und die im Zusammenhang mit dem Amt verliehenen Titel weiterführen. ²Wird ihnen ein neues Amt übertragen, so erhalten sie die Amtsbezeichnung des neuen Amtes; gehört dieses Amt nicht einer Besoldungsgruppe mit mindestens demselben Endgrundgehalt an wie das bisherige Amt, so darf neben der neuen Amtsbezeichnung die des früheren Amtes mit dem Zusatz „außer Dienst (a. D.)“ geführt werden. ³Ändert sich die Bezeichnung des früheren Amtes, so darf die geänderte Amtsbezeichnung geführt werden.

(5) ¹Entlassenen Beamten und Beamtinnen kann die oberste Dienstbehörde die Erlaubnis erteilen, die Amtsbezeichnung mit dem Zusatz „außer Dienst (a. D.)“ sowie die im Zusammenhang mit dem Amt verliehenen Titel zu führen. ²Die Erlaubnis kann zurückgenommen werden, wenn der frühere Beamte oder die frühere Beamtin sich ihrer als nicht würdig erweist.

Abschnitt 2 Folgen der Nichterfüllung von Pflichten

Art. 77 Dienstvergehen von Ruhestandsbeamten und Ruhestandsbeamtinnen

Bei Ruhestandsbeamten und Ruhestandsbeamtinnen oder früheren Beamten und Beamtinnen mit Versorgungsbezügen gilt es über § 47 BeamStG hinaus als Dienstvergehen, wenn sie

1. an Bestrebungen teilnehmen, die darauf abzielen, den Bestand oder die Sicherheit des Freistaates Bayern zu beeinträchtigen,
2. entgegen § 29 Abs. 2, § 30 Abs. 3 Satz 1 BeamStG schuldhaft einer erneuten Berufung in das Beamtenverhältnis oder den Verpflichtungen nach § 29 Abs. 4 BeamStG nicht nachkommen, oder
3. einer Untersagung nach § 41 Satz 2 BeamStG zuwiderhandeln.

Art. 78 Verjährung der Schadensersatzpflicht und gesetzlicher Forderungsübergang

(1) ¹Ansprüche nach § 48 BeamStG verjähren in drei Jahren von dem Zeitpunkt an, in dem der Dienstherr von dem Schaden und der Person des oder der Ersatzpflichtigen Kenntnis erlangt hat, ohne Rücksicht auf diese Kenntnis in zehn Jahren von der Begehung der Handlung an. ²Hat der Dienstherr einem Dritten Schadensersatz geleistet, so tritt an die Stelle des Zeitpunkts, in dem der Dienstherr von dem Schaden Kenntnis erlangt, der Zeitpunkt, in dem der Ersatzanspruch des Dritten diesem gegenüber vom Dienstherrn anerkannt oder dem Dienstherrn gegenüber rechtskräftig festgestellt wird.

(2) Leistet der Beamte oder die Beamtin dem Dienstherrn Ersatz und hat dieser einen Ersatzanspruch gegen einen Dritten, so geht der Ersatzanspruch auf den Beamten oder die Beamtin über.

Abschnitt 3 Beschränkung der Vornahme von Amtshandlungen

Art. 79 Befreiung von Amtshandlungen

(1) Beamte und Beamtinnen sind von Amtshandlungen zu befreien, die sich gegen sie selbst oder Angehörige richten würden.

(2) Gesetzliche Vorschriften, insbesondere Art. 20 Bay-VwVfG, nach denen Beamte und Beamtinnen von einzelnen Amtshandlungen ausgeschlossen sind, bleiben unberührt.

Abschnitt 4 Erteilung von Auskünften

Art. 80 Auskünfte an die Medien

Auskünfte an die Medien erteilt die Leitung der Behörde oder die von ihr bestimmte Person.

Abschnitt 5 Nebentätigkeiten und Tätigkeiten von Ruhestandsbeamten und Ruhestandsbeamtinnen sowie früheren Beamten und Beamtinnen mit Versorgungsbezügen

Art. 81 Nebentätigkeit auf Verlangen des Dienstherrn, Genehmigungspflicht

(1) Beamte und Beamtinnen sind verpflichtet, auf schriftliches Verlangen ihres Dienstherrn eine Nebentätigkeit (Nebenamt, Nebenbeschäftigung) im öffentlichen Dienst zu übernehmen, sofern diese Tätigkeit ihrer Vorbildung oder Berufsausbildung entspricht und sie nicht über Gebühr in Anspruch nimmt.

(2) ¹Beamte und Beamtinnen bedürfen zur Übernahme jeder anderen Nebentätigkeit der vorherigen Genehmigung, soweit die Nebentätigkeit nicht nach Art. 82 Abs. 1 genehmigungsfrei ist. ²Als Nebentätigkeit gilt nicht die Wahrnehmung öffentlicher Ehrenämter sowie die unentgeltliche Führung der Vormundschaft, Betreuung oder Pflegschaft für Angehörige; ihre Übernahme ist vor Aufnahme dem oder der unmittelbaren Dienstvorgesetzten schriftlich anzuzeigen.

(3) ¹Die Genehmigung ist zu versagen, wenn zu besorgen ist, dass durch die Nebentätigkeit dienstliche Interessen beeinträchtigt werden. ²Ein solcher Versagungsgrund liegt insbesondere vor, wenn die Nebentätigkeit

1. nach Art und Umfang die Arbeitskraft des Beamten oder der Beamtin so stark in Anspruch nimmt, dass die ordnungsgemäße Erfüllung der dienstlichen Pflichten behindert werden kann,
2. den Beamten oder die Beamtin in einen Widerstreit mit dienstlichen Pflichten bringen kann,
3. in einer Angelegenheit ausgeübt wird, in der die Behörde, der der Beamte oder die Beamtin angehört, tätig wird oder tätig werden kann,
4. die Unparteilichkeit oder Unbefangenheit des Beamten oder der Beamtin beeinflussen kann,
5. zu einer wesentlichen Einschränkung der künftigen dienstlichen Verwendbarkeit des Beamten oder der Beamtin führen kann,
6. dem Ansehen der öffentlichen Verwaltung abträglich sein kann.

³Die Voraussetzung des Satzes 2 Nr. 1 gilt in der Regel als erfüllt, wenn die zeitliche Beanspruchung durch eine oder mehrere Nebentätigkeiten in der Woche acht Stunden überschreitet. ⁴Das Vorliegen eines Versagungsgrundes nach Satz 3 ist besonders zu prüfen, wenn abzusehen ist, dass die Entgelte und geldwerten Vorteile aus genehmigungspflichtigen Nebentätigkeiten im Kalenderjahr 30 v. H. der jährlichen Dienstbezüge des Beamten oder der Beamtin bei Vollzeitbeschäftigung überschreiten werden; das Ergebnis der Prüfung ist aktenkundig zu machen. ⁵Die Genehmigung ist auf längstens fünf Jahre zu befristen; sie kann mit Auflagen und Bedingungen versehen werden. ⁶Beamte und Beamtinnen können verpflichtet werden, nach Ablauf eines jeden Kalenderjahres ihren Dienstvorgesetzten eine Aufstellung über alle im Kalenderjahr ausgeübten genehmigungspflichtigen Nebentätigkeiten und die dafür erhaltenen Entgelte und geldwerten Vorteile vorzulegen. ⁷Ergibt sich eine Beeinträchtigung dienstlicher Interessen nach Erteilung der Genehmigung, so ist diese zu widerrufen.

(4) ¹Nebentätigkeiten, die nicht auf Verlangen, Vorschlag oder Veranlassung des Dienstherrn übernommen wurden oder bei denen der oder die Dienstvorgesetzte ein dienstliches Interesse an der Übernahme der Nebentätigkeit nicht anerkannt hat, dürfen nur außerhalb der Arbeitszeit ausgeübt werden. ²Ausnahmen dürfen nur in besonders begründeten Fällen, insbesondere im öffentlichen Interesse, zugelassen werden, wenn dienstliche Gründe nicht entgegenstehen und die versäumte Arbeitszeit nachgeleistet wird.

(5) ¹Beamte und Beamtinnen dürfen bei der Ausübung von Nebentätigkeiten Einrichtungen, Personal oder Material des Dienstherrn nur bei Vorliegen eines öffentlichen oder wissenschaftlichen Interesses mit vorheriger Genehmigung und gegen Entrichtung eines angemessenen Entgelts in Anspruch nehmen. ²Das Entgelt hat sich nach den dem Dienstherrn entstehenden Kosten zu richten und muss den besonderen Vorteil berücksichtigen, der dem Beamten oder der Beamtin durch die Inanspruchnahme entsteht. ³Der Beamte oder die Beamtin ist verpflichtet, soweit bei der Ausübung von Nebentätigkeiten Einrichtungen, Personal oder Material des Dienstherrn in Anspruch genommen werden, auf Verlangen über Art und Umfang der Nebentätigkeiten, die hierdurch erzielte Vergütung sowie über Art und Umfang der Inanspruchnahme Auskunft zu geben. ⁴Die Vergütung sowie Art und Umfang der Inanspruchnahme können geschätzt werden, wenn hierüber keine Auskunft gegeben wird oder über entsprechende Angaben keine ausreichende Aufklärung gegeben werden kann oder Aufzeichnungen nicht vorgelegt werden, die nach beamtenrechtlichen Rechtsvorschriften zu führen sind.

(6) ¹Die Entscheidungen nach den Abs. 1 bis 5 trifft, soweit nichts anderes bestimmt ist, die oberste Dienstbehörde. ²Sie kann ihre Befugnisse durch Rechtsverordnung auf andere Behörden übertragen.

(7) ¹Anträge auf Erteilung einer Genehmigung (Abs. 2) oder auf Zulassung einer Ausnahme (Abs. 4 Satz 2) und Entscheidungen über diese Anträge bedürfen der Schriftform. ²Von den Beamten und Beamtinnen sind die für die Entscheidung erforderlichen Nachweise über Art und Um-

fang der Nebentätigkeit zu führen. ³Das dienstliche Interesse (Abs. 4 Satz 1) ist aktenkundig zu machen.

Art. 82 Genehmigungsfreie Nebentätigkeit

(1) ¹Nicht genehmigungspflichtig ist

1. eine Nebentätigkeit, die auf Vorschlag oder Veranlassung des Dienstherrn übernommen wird,
2. eine unentgeltliche Nebentätigkeit mit Ausnahme
 - a) der Übernahme eines Nebenamtes, einer in Art. 81 Abs. 2 Satz 2 Halbsatz 1 nicht genannten Vormundschaft, Betreuung oder Pflegschaft sowie einer Testamentsvollstreckung,
 - b) der Übernahme einer gewerblichen Tätigkeit, der Ausübung eines freien Berufs oder der Mitarbeit bei einer dieser Tätigkeiten,
 - c) des Eintritts in ein Organ eines Unternehmens, sofern es sich bei dem Unternehmen nicht um eine Genossenschaft handelt, sowie der Übernahme einer Treuhänderschaft,
3. die Verwaltung eigenen oder der eigenen Nutznießung unterliegenden Vermögens,
4. eine schriftstellerische, wissenschaftliche, künstlerische Tätigkeit oder Vortragstätigkeit,
5. die mit Lehr- oder Forschungsaufgaben zusammenhängende selbstständige Gutachtertätigkeit von Professoren und Professorinnen an staatlichen Hochschulen sowie von Beamten und Beamtinnen an wissenschaftlichen Instituten und Anstalten,
6. die Tätigkeit zur Wahrung von Berufsinteressen in Gewerkschaften oder Berufsverbänden oder in Selbsthilfeeinrichtungen der Beamten und Beamtinnen.

²Die Unentgeltlichkeit einer Nebentätigkeit nach Satz 1 Nr. 2 wird durch die Gewährung einer angemessenen Aufwandsentschädigung oder einer Gegenleistung von geringem Wert nicht ausgeschlossen.

(2) ¹Liegen Anhaltspunkte für eine Verletzung von Dienstpflichten vor, können Dienstvorgesetzte verlangen, dass Beamte und Beamtinnen über Art und Umfang nicht genehmigungspflichtiger Nebentätigkeiten und die hieraus erzielten Vergütungen schriftlich Auskunft erteilen und die erforderlichen Nachweise führen. ²Eine nicht genehmigungspflichtige Nebentätigkeit ist von den Dienstvorgesetzten ganz oder teilweise zu untersagen, wenn bei ihrer Ausübung dienstliche Pflichten verletzt werden.

(3) Art. 81 Abs. 4 und 5 gelten entsprechend.

Art. 83 Rückgriffshaftung des Dienstherrn

¹Werden Beamte und Beamtinnen aus ihrer Tätigkeit im Vorstand, Aufsichtsrat, Verwaltungsrat oder in einem sonstigen Organ einer Gesellschaft, Genossenschaft oder eines in einer anderen Rechtsform betriebenen Unternehmens, die

sie auf schriftliches Verlangen, Vorschlag oder Veranlassung des Dienstherrn übernommen haben, haftbar gemacht, so besteht gegen den Dienstherrn Anspruch auf Ersatz des ihnen entstandenen Schadens. ²Ist der Schaden vorsätzlich oder grob fahrlässig herbeigeführt worden, so ist der Dienstherr nur dann ersatzpflichtig, wenn der Beamte oder die Beamtin auf schriftliches Verlangen eines oder einer Vorgesetzten gehandelt hat.

Art. 84

Beendigung der Nebentätigkeit im öffentlichen Dienst

Endet das Beamtenverhältnis, so enden, wenn im Einzelfall nichts anderes bestimmt wird, auch die Nebenämter und Nebenbeschäftigungen, die im Zusammenhang mit dem Hauptamt übertragen worden sind oder die auf schriftliches Verlangen, Vorschlag oder Veranlassung des Dienstherrn übernommen worden sind.

Art. 85

Ausführungsverordnung

(1) ¹Die zur Ausführung der Art. 81 bis 84 notwendigen Vorschriften über die Nebentätigkeit erlässt die Staatsregierung durch Rechtsverordnung. ²In ihr kann auch bestimmt werden,

1. welche Tätigkeiten als öffentlicher Dienst im Sinn dieser Vorschriften anzusehen sind oder ihm gleichstehen,
2. ob und inwieweit für eine im öffentlichen Dienst ausgeübte oder auf Verlangen, Vorschlag oder Veranlassung des Dienstherrn übernommene Nebentätigkeit eine Vergütung gezahlt wird oder eine erhaltene Vergütung abzuführen ist und diese Vergütung geschätzt werden kann, wenn hierüber keine Auskunft gegeben wird oder über entsprechende Angaben keine ausreichende Aufklärung gegeben werden kann oder Aufzeichnungen nicht vorgelegt werden, die nach beamtenrechtlichen Rechtsvorschriften zu führen sind,
3. inwieweit Auskunft über eine Vergütung aus einer genehmigungspflichtigen Nebentätigkeit zu erteilen ist,
4. unter welchen Voraussetzungen bei der Ausübung von Nebentätigkeiten Einrichtungen, Personal oder Material des Dienstherrn in Anspruch genommen werden dürfen und welches Entgelt hierfür zu entrichten ist,
5. das Nähere hinsichtlich der Auskunftspflicht nach Art. 81 Abs. 3 Satz 6 und Abs. 5 Satz 3, Art. 82 Abs. 2 und 3, der Schätzung nach Art. 81 Abs. 5 Satz 4, Art. 82 Abs. 3 sowie der Unentgeltlichkeit nach Art. 82 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 und Satz 2.

(2) ¹Im staatlichen Bereich kann das zuständige Staatsministerium in Ergänzung einer Rechtsverordnung nach Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 die Höhe der Vergütung für eine Nebentätigkeit durch Verwaltungsvorschriften regeln. ²Wird eine Verwaltungsvorschrift nicht erlassen, ist die Höhe der Vergütung vom zuständigen Staatsministerium durch Einzelentscheidung zu bestimmen. ³Verwaltungsvorschriften und Einzelentscheidungen bedürfen der Zustimmung des Staatsministeriums der Finanzen.

Art. 86

Beschäftigung oder Erwerbstätigkeit von Ruhestandsbeamten und Ruhestandsbeamtinnen sowie früheren Beamten und Beamtinnen mit Versorgungsbezügen

(1) ¹Der Zeitraum, in dem die Pflicht der Anzeige einer Erwerbstätigkeit oder sonstigen Beschäftigung außerhalb des öffentlichen Dienstes im Sinn des § 41 Satz 1 BeamStG besteht, beträgt fünf Jahre vor Beendigung des Beamtenverhältnisses. ²Die Tätigkeit gemäß § 41 Satz 1 BeamStG ist der letzten obersten Dienstbehörde gegenüber anzuzeigen. ³Die Anzeigepflicht endet nach

1. drei Jahren, wenn das Beamtenverhältnis mit dem Erreichen der in Art. 62 genannten gesetzlichen Altersgrenze, oder zu einem späteren Zeitpunkt beendet worden ist,
2. fünf Jahren, spätestens jedoch bei Vollendung des 68. Lebensjahres, wenn das Beamtenverhältnis zu einem früheren Zeitpunkt beendet worden ist.

(2) ¹Die Untersagung wird durch die letzte oberste Dienstbehörde ausgesprochen. ²Sie endet mit Ablauf des Zeitraums, für den eine Anzeigepflicht nach Abs. 1 besteht, spätestens mit Ablauf des in § 41 Satz 3 BeamStG genannten Zeitpunkts. ³Die oberste Dienstbehörde kann ihre Befugnisse durch Rechtsverordnung auf andere Behörden übertragen.

Abschnitt 6

Arbeitszeit, Teilzeit und Beurlaubung

Art. 87

Regelung der Arbeitszeit, Mehrarbeit

(1) Die Staatsregierung regelt die Arbeitszeit durch Rechtsverordnung.

(2) ¹Beamte und Beamtinnen sind verpflichtet, ohne Entschädigung über die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit hinaus Dienst zu tun, wenn zwingende dienstliche Verhältnisse dies erfordern und sich die Mehrarbeit auf Ausnahmefälle beschränkt. ²Werden sie durch dienstlich angeordnete oder genehmigte Mehrarbeit mehr als fünf Stunden im Monat über die regelmäßige Arbeitszeit hinaus beansprucht, ist innerhalb eines Jahres für die über die regelmäßige Arbeitszeit hinaus geleistete Mehrarbeit entsprechende Dienstbefreiung zu gewähren. ³Ist die Dienstbefreiung aus zwingenden dienstlichen Gründen nicht möglich, so können an ihrer Stelle Beamte und Beamtinnen in Besoldungsgruppen mit aufsteigenden Gehältern eine Vergütung erhalten.

(3) ¹Zur Bewältigung eines länger andauernden, aber vorübergehenden Personalbedarfs kann eine ungleichmäßige Verteilung der regelmäßigen Arbeitszeit festgelegt werden. ²Hierbei soll die Arbeitszeit zehn Stunden am Tag und im Jahresdurchschnitt 48 Stunden in der Woche nicht überschreiten. ³Die ungleichmäßige Verteilung der regelmäßigen Arbeitszeit soll einen Zeitraum von zehn Jahren nicht übersteigen. ⁴Die Arbeitszeiterhöhung ist durch eine Minderung der Arbeitszeit vollständig auszugleichen; die Minderung der Arbeitszeit muss sich nicht unmittelbar an den Zeitraum der Arbeitszeiterhöhung anschließen. ⁵Der Aus-

gleich kann auch durch eine volle Freistellung vom Dienst vorgenommen werden. ⁶Für teilzeitbeschäftigte Beamte und Beamtinnen gilt Art. 88 Abs. 5 entsprechend.

(4) ¹Vollzeitbeschäftigten Beamten und Beamtinnen kann auf Antrag eine längerfristige ungleichmäßige Verteilung der regelmäßigen Arbeitszeit bewilligt werden, wenn zwingende dienstliche Belange nicht entgegenstehen. ²Abs. 3 Sätze 2 bis 5 gelten entsprechend.

(5) ¹Werden Lehrkräfte an öffentlichen Schulen vor dem 31. Juli 2011 durch eine dienstlich angeordnete oder genehmigte Mehrarbeit mehr als drei Unterrichtsstunden im Monat über die regelmäßige Arbeitszeit hinaus beansprucht, ist ihnen abweichend von Abs. 2 Sätze 2 und 3 innerhalb von drei Monaten für die über die regelmäßige Arbeitszeit hinaus geleistete Mehrarbeit entsprechende Dienstbefreiung zu gewähren, wenn sie Fächer unterrichten, in denen ein außergewöhnlicher Bewerbermangel besteht. ²Ist die Dienstbefreiung nach Satz 1 aus zwingenden dienstlichen Gründen nicht möglich, so können an ihrer Stelle Lehrkräfte in Besoldungsgruppen mit aufsteigenden Gehältern eine Vergütung erhalten. ³Der Vorrang der Gewährung von Dienstbefreiung entfällt, wenn die Sicherstellung der Unterrichtsversorgung in den Fächern Mathematik und Informatik sowie in naturwissenschaftlichen und technischen Fächern an Gymnasien, Realschulen und an beruflichen Schulen es zwingend erfordert und das Staatsministerium der Finanzen zustimmt. ⁴Ausgaben nach den Sätzen 2 und 3 sind im Einzelplan gegen zu finanzieren durch gezielte Sperre freier und besetzbarer Stellen oder bei den übrigen Personalausgabemitteln.

Art. 88 Antragsteilzeit

(1) Beamten und Beamtinnen mit Dienstbezügen soll auf Antrag die Arbeitszeit bis auf die Hälfte der regelmäßigen Arbeitszeit und bis zur jeweils beantragten Dauer ermäßigt werden, soweit dienstliche Belange nicht entgegenstehen.

(2) ¹Dem Antrag nach Abs. 1 darf nur entsprochen werden, wenn der Beamte oder die Beamtin sich verpflichtet, während des Bewilligungszeitraums außerhalb des Beamtenverhältnisses berufliche Verpflichtungen nur in dem Umfang einzugehen, in dem nach Art. 81 ff. den vollzeitbeschäftigten Beamten und Beamtinnen die Ausübung von Nebentätigkeiten gestattet ist. ²Ausnahmen hiervon sind nur zulässig, soweit dies mit dem Beamtenverhältnis vereinbar ist. ³Wird die Verpflichtung nach Satz 1 schuldhaft verletzt, soll die Bewilligung widerrufen werden.

(3) ¹Die zuständige Dienstbehörde kann auch nachträglich die Dauer der Teilzeitbeschäftigung beschränken oder den Umfang der zu leistenden Arbeitszeit erhöhen, soweit zwingende dienstliche Belange dies erfordern. ²Sie soll eine Änderung des Umfangs der Teilzeitbeschäftigung oder den Übergang zur Vollzeitbeschäftigung zulassen, wenn die Teilzeitbeschäftigung im bisherigen Umfang nicht zumutbar ist und dienstliche Belange nicht entgegenstehen.

(4) ¹Wenn zwingende dienstliche Belange nicht entgegenstehen, kann die Bewilligung der Teilzeitbeschäftigung

nach Abs. 1 in der Weise zugelassen werden, dass zunächst während eines Teils des Bewilligungszeitraums die Arbeitszeit bis zur regelmäßigen Arbeitszeit erhöht und diese Arbeitszeiterhöhung während des unmittelbar daran anschließenden Teils des Bewilligungszeitraums durch eine entsprechende Ermäßigung der Arbeitszeit oder durch eine ununterbrochene volle Freistellung vom Dienst ausgeglichen wird. ²Der gesamte Bewilligungszeitraum darf höchstens sieben Jahre betragen.

(5) ¹Treten während des Bewilligungszeitraums einer Teilzeitbeschäftigung nach Abs. 4 Umstände ein, welche die vorgesehene Abwicklung der vollen oder teilweisen Freistellung unmöglich machen, ist ein Widerruf abweichend von Art. 49 BayVwVfG auch mit Wirkung für die Vergangenheit in folgenden Fällen zulässig:

1. bei Beendigung des Beamtenverhältnisses,
2. beim Dienstherrnwechsel,
3. bei Gewährung von Urlaub nach Art. 90 Abs. 1 Nr. 2 oder
4. in besonderen Härtefällen, wenn dem Beamten oder der Beamtin die Fortsetzung der Teilzeitbeschäftigung nicht mehr zuzumuten ist.

²Der Widerruf darf nur mit Wirkung für den gesamten Bewilligungszeitraum und nur in dem Umfang erfolgen, der der tatsächlichen Arbeitszeit entspricht.

(6) ¹Wird langfristig Urlaub nach einer anderen als der in Abs. 5 Satz 1 Nr. 3 genannten Vorschrift bewilligt, verlängert sich der Bewilligungszeitraum um die Dauer der Beurlaubung. ²Auf Antrag oder aus dienstlichen Gründen kann die Bewilligung widerrufen werden.

Art. 89 Familienpolitische Teilzeit und Beurlaubung

(1) Beamten und Beamtinnen mit Dienstbezügen ist auf Antrag, wenn zwingende dienstliche Belange nicht entgegenstehen,

1. zur tatsächlichen Betreuung oder Pflege von mindestens einem Kind unter 18 Jahren oder einem oder einer nach ärztlichem Gutachten pflegebedürftigen sonstigen Angehörigen Teilzeitbeschäftigung in einem Umfang von mindestens durchschnittlich wöchentlich zehn Stunden oder Urlaub ohne Dienstbezüge,
 2. während der Elternzeit Teilzeitbeschäftigung auch mit weniger als wöchentlich zehn Stunden
- zu gewähren.

(2) ¹Der Antrag auf Verlängerung einer Beurlaubung soll spätestens sechs Monate vor Ablauf der Genehmigung einer Beurlaubung gestellt werden. ²Art. 88 Abs. 3 gilt entsprechend. ³Die zuständige Dienstbehörde kann eine Rückkehr aus dem Urlaub zulassen, wenn die Fortsetzung des Urlaubs nicht zugemutet werden kann und dienstliche Belange nicht entgegenstehen.

(3) ¹Während einer Freistellung vom Dienst nach Abs. 1 dürfen nur solche Nebentätigkeiten genehmigt werden, die dem Zweck der Freistellung nicht zuwiderlaufen. ²Die Vorschriften der Art. 81 bis 85 bleiben unberührt.

(4) ¹Während der Zeit der Beurlaubung ohne Dienstbezüge nach Abs. 1 besteht ein Anspruch auf Leistungen der Krankheitsfürsorge in entsprechender Anwendung der Beihilferegelungen für Beamte und Beamtinnen mit Dienstbezügen. ²Dies gilt nicht, wenn Beamte oder Beamtinnen berücksichtigungsfähige Angehörige von Beihilfeberechtigten werden oder Anspruch auf Familienhilfe nach § 10 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch (SGB V) haben.

Art. 90

Arbeitsmarktpolitische Beurlaubung

(1) Beamten und Beamtinnen mit Dienstbezügen nach Ablauf der Probezeit kann in einer Arbeitsmarktsituation, in der ein außergewöhnlicher Bewerbungsüberhang besteht und deshalb ein dringendes öffentliches Interesse daran gegeben ist, verstärkt Personen im öffentlichen Dienst zu beschäftigen,

1. auf Antrag Urlaub ohne Dienstbezüge bis zur Dauer von insgesamt sechs Jahren, mindestens von einem Jahr,
2. unbeschadet Nr. 1 nach Vollendung des 50. Lebensjahres auf Antrag, der sich auf die Zeit bis zum Beginn des Ruhestands erstrecken muss, Urlaub ohne Dienstbezüge

bewilligt werden, wenn dienstliche Belange nicht entgegenstehen.

(2) ¹Dem Antrag nach Abs. 1 darf nur entsprochen werden, wenn der Beamte oder die Beamtin erklärt, während der Dauer des Bewilligungszeitraums auf die Ausübung entgeltlicher Nebentätigkeiten zu verzichten und entgeltliche Tätigkeiten nach Art. 82 Abs. 1 Nrn. 4 bis 6 nur in dem Umfang auszuüben, wie sie bei Vollzeitbeschäftigung ohne Verletzung dienstlicher Pflichten ausgeübt werden könnten. ²Wird diese Verpflichtung schuldhaft verletzt, soll die Bewilligung widerrufen werden. ³Die zuständige Dienstbehörde darf trotz der Erklärung nach Satz 1 Nebentätigkeiten genehmigen, soweit sie dem Zweck der Bewilligung des Urlaubs nicht zuwiderlaufen. ⁴Art. 89 Abs. 2 Sätze 1 und 3 gelten entsprechend.

Art. 91

Altersteilzeit

(1) ¹Beamten und Beamtinnen mit Dienstbezügen, die das 60. Lebensjahr vollendet haben, kann auf Antrag, der sich auf die Zeit bis zum Beginn des Ruhestands erstrecken muss, eine Teilzeitbeschäftigung mit der Hälfte der in den letzten fünf Jahren vor Beginn der Altersteilzeit durchschnittlich geleisteten Arbeitszeit bewilligt werden, wenn dringende dienstliche Belange nicht entgegenstehen; bei schwerbehinderten Beamten und Beamtinnen im Sinn des § 2 Abs. 2 SGB IX tritt an die Stelle des 60. das 58. Lebensjahr. ²Für Lehrkräfte an öffentlichen Schulen, die das nach Satz 1 maßgebliche Lebensjahr in der ersten Hälfte eines Schuljahres vollenden, gilt als Altersgrenze der Be-

ginn dieses Schuljahres, für die Übrigen der Beginn des folgenden Schuljahres. ³Bei Altersteilzeit im Blockmodell (Abs. 2 Satz 1 Nr. 2) gilt als Beginn des Ruhestands der Zeitpunkt, der für den Eintritt in den Ruhestand wegen Erreichens der gesetzlichen Altersgrenze oder nach Art. 64 Nr. 2 maßgebend ist, soweit nicht besonders schwerwiegende Gründe im Sinn des Art. 64 Nr. 1 vorliegen. ⁴Altersteilzeit nach Satz 1 muss vor dem 1. Januar 2010 angetreten werden und einen Mindestbewilligungszeitraum von einem Jahr umfassen.

(2) ¹Entsprechend den dienstlichen Erfordernissen kann die während der Gesamtdauer der Altersteilzeit zu leistende Arbeit so eingebracht werden, dass sie

1. während des gesamten Bewilligungszeitraums durchgehend im nach Abs. 1 Satz 1 festgesetzten Umfang geleistet wird (Teilzeitmodell) oder
2. zunächst im Umfang der in den letzten fünf Jahren vor Beginn der Altersteilzeit durchschnittlich festgesetzten Arbeitszeit oder im Umfang der vor Beginn der Altersteilzeit zuletzt festgesetzten Arbeitszeit geleistet wird und der Beamte oder die Beamtin anschließend vollständig vom Dienst freigestellt wird (Blockmodell).

²Art. 88 Abs. 2 gilt entsprechend. ³Treten während des Bewilligungszeitraums einer nach Satz 1 Nr. 2 im Blockmodell bewilligten Altersteilzeit Umstände ein, welche die vorgesehene Abwicklung der Freistellung vom Dienst unmöglich machen, so ist die gewährte Altersteilzeit abweichend von Art. 49 BayVwVfG mit Wirkung für die Vergangenheit in folgenden Fällen zu widerrufen:

1. bei Beendigung des Beamtenverhältnisses,
2. beim Dienstherrwechsel,
3. bei Gewährung von Urlaub nach Art. 89 Abs. 1 Nr. 1 oder Art. 90 Abs. 1 Nr. 2 oder
4. in besonderen Härtefällen, wenn dem Beamten oder der Beamtin die Fortsetzung der Altersteilzeit nicht mehr zuzumuten ist.

⁴Ein Widerruf erfolgt nicht, soweit Zeiten aus der Ansparphase durch eine gewährte Freistellung bereits ausgeglichen wurden; dabei gelten die unmittelbar vor dem Eintritt in die Freistellungsphase liegenden Ansparzeiten als durch die Freistellung ausgeglichen. ⁵Gleichzeitig mit dem Widerruf wird der Arbeitszeitstatus entsprechend des in der Ansparphase geleisteten und nicht durch Freistellung ausgeglichenen Arbeitszeitumfangs festgesetzt. ⁶Soweit bei der Festsetzung der wöchentlichen Unterrichtsverpflichtung von Lehrkräften an öffentlichen Schulen Rundungen vorzunehmen sind, um eine in vollen Stunden bemessene Unterrichtsverpflichtung zu erreichen, sollen die entstandenen Rundungsdifferenzen im Lauf des Bewilligungszeitraums durch eine entsprechende Reduzierung oder Erhöhung der wöchentlichen Unterrichtsverpflichtung ausgeglichen werden.

(3) Abs. 1 und 2 gelten nicht für Amtschefs und Amtschefinnen, Abteilungsleiter und Abteilungsleiterinnen sowie vergleichbare Funktionsinhaber und Funktionsinhaberinnen bei staatlichen obersten Dienstbehörden sowie für die Leiter und Leiterinnen von staatlichen Behörden, deren Ämter

nach Art. 45 im Beamtenverhältnis auf Zeit vergeben werden oder die mindestens in der Besoldungsgruppe R 3 eingestuft sind.

(4) Für Leiter und Leiterinnen staatlicher Behörden, deren Ämter nach Art. 46 im Beamtenverhältnis auf Probe vergeben werden oder die in der Besoldungsordnung R eingestuft sind, beträgt der Höchstbewilligungszeitraum der Altersteilzeit vier Jahre.

(5) ¹In Bereichen, in denen wegen grundlegender Verwaltungsreformmaßnahmen in wesentlichem Umfang (Plan-) Stellen abgebaut werden, gilt abweichend von Abs. 1 als Altersgrenze das vollendete 55. Lebensjahr, sofern die betroffene Planstelle oder eine (Plan-) Stelle derselben Laufbahngruppe sukzessive, entsprechend ihres Freiwerdens, vollständig gesperrt und in den nachfolgenden Haushaltsplänen eingezogen wird. ²Abs. 3 und 4 finden in diesen Verwaltungsbereichen keine Anwendung. ³Die Staatsregierung wird für den staatlichen Bereich ermächtigt, die Bereiche im Sinn des Satzes 1 sowie nähere Bestimmungen zum Vollzug der Einsparungen durch Rechtsverordnung festzulegen. ⁴Die Gemeinden, Gemeindeverbände und sonstigen unter der Aufsicht des Staates stehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts können innerhalb ihres Zuständigkeitsbereichs die Bereiche im Sinn des Satzes 1 sowie nähere Bestimmungen zum Vollzug der Einsparungen festlegen.

Art. 92

Zeitliche Höchstgrenzen, Zuständigkeit, Hinweispflicht

(1) ¹Die Dauer von Beurlaubungen nach Art. 89 Abs. 1 Nr. 1, Art. 90 Abs. 1 dieses Gesetzes oder Art. 8, 8b des Bayerischen Richtergesetzes darf insgesamt 15 Jahre nicht überschreiten. ²Bei Beamten und Beamtinnen im Schul- oder Hochschuldienst kann der Bewilligungszeitraum einer Beurlaubung nach Art. 89 Abs. 1 Nr. 1 oder Art. 90 Abs. 1 Nr. 1 auch beim Wegfall der tatbestandlichen Voraussetzungen bis zum Ende des laufenden Schulhalbjahres oder Semesters ausgedehnt werden. ³In den Fällen des Art. 90 Abs. 1 Nr. 2 findet Satz 1 keine Anwendung, wenn eine Rückkehr zur Voll- oder Teilzeitbeschäftigung nicht zumutbar ist.

(2) ¹Die Entscheidungen nach Art. 88 bis 91 trifft die oberste Dienstbehörde; sie kann ihre Befugnisse durch Rechtsverordnung auf andere Behörden übertragen. ²Für Beamte und Beamtinnen, für deren Ernennung nach Art. 18 Abs. 1 Satz 1 die Staatsregierung zuständig ist, trifft die Entscheidung nach Art. 91 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 die Staatsregierung.

(3) Bei der Beantragung einer Freistellung nach Art. 88 bis 91 ist durch die zuständige Dienststelle auf die rechtlichen Folgen der Freistellung hinzuweisen.

Art. 93

Erholungs- und Sonderurlaub

(1) Die Staatsregierung regelt die Erteilung und Dauer des Erholungsurlaubs durch Rechtsverordnung.

(2) Die Staatsregierung regelt ferner die Bewilligung von Urlaub aus anderen Anlässen und bestimmt, ob und inwie-

weit die Leistungen des Dienstherrn während dieser Zeit zu belassen sind.

(3) Hinsichtlich der Wahl des Urlaubsorts (Abs. 1 und 2) können Beschränkungen auferlegt werden, wenn es die öffentliche Sicherheit zwingend erfordert.

(4) ¹Der zu einer Tätigkeit als Mitglied einer kommunalen Vertretung notwendige Urlaub ist zu gewähren, soweit es sich um die Teilnahme an Sitzungen handelt, in denen der Beamte oder die Beamtin Sitz und Stimme hat. ²Die Leistungen des Dienstherrn werden während des Urlaubs belassen.

(5) Die Gewährung von Wahlvorbereitungsurlaub für Beamte und Beamtinnen, die sich um einen Sitz im Deutschen Bundestag, im Bayerischen Landtag oder in der gesetzgebenden Körperschaft eines anderen Landes bewerben, richtet sich nach Art. 28 des Bayerischen Abgeordnetengesetzes.

Art. 94

Rechtsfolgen der Wahl in das Parlament eines anderen Landes

(1) Für Beamte und Beamtinnen, die in gesetzgebende Körperschaften anderer Länder gewählt worden sind und deren Amt kraft Gesetzes mit dem Mandat unvereinbar ist, gelten die für die in den Bayerischen Landtag gewählten Beamten und Beamtinnen maßgebenden Vorschriften in den Art. 16 Abs. 3, Art. 30 bis 34, 35 Abs. 1 bis 3 des Bayerischen Abgeordnetengesetzes entsprechend.

(2) ¹Beamten und Beamtinnen, die in gesetzgebende Körperschaften anderer Länder gewählt worden sind und deren Rechte und Pflichten aus dem Dienstverhältnis nicht nach Abs. 1 ruhen, ist zur Ausübung des Mandats auf Antrag

1. die Arbeitszeit bis auf 30 v. H. der regelmäßigen Arbeitszeit zu ermäßigen oder
2. ein Urlaub ohne Besoldung zu gewähren.

²Der Antrag soll jeweils für einen Zeitraum von mindestens sechs Monaten gestellt werden. ³Art. 16 Abs. 3 des Bayerischen Abgeordnetengesetzes ist sinngemäß anzuwenden. ⁴Auf Beamte und Beamtinnen, denen nach Satz 1 Nr. 2 Urlaub ohne Besoldung gewährt wird, ist Art. 32 Abs. 1, 3 und 4 des Bayerischen Abgeordnetengesetzes sinngemäß anzuwenden.

Art. 95

Fernbleiben vom Dienst

(1) ¹Beamte und Beamtinnen dürfen dem Dienst nicht ohne Genehmigung ihrer Dienstvorgesetzten fernbleiben. ²Dienstunfähigkeit wegen Krankheit ist auf Verlangen nachzuweisen. ³Wollen Beamte und Beamtinnen während einer Krankheit ihren Wohnort verlassen, so haben sie dies vorher ihren Dienstvorgesetzten anzuzeigen und ihren Aufenthaltsort anzugeben.

(2) Verliert der Beamte oder die Beamtin wegen unentschuldigter Fernbleibens vom Dienst nach dem Bundesbesoldungsgesetz den Anspruch auf Bezüge, so wird dadurch eine disziplinarische Verfolgung nicht ausgeschlossen.

(3) ¹In allen übrigen Fällen, in denen der Beamte oder die Beamtin außer Dienst gestellt worden ist, können ein anderes Einkommen oder ein beamtenrechtlicher Unterhaltsbeitrag, die infolge der unterbliebenen Dienstleistung für diesen Zeitraum erzielt werden konnten, auf die Leistungen des Dienstherrn angerechnet werden, wenn die Nichtanrechnung zu einem ungerechtfertigten Vorteil führen würde. ²Der Beamte oder die Beamtin ist zur Auskunft verpflichtet. ³In den Fällen einer vorläufigen Dienstenthebung auf Grund eines Disziplinarverfahrens finden die besonderen Vorschriften des Disziplinarrechts Anwendung.

Abschnitt 7

Besondere Fürsorgepflichten

Art. 96

Beihilfe in Krankheits-, Geburts-, Pflege- und sonstigen Fällen

(1) Beamte und Beamtinnen, Ruhestandsbeamte und Ruhestandsbeamtinnen, deren versorgungsberechtigte Hinterbliebene, Dienstanfänger und Dienstanfängerinnen sowie frühere Beamte und Beamtinnen, die wegen Dienstunfähigkeit oder Erreichen der Altersgrenze entlassen sind, erhalten für sich, den Ehegatten, soweit dessen Gesamtbetrag der Einkünfte (§ 2 Abs. 3 des Einkommensteuergesetzes) im zweiten Kalenderjahr vor der Stellung des Beihilfeantrags 18 000 € nicht übersteigt, und die im Familienzuschlag nach dem Bundesbesoldungsgesetz berücksichtigungsfähigen Kinder Beihilfen als Ergänzung der aus den laufenden Bezügen zu bestreitenden Eigenvorsorge, solange ihnen laufende Besoldungs- und Versorgungsbezüge zustehen.

(2) ¹Beihilfeleistungen werden zu den nachgewiesenen medizinisch notwendigen und angemessenen Aufwendungen in Krankheits-, Geburts- und Pflegefällen und zur Gesundheitsvorsorge gewährt. ²Beihilfen dürfen nur gewährt werden, soweit die Beihilfe und Leistungen Dritter aus demselben Anlass die dem Grunde nach beihilfefähigen Aufwendungen nicht überschreiten. ³Sind die finanziellen Folgen von Krankheit, Geburt, Pflege und Gesundheitsvorsorge durch Leistungen aus anderen Sicherungssystemen dem Grunde nach abgesichert, erfolgt keine zusätzliche Gewährung von Beihilfeleistungen; Sachleistungen sind vorrangig in Anspruch zu nehmen. ⁴Soweit nur Zuschüsse zustehen, sind diese anzurechnen. ⁵Der Anspruch auf Beihilfeleistungen ist bei Mitgliedern der gesetzlichen Krankenversicherung beschränkt auf Leistungen für Zahnersatz, für Heilpraktiker und Heilpraktikerinnen und auf Wahlleistungen im Krankenhaus. ⁶Aufwendungen für den Besuch schulischer oder vorschulischer Einrichtungen und berufsfördernde Maßnahmen sowie Aufwendungen für einen Schwangerschaftsabbruch, sofern nicht die Voraussetzungen des § 218a Abs. 2 oder 3 des Strafgesetzbuchs vorliegen, sind von der Beihilfefähigkeit ausgeschlossen. ⁷Bei Inanspruchnahme von Wahlleistungen im Krankenhaus sind nach Anwendung der persönlichen Bemessungssätze folgende Eigenbeteiligungen abzuziehen:

1. wahlärztliche Leistungen:

25 € pro Aufenthaltstag im Krankenhaus,

2. Wahlleistung Zweibett-Zimmer:

7,50 € pro Aufenthaltstag im Krankenhaus, höchstens für 30 Tage im Kalenderjahr.

(3) ¹Beihilfen werden als Vomhundertsatz der beihilfefähigen Aufwendungen (Bemessungssatz) oder als Pauschalen gewährt. ²Der Bemessungssatz beträgt bei Beamten und Beamtinnen sowie Richtern und Richterinnen 50 v. H., bei Ehegatten sowie bei Versorgungsempfängern und Versorgungsempfängerinnen 70 v. H., bei Kindern und eigenständig beihilfeberechtigten Waisen 80 v. H. ³Sind zwei oder mehr Kinder berücksichtigungsfähig, beträgt der Bemessungssatz eines oder einer Beihilfeberechtigten 70 v. H.; bei mehreren Beihilfeberechtigten beträgt der Bemessungssatz nur bei einem von ihnen 70 v. H. ⁴In besonderen Ausnahmefällen kann eine Erhöhung der Bemessungssätze vorgesehen werden. ⁵Die festgesetzte Beihilfe ist um

1. 6 € je Rechnungsbeleg bei ambulanten ärztlichen, zahnärztlichen, psychotherapeutischen Leistungen sowie bei Leistungen von Heilpraktikern und Heilpraktikerinnen,
2. 3 € je verordnetem Arzneimittel, Verbandmittel und Medizinprodukt,

jedoch nicht mehr als die tatsächlich gewährte Beihilfe zu mindern (Eigenbeteiligung). ⁶Die Eigenbeteiligung unterbleibt

1. bei Aufwendungen für Waisen, für Beamte und Beamtinnen auf Widerruf im Vorbereitungsdienst, und für berücksichtigungsfähige Kinder,
2. für Beihilfeberechtigte und berücksichtigungsfähige Angehörige, die Mitglied einer gesetzlichen Krankenversicherung sind,
3. bei Pflegemaßnahmen,
4. bei ärztlich veranlassten Folgeuntersuchungen durch andere Fachärzte und Fachärztinnen, die entsprechend dem jeweiligen Berufsbild selbst keine therapeutischen Leistungen erbringen,
5. bei anerkannten Vorsorgeleistungen und
6. soweit sie für den Beihilfeberechtigten oder die Beihilfeberechtigte und seinen oder ihren berücksichtigungsfähigen Ehegatten oder Ehegattin zusammen die Belastungsgrenze überschreitet.

⁷Die Belastungsgrenze beträgt 2 v. H. der Jahresdienst- bzw. Jahresversorgungsbezüge nach beamtenrechtlichen Vorschriften oder Grundsätzen ohne die kinderbezogenen Anteile im Familienzuschlag sowie der Jahresrenten aus der gesetzlichen Rentenversicherung und einer zusätzlichen Alters- und Hinterbliebenenversorgung. ⁸Für chronisch Kranke im Sinn des Fünften Buches Sozialgesetzbuch beträgt die Belastungsgrenze 1 v. H., es sei denn, sie haben die wichtigsten evidenzbasierten Untersuchungen nicht regelmäßig in Anspruch genommen oder beteiligen sich nicht hinreichend an einer adäquaten Therapie.

(4) ¹Die obersten Dienstbehörden setzen die Beihilfen fest und ordnen die Zahlung an. ²Sie können diese Befugnisse auf andere Dienststellen übertragen. ³Die Festsetzung und Anordnung der Beihilfe im staatlichen Bereich erfolgt durch das Landesamt für Finanzen; die sonstigen Befugnisse der obersten Dienstbehörden beim Vollzug der Beihilfenvorschriften können auf das Staatsministerium der Finanzen übertragen werden. ⁴Abweichungen von Satz 3 Halbsatz 1 sind durch Rechtsverordnung der Staatsregierung zu regeln. ⁵Die Gemeinden, Gemeindeverbände und die sonstigen der Aufsicht des Staates unterstehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts können zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen nach Abs. 1 eine Versicherung abschließen oder sich der Dienstleistungen von Versicherungsunternehmen oder sonstiger geeigneter Stellen bedienen und hierzu die erforderlichen Daten übermitteln; die Zuerkennung der Eignung setzt voraus, dass die mit der Beihilfebearbeitung betrauten Personen nach dem Verpflichtungsgesetz zur Wahrung der Daten verpflichtet werden. ⁶Die mit der Beihilfebearbeitung beauftragte Stelle darf die Daten, die ihr im Rahmen der Beihilfebearbeitung bekannt werden, nur für diesen Zweck verarbeiten und nutzen. ⁷§ 50 Satz 3 BeamtStG, Art. 105 Satz 4, Art. 107 und 110 gelten entsprechend.

(5) ¹Das Nähere hinsichtlich des Kreises der beihilfeberechtigten Personen und der berücksichtigungsfähigen Angehörigen, des Inhalts und Umfangs der Beihilfen sowie des Verfahrens der Beihilfengewährung regelt das Staatsministerium der Finanzen durch Rechtsverordnung. ²Inbesondere können Bestimmungen getroffen werden

1. hinsichtlich des Kreises der beihilfeberechtigten Personen und der berücksichtigungsfähigen Angehörigen über
 - a) Konkurrenzregelungen für den Fall des Zusammentreffens mehrerer inhaltsgleicher Ansprüche auf Beihilfeleistungen in einer Person,
 - b) die Gewährung von Beihilfeleistungen für Ehegatten bei wechselnder Einkommenshöhe und bei individuell eingeschränkter Versicherbarkeit des Kostenrisikos,
 - c) die Beschränkung oder den Ausschluss der Beihilfen für Ehrenbeamte und Ehrenbeamtinnen sowie Beamte und Beamtinnen, deren Dienstverhältnis auf weniger als ein Jahr befristet ist,
2. hinsichtlich des Inhalts und Umfangs der Beihilfen über
 - a) die Einführung von Höchstgrenzen,
 - b) die Beschränkung auf bestimmte Indikationen,
 - c) die Beschränkung oder den Ausschluss für Untersuchungen und Behandlungen nach wissenschaftlich nicht allgemein anerkannten Methoden,
 - d) den Ausschluss für Arznei-, Heil- und Hilfsmittel zur Behandlung der erektilen Dysfunktion, Rauchentwöhnung, Abmagerung und Zügelung des Appetits, Regulierung des Körpergewichts und Verbesserung des Haarwuchses,

e) die Beschränkung oder den Ausschluss von Beihilfen zu Aufwendungen, die in Ländern außerhalb der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union erbracht werden,

3. hinsichtlich des Verfahrens der Beihilfengewährung über
 - a) die elektronische Erfassung und Speicherung von Anträgen und Belegen,
 - b) die Verwendung einer elektronischen Gesundheitskarte entsprechend § 291a SGB V, wobei der Zugriff der Beihilfestellen auf Daten über die in Anspruch genommenen Leistungen und deren Kosten zu beschränken ist,
 - c) die Beteiligung von Gutachtern und Gutachterinnen, Beratungsärzten und Beratungsärztinnen sowie sonstigen geeigneten Stellen zur Überprüfung der Notwendigkeit und Angemessenheit einzelner geltend gemachter Aufwendungen einschließlich der Übermittlung der erforderlichen Daten, wobei personenbezogene Daten nur mit Einwilligung des oder der Beihilfeberechtigten übermittelt werden dürfen; die Zuerkennung der Eignung setzt voraus, dass die mit der Bewertung betrauten Personen nach dem Verpflichtungsgesetz zur Wahrung der Daten verpflichtet werden,
 - d) die Durchführung der Regelungen zur Belastungsgrenze (Abs. 3 Sätze 7 und 8).

(6) Die Staatsregierung unterrichtet den Landtag fortlaufend über den Erlass und die geplanten Änderungen der Rechtsverordnung nach Abs. 5 Satz 1.

Art. 97

Ausgleich für erhöhte Lebenshaltungskosten

(1) ¹Beamten und Beamtinnen sowie Richtern und Richterinnen des Freistaates Bayern mit dienstlichem Wohnsitz und Hauptwohnsitz (Art. 16 Abs. 2 des Meldegesetzes) im Stadt- und Umlandbereich München wird zum Ausgleich erhöhter Lebenshaltungskosten eine ergänzende Fürsorgeleistung gewährt. ²Der Stadt- und Umlandbereich München ist das in Anhang 2 der Anlage zur Verordnung über das Landesentwicklungsprogramm Bayern (LEP) vom 12. März 2003 (GVBl S. 173, BayRS 230-1-5-W) in der jeweils geltenden Fassung entsprechend definierte Gebiet.

(2) ¹Die ergänzende Fürsorgeleistung setzt sich zusammen aus einem Grundbetrag oder Anwärtergrundbetrag und einem Kinderzuschlag. ²Der Grundbetrag der ergänzenden Fürsorgeleistung beträgt 75 € monatlich. ³Beamten und Beamtinnen auf Widerruf im Vorbereitungsdienst wird ein Anwärtergrundbetrag von 37,50 € monatlich gewährt. ⁴Für jedes Kind, für das Beamten und Beamtinnen oder Richtern und Richterinnen Kindergeld nach dem Einkommensteuergesetz oder dem Bundeskindergeldgesetz tatsächlich gezahlt wird, erhöht sich die ergänzende Fürsorgeleistung um 20 € (Kinderzuschlag). ⁵§ 6 Abs. 1 des Bundesbesoldungsgesetzes ist auf den Grundbetrag entsprechend anzuwenden.

(3) ¹Der sich aus Abs. 2 ergebende Grundbetrag der ergänzenden Fürsorgeleistung wird jedoch höchstens in der Höhe

gewährt, in der das Grundgehalt von Beamten und Beamtinnen oder Richtern und Richterinnen einschließlich Amtszulage und allgemeiner Stellenzulage hinter 2 722,29 € monatlich (Grenzbetrag) zurückbleibt. ²Für den Kinderzuschlag gilt ein Grenzbetrag von 3 816,54 € monatlich (Kindergrenzbetrag). ³Erhöhungen des Grundgehalts infolge einer Leistungsstufe bleiben dabei jeweils unberücksichtigt. ⁴§ 6 Abs. 1 des Bundesbesoldungsgesetzes ist auf den Grenzbetrag und den Kindergrenzbetrag entsprechend anzuwenden. ⁵Beamten und Beamtinnen auf Widerruf im Vorbereitungsdienst wird die ergänzende Fürsorgeleistung höchstens in der Höhe gewährt, in der der Anwärtergrundbetrag der Beamten und Beamtinnen hinter 928,78 € monatlich zurückbleibt (Anwärtergrenzbetrag). ⁶Grenzbetrag und Kindergrenzbetrag nehmen in prozentualer Höhe und hinsichtlich des Zeitpunkts an den nach dem 1. Juli 2001 stattfindenden linearen Anpassungen des Grundgehalts für ein Amt der Besoldungsgruppe A 10, der Anwärtergrenzbetrag an entsprechenden Anpassungen des für Beamte und Beamtinnen auf Widerruf im Vorbereitungsdienst für ein Eingangsamts der Besoldungsgruppen A 9 bis A 11 geltenden Anwärtergrundbetrags teil. ⁷Das Staatsministerium der Finanzen gibt die jeweils geltende Höhe der Grenzbeträge bekannt. ⁸Eine ergänzende Fürsorgeleistung kommt nicht zur Auszahlung, wenn sie im betreffenden Monat insgesamt einen Betrag von 10 € nicht überschreitet.

(4) ¹Beamte und Beamtinnen oder Richter und Richterinnen haben ihren dienstlichen Wohnsitz am Sitz der Behörde oder – bei einer räumlichen Teilung der Behörde – der Dienststelle (Außenstelle, Zweigstelle), der sie angehören und bei der sie überwiegend tätig sind. ²Werden Beamte und Beamtinnen oder Richter und Richterinnen für einen Zeitraum von länger als vier Wochen zu einer anderen Behörde oder Dienststelle abgeordnet oder innerhalb ihrer Behörde zu einer anderen Dienststelle umgesetzt, ist ab Beginn der Abordnung oder Umsetzung der Sitz der neuen Behörde oder Dienststelle für die Bestimmung des dienstlichen Wohnsitzes maßgebend. ³Für Beamte und Beamtinnen oder Richter und Richterinnen, die an Dienststellen in verschiedenen Orten tätig sind, ohne bei einer Dienststelle überwiegend beschäftigt zu sein, bestimmt die oberste Dienstbehörde den dienstlichen Wohnsitz (§ 15 Abs. 2 Nr. 1 des Bundesbesoldungsgesetzes). ⁴Beamte und Beamtinnen in Ausbildung haben ihren dienstlichen Wohnsitz im Anwendungsbereich des Abs. 1

1. für die Dauer der Ausbildung, solange diese schwerpunktmäßig bei Behörden oder Dienststellen im Anwendungsbereich des Abs. 1 durchgeführt wird; eine lediglich vorübergehende lehrgangs- oder sonst ausbildungsbedingte Abwesenheit von der Behörde oder Dienststelle bleibt unberücksichtigt;
2. für die Dauer der Zuweisung, wenn sie ausbildungsbedingt für mindestens vier Wochen einer Behörde oder Dienststelle im Anwendungsbereich des Abs. 1 zugewiesen werden oder
3. für die Dauer der Teilnahme an einem mindestens vierwöchigen Lehrgang, wenn dieser Lehrgang bei einer Einrichtung im Anwendungsbereich des Abs. 1 abgehalten wird.

(5) ¹Die ergänzende Fürsorgeleistung wird je Kalendermonat einmal gewährt und im Voraus mit den Dienstbezügen gezahlt; § 3 Abs. 4 des Bundesbesoldungsgesetzes gilt entsprechend. ²Ein Sonderzuschlag nach § 72 des Bundesbesoldungsgesetzes kann auf die ergänzende Fürsorgeleistung ganz oder zum Teil angerechnet werden; die näheren Einzelheiten dazu bestimmt das Staatsministerium der Finanzen durch Verwaltungsvorschrift.

(6) Die nichtstaatlichen Dienstherren können ihren Beamten und Beamtinnen mit dienstlichem Wohnsitz und Hauptwohnsitz in dem in Abs. 1 Satz 2 bezeichneten Gebiet eine ergänzende Fürsorgeleistung höchstens in der in diesem Artikel bestimmten Höhe gewähren.

Art. 98

Schadensersatz bei Gewaltakten Dritter und Sachschadensersatz bei Unfällen

(1) ¹Werden durch Gewaltakte Dritter, die im Hinblick auf das pflichtgemäße dienstliche Verhalten von Beamten und Beamtinnen begangen werden, Gegenstände beschädigt oder zerstört, die den Beamten und Beamtinnen, ihren Familienangehörigen oder mit ihnen in häuslicher Gemeinschaft lebenden Personen gehören, oder den Beamten und Beamtinnen sonstige, nicht unerhebliche Vermögensschäden zugefügt, so kann der Dienstherr hierfür Ersatz leisten. ²Gleiches gilt in den Fällen, in denen sich der Gewaltakt gegen den Dienstherrn als solchen gerichtet hat.

(2) Werden in Ausübung oder infolge des Dienstes Kleidungsstücke oder sonstige Gegenstände, die üblicherweise oder aus dienstlichem Grund im Dienst mitgeführt werden, durch einen Unfall beschädigt oder verloren, so kann der Dienstherr dafür Ersatz leisten, sofern der Beamte oder die Beamtin den Schaden nicht vorsätzlich oder grob fahrlässig verursacht hat.

(3) ¹Ansprüche auf Ersatzleistungen sind innerhalb von drei Monaten nach dem Eintritt des Schadens bei der Dienststelle oder der für die Entscheidung über die Ersatzleistung zuständigen Behörde schriftlich geltend zu machen. ²Die Entscheidung trifft die oberste Dienstbehörde, bei Beamten und Beamtinnen des Staates die Pensionsbehörde (Art. 144 Abs. 1).

(4) ¹Hat der Dienstherr Ersatz geleistet, so gehen insoweit Ansprüche gegen Dritte auf ihn über. ²Der Übergang der Ansprüche kann nicht zum Nachteil des oder der Geschädigten geltend gemacht werden.

Art. 99

Mutterschutz, Elternzeit, Schwerbehinderung, Arbeitsschutz

(1) ¹Die Staatsregierung regelt durch Rechtsverordnung die der Eigenart des öffentlichen Dienstes entsprechende Anwendung

1. der Vorschriften des Mutterschutzgesetzes auf Beamtinnen,
2. der Vorschriften des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes über die Elternzeit auf Beamte und Beamtinnen,

3. der Vorschriften des Neunten Buches Sozialgesetzbuch auf schwerbehinderte und gleichgestellte Beamte, Beamtinnen, Bewerber und Bewerberinnen,
4. der auf das Arbeitsschutzgesetz gestützten Rechtsverordnungen auf Beamte und Beamtinnen.

²Während einer Elternzeit besteht ein Anspruch auf Leistungen der Krankheitsfürsorge in entsprechender Anwendung der Beihilferegelungen nach Art. 96 Abs. 1 mit der Maßgabe, dass abweichend von den Vorgaben der Beihilfevorschriften der Bemessungssatz für Alleinerziehende 70 v. H. beträgt. ³Dies gilt nicht, wenn Beamte oder Beamtinnen berücksichtigungsfähige Angehörige von Beihilfeberechtigten werden oder Anspruch auf Familienhilfe nach § 10 SGB V haben.

(2) ¹Soweit öffentliche Belange es zwingend erfordern, insbesondere zur Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit, kann das zuständige Staatsministerium im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen für bestimmte Tätigkeiten durch Rechtsverordnung bestimmen, dass Vorschriften des Arbeitsschutzgesetzes oder hierzu erlassener Rechtsverordnungen des Bundes ganz oder zum Teil nicht anzuwenden sind. ²In diesen Fällen ist sicherzustellen, dass die Sicherheit und der Gesundheitsschutz bei der Arbeit unter Berücksichtigung der Ziele des Arbeitsschutzgesetzes auf andere Weise gewährleistet werden.

Art. 100 Jugendarbeitsschutz

(1) Soweit Beamte und Beamtinnen das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, besteht ein Anspruch auf Jugendarbeitsschutz nach Maßgabe der folgenden Absätze.

(2) ¹Bei der Festlegung der täglichen und wöchentlichen Arbeitszeit, der Freistellung an Berufsschultagen, der Regelung der Pausen, der Schichtzeit, der täglichen Freizeit, der Nachtruhe, der Fünf-Tage-Woche sowie der Samstags-, Sonntags- und Feiertagsruhe ist das besondere Schutzbedürfnis von Jugendlichen unter 18 Jahren zu berücksichtigen. ²Die Dauer ihres Erholungsurlaubs ist unter Berücksichtigung ihres Alters und ihres besonderen Erholungsbedürfnisses zu bemessen. ³Das Nähere regelt die Staatsregierung durch Rechtsverordnung.

(3) ¹Beamte und Beamtinnen dürfen vor Vollendung des 18. Lebensjahres nicht mit Dienstgeschäften beauftragt werden, bei denen Leben, Gesundheit oder die körperliche oder seelisch-geistige Entwicklung gefährdet werden. ²Dies gilt nicht für die Beschäftigung nach Vollendung des 16. Lebensjahres, soweit dies zur Erreichung des Ausbildungsziels erforderlich ist und der Schutz der Jugendlichen durch die Aufsicht eines Fachkundigen sichergestellt ist. ³Die zuständige Dienstbehörde hat bei der Errichtung und der Unterhaltung der Dienststellen einschließlich der Maschinen, Werkzeuge und Geräte und bei der Regelung der Beschäftigung die erforderlichen Vorkehrungen und Maßnahmen zum Schutz der Jugendlichen gegen Gefahren für Leben und Gesundheit sowie zur Vermeidung einer Beeinträchtigung der körperlichen oder seelisch-geistigen Entwicklung zu treffen.

(4) ¹Jugendliche unter 18 Jahren dürfen in ein Beamtenverhältnis nur berufen werden, nachdem sie ärztlich untersucht worden sind (Erstuntersuchung). ²Nach Ablauf eines Jahres seit der Einstellung ist eine erneute ärztliche Untersuchung durchzuführen (Nachuntersuchung). ³Die Erstuntersuchung hat sich auf den Gesundheits- und Entwicklungsstand sowie die körperliche Beschaffenheit, die Nachuntersuchung außerdem auf die Auswirkungen der Berufsarbeit auf Gesundheit und Entwicklung zu erstrecken. ⁴Die Kosten der ärztlichen Untersuchungen trägt der Dienstherr.

(5) Soweit die Eigenart des Polizeivollzugsdienstes und die Belange der inneren Sicherheit es erfordern, können für jugendliche Polizeivollzugsbeamte und Polizeivollzugsbeamtinnen durch Rechtsverordnung des Staatsministeriums des Innern im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen Ausnahmen von den geltenden Vorschriften des Jugendarbeitsschutzes bestimmt werden.

Art. 101 Jubiläumszuwendung

¹Den Beamten und Beamtinnen soll bei Dienstjubiläen eine Jubiläumszuwendung gewährt werden. ²Das Nähere regelt die Staatsregierung durch Rechtsverordnung.

Abschnitt 8 Personalakten

Art. 102 Erhebung personenbezogener Daten

¹Der Dienstherr darf personenbezogene Daten über Bewerber, Bewerberinnen, Beamte und Beamtinnen sowie ehemalige Beamte und Beamtinnen nur erheben, soweit dies zur Begründung, Durchführung, Beendigung oder Abwicklung des Dienstverhältnisses oder zur Durchführung organisatorischer, personeller und sozialer Maßnahmen, insbesondere auch zu Zwecken der Personalplanung und des Personaleinsatzes, erforderlich ist oder eine Rechtsvorschrift dies erlaubt. ²Fragebogen, mit denen solche personenbezogenen Daten erhoben werden, bedürfen der Genehmigung durch die oberste Dienstbehörde.

Art. 103 Zugang zur Personalakte

Zugang zur Personalakte dürfen nur Beschäftigte haben, die im Rahmen der Personalverwaltung mit der Bearbeitung von Personalangelegenheiten beauftragt sind, und nur soweit dies zu Zwecken der Personalverwaltung oder der Personalwirtschaft erforderlich ist; dies gilt auch für den Zugang im automatisierten Abrufverfahren.

Art. 104 Gliederung und Gestaltung von Personalakten

(1) ¹Die Personalakte kann nach sachlichen Gesichtspunkten in Grundakte und Teilakten gegliedert werden. ²Teilakten können bei der für den betreffenden Aufgabenbereich zuständigen Behörde geführt werden. ³Nebenakten (Unterlagen, die sich auch in der Grundakte oder in Teilakten befinden) dürfen nur geführt werden, wenn die personalverwaltende Behörde nicht zugleich Beschäftigungsbehörde ist oder wenn mehrere personalverwaltende Behörden zu-

ständig sind; sie dürfen nur solche Unterlagen enthalten, deren Kenntnis zur rechtmäßigen Aufgabenerledigung der betreffenden Behörde erforderlich ist.⁴In der Grundakte ist ein vollständiges Verzeichnis aller Teil- und Nebenakten aufzunehmen.

(2)¹Nicht Bestandteil der Personalakte sind Unterlagen, die besonderen, von der Person und dem Dienstverhältnis sachlich zu trennenden Zwecken dienen, insbesondere Prüfungs-, Sicherheits- und Kindergeldakten.²Kindergeldakten können mit Besoldungs- und Versorgungsakten verbunden geführt werden, wenn diese von der übrigen Personalakte getrennt sind und von einer von der Personalverwaltung getrennten Organisationseinheit bearbeitet werden; § 35 des Ersten Buches Sozialgesetzbuch und die §§ 67 bis 78 des Zehnten Buches Sozialgesetzbuch bleiben unberührt.

Art. 105 Beihilfeunterlagen

¹Unterlagen über Beihilfen sind stets als Teilakte zu führen.²Diese ist von der übrigen Personalakte getrennt aufzubewahren.³Sie soll in einer von der übrigen Personalverwaltung getrennten Organisationseinheit bearbeitet werden; Zugang sollen nur Beschäftigte dieser Organisationseinheit haben.⁴Die Beihilfeakte darf für andere als für Beihilfeszwecke nur verwendet oder weitergegeben werden, wenn der oder die Beihilfeberechtigte und bei der Beihilfegewährung berücksichtigte Angehörige im Einzelfall einwilligen, die Einleitung oder Durchführung eines im Zusammenhang mit einem Beihilfeantrag stehenden behördlichen oder gerichtlichen Verfahrens dies erfordert oder soweit es zur Abwehr erheblicher Nachteile für das Gemeinwohl, einer sonst unmittelbar drohenden Gefahr für die öffentliche Sicherheit oder einer schwerwiegenden Beeinträchtigung der Rechte einer anderen Person erforderlich ist.⁵Sätze 1 bis 4 gelten entsprechend für Unterlagen über Heilfürsorge und Heilverfahren.

Art. 106 Anhörung

¹Beamte und Beamtinnen sind zu Beschwerden, Behauptungen und Bewertungen, die für sie ungünstig sind oder ihnen nachteilig werden können, vor deren Aufnahme in die Personalakte zu hören, soweit die Anhörung nicht nach anderen Rechtsvorschriften erfolgt.²Ihre Äußerungen sind zur Personalakte zu nehmen.

Art. 107 Einsichtnahme in Personalakten

(1)¹Beamte und Beamtinnen haben, auch nach Beendigung des Beamtenverhältnisses, ein Recht auf Einsicht in ihre vollständige Personalakte.²Feststellungen über den Gesundheitszustand unterliegen dann nicht der Einsicht, wenn zu befürchten ist, dass der Beamte oder die Beamtin bei Kenntnis des Befunds weiteren Schaden an der Gesundheit nimmt.

(2)¹Beamte und Beamtinnen haben ein Recht auf Einsicht auch in andere Akten, die personenbezogene Daten über sie enthalten und für ihr Dienstverhältnis verarbeitet oder genutzt werden, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist;

dies gilt nicht für Sicherheitsakten.²Die Einsichtnahme ist unzulässig, wenn die Daten der Betroffenen mit Daten Dritter oder geheimhaltungsbedürftigen nicht-personenbezogenen Daten derart verbunden sind, dass ihre Trennung nicht oder nur mit unverhältnismäßig großem Aufwand möglich ist.³In diesem Fall ist dem Beamten oder der Beamtin Auskunft zu erteilen.

(3)¹Bevollmächtigten von Beamten und Beamtinnen ist Einsicht zu gewähren, soweit dienstliche Gründe nicht entgegenstehen.²Dies gilt auch für Hinterbliebene, wenn ein berechtigtes Interesse glaubhaft gemacht wird, und deren Bevollmächtigte.³Für Auskünfte aus der Personalakte gelten Sätze 1 und 2 entsprechend.

(4)¹Die personalaktenführende Behörde bestimmt, wo die Einsicht gewährt wird.²Soweit dienstliche Gründe nicht entgegenstehen, können Auszüge, Abschriften, Ablichtungen oder Ausdrucke gefertigt werden; Beamten und Beamtinnen ist auf Verlangen ein Ausdruck der zu ihrer Person automatisiert gespeicherten Personalaktendaten zu überlassen.

Art. 108 Vorlage von Personalakten und Auskunft aus Personalakten

(1)¹Ohne Einwilligung des Beamten oder der Beamtin ist es zulässig, die Personalakte für Zwecke der Personalverwaltung oder Personalwirtschaft der obersten Dienstbehörde oder einer im Rahmen der Dienstaufsicht weisungsbefugten Behörde vorzulegen.²Das Gleiche gilt für Behörden desselben Geschäftsbereichs, soweit die Vorlage zur Vorbereitung oder Durchführung einer Personalentscheidung notwendig ist, sowie für Behörden eines anderen Geschäftsbereichs desselben Diensttherm, soweit diese an einer Personalentscheidung mitzuwirken haben, sowie für Pensionsbehörden.³Ärzten und Ärztinnen, die im Auftrag der personalverwaltenden Behörde oder der Pensionsbehörde ein medizinisches Gutachten erstellen, darf die Personalakte ebenfalls ohne Einwilligung vorgelegt werden.⁴Für Auskünfte aus der Personalakte gelten Sätze 1 bis 3 entsprechend.⁵Soweit eine Auskunft ausreicht, ist von einer Vorlage der Personalakte abzusehen.

(2)¹Auskünfte an Dritte dürfen nur mit Einwilligung des Beamten oder der Beamtin erteilt werden, es sei denn, dass die Abwehr einer erheblichen Beeinträchtigung des Gemeinwohls oder der Schutz berechtigter, höherrangiger Interessen des Dritten die Auskunftserteilung zwingend erfordert.²Inhalt und Empfänger der Auskunft sind dem Beamten oder der Beamtin schriftlich mitzuteilen.

(3) Ohne Einwilligung des Beamten oder der Beamtin ist es zulässig, den zuständigen Behörden Auskünfte aus der Personalakte zu erteilen, soweit es zur Entscheidung über die Verleihung von staatlichen Orden oder Ehrenzeichen oder von sonstigen staatlichen Ehrungen erforderlich ist.

(4) Vorlage und Auskunft sind auf den jeweils erforderlichen Umfang zu beschränken.

Art. 109

Entfernung von Unterlagen aus Personalakten

(1) ¹Unterlagen über Beschwerden, Behauptungen und Bewertungen, auf die die Tilgungsvorschriften des Disziplinarrechts keine Anwendung finden, sind,

1. falls sie sich als unbegründet oder falsch erwiesen haben, mit Zustimmung des Beamten oder der Beamtin unverzüglich aus der Personalakte zu entfernen und zu vernichten,
2. falls sie für Beamte und Beamtinnen ungünstig sind oder ihnen nachteilig werden können, auf Antrag nach zwei Jahren zu entfernen und zu vernichten; dies gilt nicht für dienstliche Beurteilungen.

²Die Frist nach Satz 1 Nr. 2 beginnt bei neuen Sachverhalten im Sinn dieser Vorschrift oder bei Einleitung eines Straf- oder Disziplinarverfahrens erneut. ³Der Neubeginn der Verjährung tritt nicht ein, wenn sich der neue Vorwurf als unbegründet oder falsch herausstellt.

(2) ¹Mitteilungen in Strafsachen, soweit sie nicht Bestandteil einer Disziplinarakte sind, sowie Auskünfte aus dem Bundeszentralregister sind mit Zustimmung des Beamten oder der Beamtin nach drei Jahren zu entfernen und zu vernichten. ²Abs. 1 Sätze 2 und 3 gelten entsprechend.

Art. 110

Aussonderung von Personalakten

(1) ¹Personalakten sind nach ihrem Abschluss von der Personalaktenführenden Behörde fünf Jahre aufzubewahren. ²Personalakten sind abgeschlossen,

1. wenn der Beamte oder die Beamtin ohne Versorgungsansprüche aus dem öffentlichen Dienst ausgeschieden ist, mit Erreichen der gesetzlichen Altersgrenze, in den Fällen des § 25 BeamtStG und des Art. 11 BayDG jedoch erst, wenn mögliche Versorgungsempfänger und Versorgungsempfängerinnen nicht mehr vorhanden sind,
2. wenn der Beamte oder die Beamtin verstorben ist, mit Ablauf des Todesjahres.

(2) ¹Unterlagen über Beihilfen, Heilfürsorge, Heilverfahren, Unterstützungen, Erholungsurlaub, Erkrankungen sowie Umzugs- und Reisekosten sind fünf Jahre nach Ablauf des Jahres, in dem die Bearbeitung des einzelnen Vorgangs abgeschlossen wurde, aufzubewahren. ²Unterlagen, aus denen die Art der Erkrankung ersichtlich ist, sind unverzüglich zurückzugeben oder zu vernichten, wenn sie für den Zweck, zu dem sie vorgelegt worden sind, nicht mehr benötigt werden.

(3) Versorgungsakten sind zehn Jahre nach Ablauf des Jahres, in dem die letzte Versorgungszahlung geleistet worden ist, aufzubewahren; besteht die Möglichkeit eines Wiederauflebens des Anspruchs, sind die Akten 30 Jahre aufzubewahren.

(4) Personalakten werden nach Ablauf der Aufbewahrungsfrist vernichtet, sofern sie nicht vom zuständigen öffentlichen Archiv übernommen werden.

(5) ¹Für automatisiert gespeicherte Personalaktendaten gelten Abs. 1 bis 4, soweit sie nicht in Grund- und Teilakten bereits vorhanden sind. ²Im Übrigen sind sie – unbeschadet anderweitiger Vorschriften – zu löschen, wenn sie für Zwecke der Personalverwaltung oder Personalwirtschaft nicht mehr benötigt werden. ³Elektronisch gespeicherte Beihilfebelege sind spätestens ein Jahr nach Ablauf des Jahres, in dem die Unterlagen elektronisch erfasst wurden, zu löschen, sofern sie nicht darüber hinaus für die Bearbeitung oder auf Grund sonstiger gesetzlicher Vorschriften benötigt werden.

Art. 111

Automatisierte Verarbeitung und Nutzung von Personalaktendaten

(1) ¹Personalaktendaten dürfen in Dateien nur für Zwecke der Personalverwaltung oder der Personalwirtschaft verarbeitet und genutzt werden. ²Ihre Übermittlung ist nur nach Maßgabe des Art. 108 zulässig. ³Ein automatisierter Datenabruf durch andere Behörden ist unzulässig, soweit durch besondere Rechtsvorschrift nichts anderes bestimmt ist.

(2) Personalaktendaten im Sinn des Art. 105 dürfen automatisiert nur im Rahmen ihrer Zweckbestimmung und nur von den übrigen Personaldateien technisch und organisatorisch getrennt verarbeitet und genutzt werden.

(3) Von den Unterlagen über medizinische oder psychologische Untersuchungen und Tests dürfen im Rahmen der Personalverwaltung nur die Ergebnisse automatisiert verarbeitet oder genutzt werden, soweit sie die Eignung betreffen und ihre Verarbeitung oder Nutzung dem Schutz des Beamten oder der Beamtin dient.

(4) Beamtenrechtliche Entscheidungen dürfen nicht ausschließlich auf Informationen und Erkenntnisse gestützt werden, die unmittelbar durch automatisierte Verarbeitung und Nutzung personenbezogener Daten gewonnen werden.

(5) ¹Bei erstmaliger Speicherung ist dem oder der Betroffenen die Art der über ihn oder sie gemäß Abs. 1 gespeicherten Daten mitzuteilen, bei wesentlichen Änderungen ist er oder sie zu benachrichtigen. ²Ferner sind die Verarbeitungs- und Nutzungsformen automatisierter Personalverwaltungsverfahren zu dokumentieren und einschließlich des jeweiligen Verwendungszwecks sowie der regelmäßigen Empfänger und des Inhalts automatisierter Datenübermittlung allgemein bekanntzugeben.

Teil 5

Landespersonalausschuss

Art. 112

Errichtung, Unabhängigkeit

¹Zur einheitlichen Durchführung beamtenrechtlicher Vorschriften wird ein Landespersonalausschuss errichtet. ²Er übt seine Tätigkeit innerhalb der gesetzlichen Schranken unabhängig und in eigener Verantwortung aus.

Art. 113

Zusammensetzung

(1) ¹Der Landespersonalausschuss besteht aus sieben ordentlichen und sieben stellvertretenden Mitgliedern. ²Sämt-

liche Mitglieder müssen sich in einem Beamtenverhältnis auf Lebenszeit oder auf Zeit befinden.

(2) ¹Die Staatsregierung beruft die ordentlichen und die stellvertretenden Mitglieder auf die Dauer von fünf Jahren; erneute Berufung ist zulässig. ²Drei ordentliche und drei stellvertretende Mitglieder sind aus einer staatlichen Verwaltung zu berufen, davon je ein ordentliches und ein stellvertretendes Mitglied aus dem Staatsministerium des Innern und dem Staatsministerium der Finanzen. ³Je zwei ordentliche und zwei stellvertretende Mitglieder werden auf Vorschlag der kommunalen Spitzenverbände und der Spitzenorganisationen der zuständigen Gewerkschaften und Berufsverbände berufen.

(3) Die Staatsregierung bestellt den Vorsitzenden oder die Vorsitzende und den stellvertretenden Vorsitzenden oder die stellvertretende Vorsitzende aus dem Kreis der aus einer staatlichen Verwaltung berufenen ordentlichen Mitglieder.

Art. 114 Rechtsstellung der Mitglieder

(1) ¹Die Mitglieder des Landespersonalausschusses sind unabhängig und nur dem Gesetz unterworfen. ²Sie scheiden aus ihrem Amt als Mitglied des Landespersonalausschusses durch Zeitablauf und durch Beendigung des Beamtenverhältnisses oder der Zugehörigkeit zu einer staatlichen Verwaltung (Art. 113 Abs. 2 Satz 2) aus; bei Mitgliedern, die aus dem Staatsministerium des Innern oder dem Staatsministerium der Finanzen berufen werden, endet die Mitgliedschaft auch bei Wechsel der Behörde. ³Im Übrigen scheiden sie aus ihrem Amt nur unter den gleichen Voraussetzungen aus, unter denen Mitglieder eines Disziplinargerichts wegen rechtskräftiger Verurteilung im Straf- oder Disziplinarverfahren ihr Amt verlieren. ⁴§ 39 BeamtStG ist nicht anzuwenden.

(2) Die Mitglieder des Landespersonalausschusses dürfen wegen ihrer Tätigkeit dienstlich nicht gemaßregelt, nicht benachteiligt und nicht bevorzugt werden.

(3) Die Mitglieder des Landespersonalausschusses dürfen bei Entscheidungen, die sie selbst oder Angehörige betreffen, nicht mitwirken.

(4) Die Dienstaufsicht über die Mitglieder des Landespersonalausschusses führt der Staatsminister der Finanzen.

Art. 115 Aufgaben

(1) Der Landespersonalausschuss hat außer den ihm in sonstigen Vorschriften dieses Gesetzes eingeräumten Befugnissen die folgenden Aufgaben:

1. bei der Vorbereitung gesetzlicher Regelungen der beamtenrechtlichen Verhältnisse mitzuwirken,
2. bei der Vorbereitung beamtenrechtlicher Vorschriften über die Ausbildung, Prüfung und Fortbildung mitzuwirken,
3. die Aufsicht über die Prüfungen zu führen,
4. über den Antrag einer obersten Dienstbehörde auf Anerkennung einer Prüfung zu beschließen,

5. sich zu Beschwerden von Beamten, Beamtinnen, Bewerbern und Bewerberinnen in Angelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung zu äußern,

6. Vorschläge zur Beseitigung von Mängeln in der Handhabung der beamtenrechtlichen Vorschriften zu machen.

(2) Die Staatsregierung kann dem Landespersonalausschuss zur einheitlichen Durchführung beamtenrechtlicher Vorschriften weitere Aufgaben durch Rechtsverordnung übertragen.

(3) Über die Durchführung seiner Aufgaben hat der Landespersonalausschuss die Staatsregierung alljährlich zu unterrichten.

Art. 116 Geschäftsordnung

Der Landespersonalausschuss gibt sich eine Geschäftsordnung.

Art. 117 Sitzungen, Beschlussfähigkeit

(1) ¹Die Sitzungen des Landespersonalausschusses sind nicht öffentlich. ²Der Landespersonalausschuss kann Beauftragten beteiligter Verwaltungen und anderen Personen die Anwesenheit bei der Verhandlung gestatten. ³Beauftragte beteiligter Verwaltungen sind auf Verlangen zu hören, ebenso der Beschwerdeführer oder die Beschwerdeführerin in den Fällen des Art. 115 Abs. 1 Nr. 5.

(2) Sind der oder die Vorsitzende und der oder die stellvertretende Vorsitzende verhindert, so leitet an ihrer Stelle das dienstälteste Mitglied die Verhandlungen.

(3) Zur Beschlussfähigkeit ist die Anwesenheit von mindestens fünf Mitgliedern erforderlich.

Art. 118 Beweiserhebungsrecht, Amts- und Rechtshilfe

(1) Der Landespersonalausschuss kann zur Durchführung seiner Aufgaben in entsprechender Anwendung der für die Verwaltungsgerichtsbarkeit geltenden Vorschriften Beweise erheben.

(2) Alle Dienststellen haben dem Landespersonalausschuss unentgeltlich Amts- und Rechtshilfe zu leisten.

Art. 119 Bekanntmachung und Bindungswirkung der Beschlüsse

(1) ¹Beschlüsse des Landespersonalausschusses sind, soweit sie allgemeine Bedeutung haben, bekanntzumachen. ²Näheres regelt die Geschäftsordnung.

(2) Soweit dem Landespersonalausschuss eine Entscheidungsbefugnis eingeräumt ist, binden seine Beschlüsse die beteiligten Verwaltungen.

Art. 120 Geschäftsstelle

(1) ¹Der Landespersonalausschuss bedient sich zur Vorbereitung der Verhandlungen und Durchführung seiner Be-

schlüsse einer Geschäftsstelle, die beim Staatsministerium der Finanzen eingerichtet wird. ²Die Geschäftsstelle führt ferner nach Maßgabe der Prüfungsbestimmungen im Auftrag des Landespersonalausschusses die Prüfungen (Art. 41) durch, sofern nicht der Landespersonalausschuss die Durchführung anderen Stellen überträgt.

(2) ¹Die Staatsregierung bestellt zur Leitung der Geschäftsstelle einen Generalsekretär oder eine Generalsekretärin. ²Er oder sie nimmt an den Verhandlungen des Landespersonalausschusses beratend teil.

Teil 6

Besondere Beamtengruppen

Abschnitt 1

Beamte und Beamtinnen des Landtags

Art. 121

Beamte und Beamtinnen des Landtags

(1) ¹Die Beamten und Beamtinnen des Landtags sind Beamte und Beamtinnen des Staates. ²Sie werden von dem Präsidenten oder der Präsidentin des Landtags ernannt. ³Zur Ernennung des Direktors oder der Direktorin und der Beamten und Beamtinnen von der Besoldungsgruppe A 16 an ist die Zustimmung des Präsidiums erforderlich.

(2) ¹Oberste Dienstbehörde der Beamten und Beamtinnen des Landtags ist der Präsident oder die Präsidentin des Landtags. ²Er oder sie übt die Dienstaufsicht über die Beamten und Beamtinnen des Landtags aus.

(3) ¹§ 12 Abs. 1 Nr. 4 BeamtStG ist nicht anzuwenden. ²Die in Art. 40 Abs. 2 Satz 2 vorgesehene Zuständigkeit des Landespersonalausschusses nimmt das Präsidium des Landtags wahr.

(4) Abs. 1 bis 3 gelten auch für den Landesbeauftragten oder die Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Beamten und Beamtinnen der Geschäftsstelle; Art. 29 des Bayerischen Datenschutzgesetzes bleibt unberührt.

Abschnitt 2

Beamtenverhältnis auf Zeit

Art. 122

Beamte und Beamtinnen auf Zeit

(1) ¹Die Fälle und die Voraussetzungen der Berufung in das Beamtenverhältnis auf Zeit sind gesetzlich zu bestimmen. ²Die Vorschriften über die Laufbahnen, die Prüfungen und die Probezeit sind nicht anzuwenden.

(2) ¹Ein Beamter oder eine Beamtin auf Zeit ist mit Ablauf der Amtszeit aus dem Beamtenverhältnis auf Zeit entlassen, wenn er oder sie nicht erneut in dasselbe Amt für eine weitere Amtszeit berufen wird und nicht in den Ruhestand tritt. ²Wird der Beamte oder die Beamtin auf Zeit im Anschluss an die Amtszeit erneut in dasselbe Amt für eine weitere Amtszeit berufen, so gilt das Beamtenverhältnis als nicht unterbrochen.

(3) ¹Soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist, sind Beamte und Beamtinnen auf Zeit nach Ablauf der Amtszeit verpflichtet, das Amt weiterzuführen, wenn sie unter min-

destens gleich günstigen Bedingungen für wenigstens die gleiche Zeit wieder ernannt werden sollen und das 62. Lebensjahr noch nicht vollendet haben. ²Beamte und Beamtinnen sind zu entlassen, wenn sie als Beamte oder Beamtinnen auf Zeit ihrer Verpflichtung zur Weiterführung ihres Amtes nicht nachkommen.

(4) ¹Soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist, sind Beamte oder Beamtinnen auf Zeit, die aus einem Beamtenverhältnis auf Lebenszeit in ein Beamtenverhältnis auf Zeit berufen worden sind und nach Ablauf der Amtszeit das Amt nicht weiterführen, auf ihren Antrag wieder in das frühere Dienstverhältnis zu übernehmen, wenn sie die beamtenrechtlichen Voraussetzungen noch erfüllen. ²Das zu übertragende Amt muss derselben oder einer gleichwertigen Laufbahn angehören und mit mindestens demselben Endgrundgehalt verbunden sein wie das Amt, das sie im Zeitpunkt der Beendigung des Beamtenverhältnisses auf Lebenszeit inne hatten. ³Der Antrag auf Übernahme ist innerhalb von drei Monaten nach Ablauf der Amtszeit zu stellen.

(5) ¹Endet das Beamtenverhältnis auf Zeit nach Abs. 2 Satz 1, erhalten entlassene Beamte und Beamtinnen auf Zeit von dem Beginn des Monats an, in dem sie den Antrag nach Abs. 4 gestellt haben, bis zur Übertragung des neuen Amtes von dem früheren Dienstherrn Bezüge in Höhe des beim Ausscheiden aus dem Beamtenverhältnis auf Lebenszeit erdienten Ruhegehalts. ²Die im Beamtenverhältnis auf Zeit verbrachte Dienstzeit gilt als Dienstzeit im Sinn des Besoldungs- und Versorgungsrechts. ³Im Übrigen gelten die Vorschriften der §§ 49 bis 59, 62 und 90 BeamtVG sinngemäß; Empfänger und Empfängerinnen der Bezüge gelten insoweit als Ruhestandsbeamte und Ruhestandsbeamtinnen, die Bezüge gelten als Ruhegehalt. ⁴Neben einem Übergangsgeld, das aus dem Beamtenverhältnis auf Zeit gewährt wird, gelten die Bezüge nach Satz 1 als Erwerbsersatzes einkommen im Sinn des § 53 Abs. 7 BeamtVG.

Art. 123

Ruhestandseintritt

(1) ¹Beamte und Beamtinnen auf Zeit treten mit Ablauf der Zeit, für die sie ernannt sind, in den Ruhestand, wenn sie eine Dienstzeit von mindestens zehn Jahren in einem Beamtenverhältnis mit Dienstbezügen zurückgelegt haben und weder nach Art. 122 Abs. 3 Satz 2 entlassen noch erneut in dasselbe Amt für eine weitere Amtszeit berufen werden. ²Mit dem Erreichen der Altersgrenze treten sie in den Ruhestand, wenn sie eine Dienstzeit von mindestens zehn Jahren in einem Beamtenverhältnis mit Dienstbezügen zurückgelegt haben oder aus einem Beamtenverhältnis auf Lebenszeit zu Beamten oder Beamtinnen auf Zeit ernannt worden waren.

(2) ¹Dienstunfähige Beamte und Beamtinnen auf Zeit sind in den Ruhestand zu versetzen, wenn sie

1. eine Dienstzeit von mindestens zehn Jahren in einem Beamtenverhältnis mit Dienstbezügen zurückgelegt haben oder

2. infolge Krankheit, Verwundung oder sonstiger Beschädigung, die sie sich ohne grobes Verschulden bei Ausübung oder aus Veranlassung des Dienstes zugezogen haben, dienstunfähig geworden sind oder
3. aus einem Beamtenverhältnis auf Lebenszeit zu Beamten oder Beamtinnen auf Zeit ernannt worden waren.

²Sind Beamte und Beamtinnen auf Zeit aus anderen als den in Satz 1 Nr. 2 genannten Gründen dienstunfähig geworden und haben sie eine Dienstzeit von weniger als zehn Jahren in einem Beamtenverhältnis mit Dienstbezügen zurückgelegt, so können sie in den Ruhestand versetzt werden; die Entscheidung trifft die oberste Dienstbehörde, bei Beamten und Beamtinnen des Staates im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen. ³Art. 71 Abs. 3 gilt entsprechend; der Ruhestand beginnt jedoch spätestens mit dem Ablauf der Amtszeit.

(3) ¹Beamte und Beamtinnen auf Zeit, die in den einstufigen Ruhestand versetzt worden sind, gelten mit Erreichen der gesetzlichen Altersgrenze als dauernd im Ruhestand befindlich, wenn sie bei Verbleiben im Amt mit Erreichen der Altersgrenze in den Ruhestand getreten wären. ²Sie gelten mit dem früheren Ablauf der Amtszeit als dauernd im Ruhestand befindlich, wenn sie bei Verbleiben im Amt in diesem Zeitpunkt eine Dienstzeit von mindestens zehn Jahren im Beamtenverhältnis mit Dienstbezügen zurückgelegt hätten oder vor Ablauf der Amtszeit nach Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 in den Ruhestand versetzt worden wären.

Abschnitt 3

Beamte und Beamtinnen der Polizei, der Justizvollzugsanstalten, des Landesamts für Verfassungsschutz, der Feuerwehren und Notariatsbeamte und Notariatsbeamtinnen

Art. 124

Polizeivollzugsbeamte und Polizeivollzugsbeamtinnen

(1) Für Beamte und Beamtinnen im Vollzugsdienst der Polizei gelten die allgemeinen beamtenrechtlichen Vorschriften, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist.

(2) ¹Dem Polizeivollzugsdienst gehören alle Beamten und Beamtinnen der Polizei an, die nicht im Verwaltungsdienst der Polizei eingesetzt sind. ²Der Verwaltungsdienst der Polizei besteht aus Beamten und Beamtinnen, die eine Prüfung für den Verwaltungsdienst abgelegt haben und entsprechend dieser Prüfung im Verwaltungsdienst der Polizei verwendet werden; er umfasst die Personal- und Wirtschaftsverwaltung der Polizei. ³Zum Bereich nach Satz 2 rechnen auch Ärzte und Ärztinnen, Apotheker und Apothekerinnen, Seelsorger und Seelsorgerinnen, Lehrkräfte für Allgemeinbildung, Beamte und Beamtinnen im mittleren, gehobenen und höheren technischen Polizeiverwaltungsdienst sowie im höheren kriminaltechnischen Dienst. ⁴Für Angelegenheiten der Personalverwaltung sollen auch Beamte und Beamtinnen im Polizeivollzugsdienst verwendet werden. ⁵Im Einzelnen kann das Staatsministerium des Innern im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen durch Rechtsverordnung bestimmen, welche

Tätigkeiten dem Verwaltungsdienst und dem höheren kriminaltechnischen Dienst angehören.

Art. 125

Status der Beamten und Beamtinnen im Polizeivollzugsdienst in Ausbildung

Die Polizeivollzugsbeamten und Polizeivollzugsbeamtinnen auf Widerruf im Vorbereitungsdienst können nach Maßgabe der Verordnung über die Laufbahnen der Polizeivollzugsbeamten frühestens nach Ablauf eines Jahres der Ausbildung in das Beamtenverhältnis auf Widerruf mit Dienstbezügen oder nach Beendigung einer Grundausbildung in das Beamtenverhältnis auf Probe berufen werden.

Art. 126

Laufbahnvorschriften

Das Staatsministerium des Innern kann im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen und nach Anhörung des Landespersonalausschusses durch Rechtsverordnung die Laufbahnen der Polizeivollzugsbeamten und Polizeivollzugsbeamtinnen abweichend von den Art. 26 bis 38 regeln; hierbei kann die Einheitslaufbahn festgelegt werden.

Art. 127

Gemeinschaftsunterkunft

¹Polizeivollzugsbeamte und Polizeivollzugsbeamtinnen der Bereitschaftspolizei sind während der Ausbildung verpflichtet, in einer Gemeinschaftsunterkunft zu wohnen und an einer Gemeinschaftsverpflegung teilzunehmen. ²Das Gleiche gilt für die übrigen Polizeivollzugsbeamten und Polizeivollzugsbeamtinnen während der Teilnahme an Lehrgängen, bei Bereitschaften sowie bei Übungen und Einsätzen im geschlossenen Verband; die oberste Dienstbehörde, die ihr unmittelbar nachgeordneten Dienststellen und die Einsatzleitung können Ausnahmen zulassen.

Art. 128

Polizeidienstunfähigkeit

(1) ¹Polizeivollzugsbeamte und Polizeivollzugsbeamtinnen sind dienstunfähig, wenn sie den besonderen gesundheitlichen Anforderungen für den Polizeivollzugsdienst nicht mehr genügen und nicht zu erwarten ist, dass sie ihre volle Verwendungsfähigkeit innerhalb zweier Jahre wiedererlangen (Polizeidienstunfähigkeit), es sei denn, die auszuübende Funktion erfordert bei Beamten und Beamtinnen auf Lebenszeit diese besonderen gesundheitlichen Anforderungen auf Dauer nicht mehr uneingeschränkt. ²Die Polizeidienstunfähigkeit und die Erfüllung der Anforderungen nach Satz 1 Halbsatz 2 werden auf Grund eines amtsärztlichen Gutachtens festgestellt. ³Bestehen Zweifel über die Polizeidienstunfähigkeit, ist Art. 67 Abs. 2 entsprechend anzuwenden. ⁴Art. 67 gilt entsprechend. ⁵Für die amtsärztliche Untersuchung der Erfüllung der Anforderungen nach Satz 1 Halbsatz 2 gelten Sätze 3 und 4 entsprechend.

(2) ¹Wird amtsärztlich festgestellt, dass Polizeivollzugsbeamte oder Polizeivollzugsbeamtinnen den besonderen gesundheitlichen Anforderungen auf Dauer nicht mehr uneingeschränkt gerecht werden, so kann ihnen eine Funktion im Sinn des Abs. 1 Satz 1 Halbsatz 2 zugewiesen werden.

²Kann eine Funktion im Sinn des Abs. 1 Satz 1 Halbsatz 2 nicht zugewiesen werden, gilt § 27 BeamStG entsprechend. ³Dabei kann Beamten oder Beamtinnen unter Beibehaltung ihres Amtes ohne ihre Zustimmung auch eine geringerwertige Tätigkeit innerhalb ihrer Laufbahngruppe im Bereich desselben Dienstherrn übertragen werden, wenn eine anderweitige Verwendung nicht möglich ist und die Wahrnehmung der neuen Aufgabe unter Berücksichtigung der bisherigen Tätigkeit zuzumuten ist. ⁴Polizeivollzugsbeamte und Polizeivollzugsbeamtinnen, die den besonderen gesundheitlichen Anforderungen nicht mehr uneingeschränkt gerecht werden, müssen auf Weisung der zuständigen Behörde an geeigneten und zumutbaren Maßnahmen zur Wiederherstellung ihrer uneingeschränkten Polizeidienstfähigkeit teilnehmen. ⁵Ist ein Vorgehen nach den Sätzen 1 bis 3 nicht möglich oder nicht erfolgversprechend, so ist nach Abs. 3 zu verfahren.

(3) Ist nach Abs. 1 von Polizeidienstunfähigkeit auszugehen, so findet § 26 Abs. 1 Satz 3, Abs. 2 und 3 BeamStG entsprechende Anwendung.

Art. 129
Altersgrenze

¹Für Polizeivollzugsbeamte und Polizeivollzugsbeamtinnen auf Lebenszeit gilt als Altersgrenze das Ende des Monats, in dem sie das 60. Lebensjahr vollenden. ²Art. 63 Abs. 1 ist mit der Maßgabe anzuwenden, dass der Eintritt in den Ruhestand höchstens bis zur Vollendung des 63. Lebensjahres hinausgeschoben werden darf.

Art. 130
Beamte und Beamtinnen bei den Justizvollzugsanstalten

Für Beamte und Beamtinnen auf Lebenszeit im Strafvollzugsdienst (allgemeiner Vollzugs-, Werk- und Krankenpflegedienst) bei den Justizvollzugsanstalten gilt Art. 129 entsprechend.

Art. 131
Beamte und Beamtinnen
des Landesamts für Verfassungsschutz

Für Beamte und Beamtinnen des Landesamts für Verfassungsschutz, die nicht gemäß einer für den Verwaltungsdienst abgelegten Prüfung in der Personal- und Wirtschaftsverwaltung, in der Registratur oder im Bereich der elektronischen Datenverarbeitung des Landesamts verwendet werden, gilt Art. 129 entsprechend.

Art. 132
Feuerwehrbeamte und Feuerwehrbeamtinnen

Für die Beamten und Beamtinnen des Einsatzdienstes der Berufs- und Werkfeuerwehren und des Einsatzdienstes Ständiger Wachen freiwilliger Feuerwehren gilt Art. 129 entsprechend.

Art. 133
Notariatsbeamte und Notariatsbeamtinnen

(1) Das Staatsministerium der Justiz kann die Rechtsverhältnisse der Notariatsbeamten und Notariatsbeamtinnen durch Rechtsverordnung näher regeln und hierbei die all-

gemeinen beamtenrechtlichen Vorschriften der besonderen Organisation des Notariatswesens anpassen.

(2) Die Rechtsverordnung kann Bestimmungen enthalten über

1. die Dienstvorgesetzten, die oberste Dienstbehörde und die Aufsichtsbehörden,
2. den Dienstherrn im Sinn des § 48 BeamStG,
3. die Einleitung und Durchführung des Disziplinarverfahrens.

Abschnitt 4
Ehrenbeamte und Ehrenbeamtinnen

Art. 134
Ehrenbeamte und Ehrenbeamtinnen

(1) Für Ehrenbeamte und Ehrenbeamtinnen gelten die Vorschriften dieses Gesetzes und des Beamtenstatusgesetzes mit den sich aus der Natur des Ehrenbeamtenverhältnisses ergebenden Maßgaben:

1. Nicht anzuwenden sind insbesondere Art. 5, 11, 13, 23, 24, 26 bis 40, 45 Abs. 12, Art. 48, 50, 62 bis 71, 74, 81 Abs. 2 bis 7, Art. 82, 85 bis 87 und 123 Abs. 2 und 3 sowie §§ 15, 22 Abs. 1 Nr. 2, 23 Abs. 1 Nrn. 3 und 5, §§ 25 bis 30 und 41 BeamStG.
2. Das Ehrenbeamtenverhältnis kann für beendet erklärt werden, wenn der Ehrenbeamte oder die Ehrenbeamtin das 65. Lebensjahr vollendet hat; es ist für beendet zu erklären, wenn die sonstigen Voraussetzungen für die Versetzung in den Ruhestand vorliegen.

(2) Die Unfallfürsorge für Ehrenbeamte, Ehrenbeamtinnen und ihre Hinterbliebenen richtet sich nach § 68 BeamtVG.

Teil 7
**Besondere Vorschriften für die unter der Aufsicht
des Staates stehenden Körperschaften, Anstalten und
Stiftungen des öffentlichen Rechts**

Art. 135
Bestimmung von Dienstvorgesetzten oder Vorgesetzten

Haben Beamte und Beamtinnen keine Dienstvorgesetzten oder Vorgesetzten, so bestimmt die oberste Aufsichtsbehörde, wer die nach diesem Gesetz auf den oder die Dienstvorgesetzten oder Vorgesetzten übertragenen Zuständigkeiten wahrnimmt.

Art. 136
Zuständigkeiten bei nichtstaatlichen Dienstherrn

Zuständigkeiten, die nach diesem Gesetz oder dem Beamtenstatusgesetz einer Behörde des Dienstherrn übertragen sind, werden bei den Gemeinden, den Gemeindeverbänden oder den sonstigen unter der Aufsicht des Staates stehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts von den nach Gesetz, Rechtsverordnung oder Satzung zuständigen Organen oder Stellen wahrgenommen.

Art. 137

Oberste Aufsichtsbehörde

Oberste Aufsichtsbehörde im Sinn dieses Gesetzes ist bei den Gemeinden und den Gemeindeverbänden das Staatsministerium des Innern, bei den sonstigen unter der Aufsicht des Staates stehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts dasjenige Staatsministerium, in dessen Geschäftsbereich die Körperschaftsaufsicht (allgemeine Aufsicht) ausgeübt wird.

Teil 8

Dienstherrnwechsel

Art. 138

Übernahme von Kirchenbeamten und
Kirchenbeamtinnen in ein Beamtenverhältnis
im Sinn des Bayerischen Beamtengesetzes

(1) ¹Ein Dienstherr (§ 2 BeamtStG) kann sich öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften und ihren Verbänden gegenüber verpflichten, Kirchenbeamte und Kirchenbeamtinnen im kirchlichen Schuldienst in ein Beamtenverhältnis zu übernehmen, wenn und soweit der Betrieb von Schulen, an denen Personen dieser Religionsgesellschaften oder ihrer Verbände beschäftigt sind, eingeschränkt und aus diesem Grund das Lehrpersonal erheblich vermindert wird. ²Die Übernahmeverpflichtungen eines Dienstherrn dürfen insgesamt zwölf v. H. der in der jeweiligen Lehramtslaufbahn freiwerdenden und wieder besetzbaren Planstellen nicht übersteigen und müssen mit einer vertraglichen Regelung über die Verteilung der Versorgungslast gemäß Art. 145 verbunden sein. ³Übernommen werden dürfen nur Kirchenbeamte und Kirchenbeamtinnen, die im Zeitpunkt der Übernahme die allgemeinen Voraussetzungen zur Berufung in das Beamtenverhältnis nach § 7 Abs. 1 BeamtStG erfüllen und entweder die erforderliche Laufbahnbefähigung nach Inkrafttreten einer Übernahmeverpflichtung nach Satz 1 erworben oder als Lehrkraft bereits in einem Beamtenverhältnis auf Lebenszeit oder auf Probe zu einem Dienstherrn im Sinn des § 2 BeamtStG gestanden haben. ⁴Eine Übernahmeverpflichtung ist ferner nur für Kirchenbeamte und Kirchenbeamtinnen zulässig, die die wettbewerbsmäßigen Anforderungen ihres Prüfungsjahrgangs für den unmittelbaren Eintritt in den Staatsdienst als Beamter oder Beamtin auf Probe erfüllt haben; bei mehrjähriger Bewährung als hauptberufliche Lehrkraft kann eine Übernahmeverpflichtung auch dann eingegangen werden, wenn das Ergebnis der Laufbahnprüfung geringfügig, höchstens um einen halben Notengrad, hinter den Anforderungen nach Halbsatz 1 zurückbleibt.

(2) Auf Ernennungen zur Übernahme nach Abs. 1 findet Art. 23 Abs. 1 Satz 1 keine Anwendung.

(3) ¹Eine Übernahmeverpflichtung nach Abs. 1 muss mit Wirkung für die Zukunft kündbar sein. ²Bei Kündigung einer nach Abs. 1 eingegangenen Übernahmeverpflichtung bleiben die Übernahmeverpflichtungen für Kirchenbeamte und Kirchenbeamtinnen, die im Zeitpunkt der Wirksamkeit der Kündigung bereits ernannt sind, bestehen.

(4) ¹Auf die Probezeit und die Dienstzeiten des Laufbahnrechts sind gleichwertige Zeiten des kirchlichen Schul-

dienstes anzurechnen. ²Die Einstellung in einem höheren Amt als dem Eingangsamt ist zulässig, soweit der Beamte oder die Beamtin in ein Amt übernommen wird, das der letzten Dienststellung im Kirchenbeamtenverhältnis gleichwertig ist.

Art. 139

Ausbildungskostenerstattung

(1) ¹Wechseln Beamte oder Beamtinnen des mittleren oder gehobenen Dienstes in der Zeit vom Beginn ihres Vorbereitungsdienstes bis zum Ablauf von sechs Jahren nach ihrer Berufung in das Beamtenverhältnis auf Probe in dieselbe, eine entsprechende oder gleichwertige Laufbahn bei einem Dienstherrn im Geltungsbereich dieses Gesetzes, so hat der neue Dienstherr dem bisherigen Dienstherrn die Ausbildungskosten der Beamten oder Beamtinnen nach Maßgabe der folgenden Absätze zu erstatten. ²Dies gilt auch, wenn der ehemalige Beamte oder die ehemalige Beamtin beim neuen Dienstherrn in einem Arbeitnehmerverhältnis mindestens gleichwertig beschäftigt wird. ³Der neue Dienstherr hat dem bisherigen Dienstherrn einen Dienstherrnwechsel im Sinn der Sätze 1 und 2 unverzüglich mitzuteilen. ⁴Satz 1 findet keine Anwendung, wenn der Ausbildungsdienstherr Beamte oder Beamtinnen nach der Ableistung des Vorbereitungsdienstes aus Gründen, die sie nicht zu vertreten haben, nicht in ein Beamtenverhältnis auf Probe übernimmt und sie deshalb zu einem anderen Dienstherrn wechseln.

(2) ¹Abs. 1 gilt nicht für Beamte und Beamtinnen in Laufbahnen, in denen der Vorbereitungsdienst allgemeine Ausbildungsstätte nach Art. 12 Abs. 1 Satz 1 des Grundgesetzes ist. ²Er findet auch keine Anwendung auf Fachlehrkräfte für gewerblich-technische Berufe, für Hauswirtschaft und für Schreibtechnik an beruflichen Schulen in Bayern und auf Polizeivollzugsbeamte, Polizeivollzugsbeamtinnen oder ehemalige Polizeivollzugsbeamte und Polizeivollzugsbeamtinnen, die nach Art. 128 Abs. 2 in ein Amt einer anderen Laufbahn versetzt werden.

(3) ¹Ein Dienstherrwechsel im Sinn des Abs. 1 liegt nicht vor, wenn zwischen dem Ausscheiden aus dem bisherigen Dienstverhältnis und der Begründung eines neuen Dienstverhältnisses ein Zeitraum von mehr als zwei Jahren liegt. ²Ein mehrfacher Dienstherrwechsel steht einer erneuten Anwendung des Abs. 1 nicht entgegen.

(4) ¹Der Erstattungsbetrag setzt sich wie folgt zusammen:

1. aus einem Grundbetrag als Ausgleich für die angefallene Besoldung bei Beamten und Beamtinnen
 - des mittleren Dienstes in Höhe des 30-fachen,
 - des gehobenen Dienstes in Höhe des 45-fachen
 des zur Zeit des Beginns des Vorbereitungsdienstes geltenden monatlichen Anwärtergrundbetrags für einen Anwärter oder eine Anwärterin vor Vollendung des 26. Lebensjahres, zuzüglich
2. eines Betrags als Ausgleich für die übrigen Ausbildungskosten in Höhe von
 - 15 v. H. des sich nach Nr. 1 ergebenden Betrags bei Beamten und Beamtinnen des mittleren Dienstes bzw.

- 30 v. H. des sich nach Nr. 1 ergebenden Betrags bei Beamten und Beamtinnen des gehobenen Dienstes abzüglich

3. eines Versorgungsabschlags in Höhe von 30 v. H. auf den sich nach Nr. 1 ergebenden Betrag.

²Ein Abzug nach Satz 1 Nr. 3 entfällt, wenn der Dienstherrnwechsel mit der Rechtsfolge der Versorgungslastverteilung nach Art. 145 durchgeführt wird sowie in den Fällen des Abs. 1 Satz 2. ³Hat der Beamte oder die Beamtin zum Zeitpunkt des Dienstherrnwechsels die Laufbahnprüfung noch nicht abgelegt, so mindert sich der Erstattungsbetrag nach Satz 1 entsprechend dem Verhältnis der beim neuen Dienstherrn noch abzuleistenden Ausbildungszeit zur regelmäßigen Dauer des Vorbereitungsdienstes.

(5) ¹Der Erstattungsbetrag mindert sich für jedes volle Jahr, das der Beamte oder die Beamtin nach der Berufung in das Beamtenverhältnis auf Probe beim bisherigen Dienstherrn Dienst geleistet hat, um ein Sechstel. ²Rückzahlungen von Anwärterbezügen auf Grund des § 59 Abs. 5 des Bundesbesoldungsgesetzes sind auf den Erstattungsbetrag anzurechnen.

(6) ¹Bei einem Dienstherrnwechsel von Beamten und Beamtinnen des Freistaates Bayern zu Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften mit weniger als 10 000 Einwohnern ermäßigt sich der Erstattungsbetrag auf die Hälfte. ²Maßgebend ist die amtliche Einwohnerzahl der Gemeinde oder Verwaltungsgemeinschaft, die vom Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung vor dem Dienstherrnwechsel zuletzt festgestellt worden ist.

(7) Soweit bei einem Dienstherrnwechsel nach Abs. 6 die Übernahme eines Beamten oder einer Beamtin des Freistaates Bayern deshalb notwendig ist, weil ein von der Gemeinde oder der Verwaltungsgemeinschaft ausgebildeter Anwärter oder eine Anwärterin die Laufbahnprüfung endgültig nicht bestanden hat, beträgt die Ermäßigung zwei Drittel des Erstattungsbetrags.

(8) ¹Der Erstattungsbetrag wird vom bisherigen Dienstherrn festgesetzt und beim neuen Dienstherrn durch schriftlichen Bescheid zur Erstattung angefordert. ²Die Berechnungsgrundlagen und die Berechnung des Erstattungsbetrags sind dem erstattungspflichtigen Dienstherrn mitzuteilen.

(9) Der Erstattungsbetrag wird einen Monat nach Bekanntgabe des Bescheids fällig, sofern kein späterer Termin festgesetzt wird.

(10) Im Bereich des Freistaates Bayern wird die Erstattung durch die für den Beamten oder die Beamtin zuletzt zuständige oberste Dienstbehörde oder die von ihr bestimmte Behörde geleistet.

Art. 140

Fortbildungskostenerstattung

(1) ¹Wechseln Beamte oder Beamtinnen innerhalb von zwei Jahren nach Abschluss einer Fortbildungsveranstaltung zu einem anderen Dienstherrn, so haben sie dem bisherigen Dienstherrn die Fortbildungskosten nach Maßgabe der

folgenden Absätze zu erstatten. ²Ein mehrfacher Wechsel steht einer erneuten Anwendung des Satzes 1 nicht entgegen. ³Satz 1 findet keine Anwendung, wenn der bisherige Dienstherr den Wechsel angeordnet hat. ⁴Satz 1 gilt entsprechend, wenn Beamte oder Beamtinnen ihre Entlassung verlangen.

(2) ¹Der Erstattungsbetrag entspricht den für die Fortbildungsveranstaltung angefallenen Kosten mit Ausnahme der Reisekosten und des Trennungsgeldes. ²Der Erstattungsbetrag mindert sich für jedes volle Jahr, das der Beamte oder die Beamtin seit Abschluss der Fortbildungsveranstaltung beim bisherigen Dienstherrn Dienst geleistet hat, um die Hälfte. ³Der Erstattungsbetrag wird vom bisherigen Dienstherrn durch schriftlichen Bescheid zur Erstattung festgesetzt und einen Monat nach Bekanntgabe des Bescheids fällig.

(3) Der Erstattungsbetrag wird nur erhoben, wenn die Fortbildungsveranstaltung eine Dauer von insgesamt vier Wochen überschreitet, die Kosten je Fortbildungstag 500 € übersteigen und das durch die Fortbildung erworbene Fachwissen außerhalb des bisherigen Tätigkeitsbereichs einsetzbar ist.

(4) Die Entscheidung trifft der oder die unmittelbare Dienstvorgesetzte.

Teil 9

Übergangsregelungen und Schlussvorschriften

Art. 141

Übergangsregelung zum Wegfall der Anstellung

(1) ¹Beamten und Beamtinnen, die im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes noch kein Amt innehaben, wird mit Ablauf des 31. März 2009 ein Amt verliehen. ²Die für die Ernennung zuständige Behörde stellt die Amtsverleihung fest.

(2) Auf Beamte und Beamtinnen, denen bis zum Ablauf des 31. März 2009 bereits ein Amt verliehen wurde, ist an Stelle des Art. 28 Abs. 2 Satz 2 Nr. 2 weiterhin Art. 21 Abs. 2 Satz 2 Nr. 2 in der bis zum 31. März 2009 geltenden Fassung anzuwenden.

Art. 142

Übergangsregelung zum Antragsruhestand

(1) Für Beamte und Beamtinnen, die sich am 1. Januar 2003 in Altersteilzeit im Blockmodell (Art. 91 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2) befunden haben, gilt Art. 56 Abs. 5 Satz 1 Nr. 1 in der bis 31. Dezember 2002 geltenden Fassung fort.

(2) Abs. 1 gilt für Beamte und Beamtinnen entsprechend, die am 1. Januar 2003

1. bis zum Beginn des Ruhestands beurlaubt sind oder
2. sich in einem Arbeitszeitmodell mit einer ungleichmäßigen Verteilung der Arbeitszeit nach Art. 87 Abs. 3 oder in Teilzeitbeschäftigung gemäß Art. 88 Abs. 4 befinden, sofern
 - a) der Ausgleich der Arbeitszeiterhöhung durch anschließende volle Freistellung vom Dienst erfolgt und

- b) sich der Zeitraum der Freistellung bis zu einem Zeitpunkt erstreckt, zu dem der Beamte oder die Beamtin das 63. Lebensjahr bereits vollendet.

Art. 143

Verteilung der Versorgungslast nach bisherigem Recht

(1) Die Verteilung der Versorgungslast regelt sich nach bisherigem Recht, wenn Beamte und Beamtinnen im Einverständnis mit ihrem Dienstherrn in den Dienst eines anderen Dienstherrn übernommen worden sind.

(2) ¹Der Staat trägt die gesetzlichen Versorgungsbezüge für die Beamten und Beamtinnen der früheren staatlichen Polizeiverwaltungen und ihre Hinterbliebenen aus den vor Ablauf des 8. Mai 1945 eingetretenen Versorgungsfällen auch insoweit, als er nach § 82 Abs. 2 des Gesetzes zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Art. 131 des Grundgesetzes fallenden Personen nicht zahlungspflichtig ist. ²Er erstattet den Städten, die nach § 82 Abs. 1 des Gesetzes zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Art. 131 des Grundgesetzes fallenden Personen die Aufgaben der früheren staatlichen Polizeiverwaltungen übernommen haben und damit Dienstherren der Beamten und Beamtinnen dieser Dienststellen geworden sind, bei Eintritt des Versorgungsfalls den Anteil an den Versorgungsbezügen, der dem Verhältnis der bis zum Ablauf des 8. Mai 1945 im planmäßigen Beamtenverhältnis bei der Polizei zurückgelegten vollen Dienstjahre zu den nach dem 8. Mai 1945 im planmäßigen Gemeindedienst zurückgelegten vollen Dienstjahren entspricht. ³Die Bewilligung von Versorgungsbezügen auf Grund von Kannvorschriften, für die den Staat eine Erstattungspflicht trifft, bedarf der Zustimmung des Staatsministeriums der Finanzen.

(3) ¹Der Staat trägt die Versorgung für die unter Kapitel II des Gesetzes zu Art. 131 des Grundgesetzes fallenden früheren Bediensteten des Reichsnährstands, die am 8. Mai 1945 bei Einrichtungen des Reichsnährstands in Bayern beschäftigt waren. ²Das Gleiche gilt für unter Kapitel II des Gesetzes zu Art. 131 des Grundgesetzes fallende Versorgungsempfänger und Versorgungsempfängerinnen des Reichsnährstands, die am 8. Mai 1945 von einer Versorgungskasse des Reichsnährstands in Bayern Versorgungsbezüge erhalten haben.

Art. 144

Zuständigkeiten

im Vollzug des Beamtenversorgungsgesetzes

(1) ¹Die Festsetzung und Regelung der Versorgung, die Bestimmung der Person des Zahlungsempfängers oder der Zahlungsempfängerin, die Berücksichtigung von Zeiten als ruhegehaltfähige Dienstzeit sowie die Bewilligung von Versorgungsbezügen auf Grund von Kannvorschriften obliegt für die Beamten und Beamtinnen des Staates sowie ihre Hinterbliebenen der von der Staatsregierung durch Rechtsverordnung bestimmten Pensionsbehörde. ²In der Rechtsverordnung kann die Zuständigkeit von Pensionsbehörden für weitere Versorgungsangelegenheiten bestimmt werden. ³Zu den Versorgungsangelegenheiten in diesem Sinn gehört auch die Erteilung einer Bescheinigung, dass die Voraussetzungen für die kraft Gesetzes erfolgte Nach-

versicherung vorliegen. ⁴Unberührt bleiben gesetzliche Vorschriften, die eine ausschließliche Zuständigkeit anderer Behörden bestimmen.

(2) ¹Entscheidungen gemäß § 49 Abs. 2 Satz 2, § 67 Abs. 3 BeamtVG, ob Zeiten auf Grund der §§ 10 bis 12, 13 Abs. 2 und § 67 Abs. 2 BeamtVG als ruhegehaltfähige Dienstzeit zu berücksichtigen sind, trifft die Einstellungsbehörde. ²Bei Beamten und Beamtinnen des Staates ergehen die Entscheidungen im Einvernehmen mit der Pensionsbehörde (Abs. 1), es sei denn, dass das Staatsministerium der Finanzen selbst Einstellungsbehörde ist.

(3) Die in § 49 Abs. 3 BeamtVG genannten Befugnisse stehen für die Beamten und Beamtinnen der Gemeinden, der Gemeindeverbände und der sonstigen unter der Aufsicht des Staates stehenden Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts und ihre Hinterbliebenen der obersten Dienstbehörde zu.

(4) ¹Zum Vollzug der Vorschriften über die Unfallfürsorge (§§ 30 bis 46 BeamtVG) sind verletzte Beamte und Beamtinnen verpflichtet, der Pensionsbehörde die für die Feststellung der Unfallfürsorgeansprüche erforderlichen Auskünfte zu erteilen und die in diesem Zusammenhang über sie bei Krankenanstalten, Rehabilitationseinrichtungen, Versicherungen, Behörden und behandelnden Ärzten und Ärztinnen geführten Untersuchungsunterlagen auf Verlangen zur Einsichtnahme vorzulegen. ²Die Pensionsbehörde kann die Auskünfte und Unterlagen den mit der Begutachtung beauftragten Ärzten und Ärztinnen bekanntgeben.

(5) Das Staatsministerium der Finanzen kann die zur Durchführung des Beamtenversorgungsgesetzes erforderlichen allgemeinen Verwaltungsvorschriften und Richtlinien erlassen, soweit nicht eine allgemeine Regelung gemäß § 107 BeamtVG getroffen worden ist.

Art. 145

Versorgungsausgleich zwischen mehreren Dienstherren

(1) ¹Werden Beamte und Beamtinnen auf Lebenszeit, auf Probe oder auf Zeit in ein Amt eines anderen Dienstherrn versetzt (Art. 48 Abs. 2), so tragen die Dienstherren die späteren Versorgungsbezüge anteilig nach den Dienstzeiten, die diese Beamten und Beamtinnen bei ihnen im Beamtenverhältnis abgeleistet haben, soweit diese ruhegehaltfähig sind. ²Bei der Berechnung der Dienstzeiten werden nur volle Jahre zugrunde gelegt.

(2) Sind Beamte und Beamtinnen aus Anlass oder nach der Versetzung von dem neuen Dienstherrn befördert worden, so bemisst sich der Anteil des früheren Dienstherrn so, wie wenn sie in dem früheren Amt verblieben wären.

(3) ¹Abs. 1 und 2 gelten entsprechend bei Wechsel zwischen dem Beamtenverhältnis und dem Dienstverhältnis des berufsmäßigen kommunalen Wahlbeamten. ²Das gleiche gilt, wenn dienstordnungsmäßige Angestellte eines Sozialversicherungsträgers mit dessen Einverständnis in ein Beamtenverhältnis berufen werden und umgekehrt.

(4) Abs. 1 und 2 gelten ferner entsprechend bei der Übernahme von Beamten und Beamtinnen auf Lebenszeit, auf

Probe oder auf Zeit in den Dienst einer anderen Körperschaft nach Maßgabe der §§ 16 und 17 BeamtStG und der Art. 51 und 52, soweit die abgebende Körperschaft bestehen bleibt.

(5) Die Durchführung regelt das Staatsministerium der Finanzen durch Rechtsverordnung.

Art. 146

Änderung des Bayerischen Richtergesetzes

Das Bayerische Richtergesetz – BayRiG – (BayRS 301-1-J), zuletzt geändert durch § 3 des Gesetzes vom 8. Dezember 2006 (GVBl S. 987), wird wie folgt geändert:

1. In Art. 2 Abs. 3 Satz 2 werden die Worte „Art. 104“ durch die Worte „Art. 16“ ersetzt.
2. Art. 4 wird wie folgt geändert:
 - a) In Abs. 5 Satz 1 werden die Worte „Art. 56 Abs. 2 Satz 1“ durch die Worte „Art. 123 Abs. 2 Satz 1“ ersetzt.
 - b) In Abs. 6 Satz 2 werden die Worte „Art. 128 Abs. 4“ durch die Worte „Art. 122 Abs. 4“ ersetzt.
3. Art. 8a Abs. 2 wird wie folgt geändert:
 - a) In Satz 1 Nr. 4 werden die Worte „Art. 73 ff.“ durch die Worte „Art 81 ff.“ ersetzt.
 - b) Satz 3 wird aufgehoben.
 - c) Der bisherige Satz 4 wird Satz 3.
4. In Art. 8b Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 werden die Worte „Art. 74 Abs. 1 Nrn. 4 bis 6“ durch die Worte „Art. 82 Abs. 1 Satz 1 Nrn. 4 bis 6“ ersetzt.
5. Art. 8d Abs. 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Die Dauer von Beurlaubungen nach Art. 8 Abs. 1, Art. 8b Abs. 1 und nach Art. 89 Abs. 1, Art. 90 Abs. 1 des Bayerischen Beamtengesetzes darf insgesamt fünfzehn Jahre nicht überschreiten. ²In den Fällen des Art. 8b Abs. 1 Nr. 2 findet Satz 1 keine Anwendung, wenn eine Rückkehr zur Voll- oder Teilzeitbeschäftigung nicht zumutbar ist.“
6. Art. 10 Abs. 1 wird wie folgt geändert:
 - a) Im einleitenden Satzteil werden die Worte „Art. 106“ durch die Worte „Art. 113“ ersetzt.
 - b) In Nr. 2 werden die Worte „Art. 106 Abs. 2 Satz 3“ durch die Worte „Art. 113 Abs. 2 Satz 3“ ersetzt.
7. Dem Art. 18 Abs. 2 wird folgender Satz 3 angefügt:

„³Art. 24 Abs. 3 bleibt unberührt.“
8. Dem Art. 24 wird folgender Abs. 3 angefügt:

„(3) Hat die Amtszeit des Richterrats zum Zeitpunkt des Ablaufs der regelmäßigen Amtszeit der Richterräte nach Art. 18 Abs. 2 Satz 1 noch nicht ein Jahr betragen, so ist der Richterrat abweichend von Art. 18 Abs. 2 Satz 2 bei den übernächsten allgemeinen Richterratswahlen neu zu wählen.“

9. Art. 48 Abs. 2 wird wie folgt geändert:

- a) In Nr. 2 werden die Worte „(Art. 56 des Bayerischen Beamtengesetzes)“ durch die Worte „(§ 27 des Beamtenstatusgesetzes)“ ersetzt.
- b) In Nr. 3 werden die Worte „(Art. 15 des Bayerischen Beamtengesetzes)“ durch die Worte „(§ 12 des Beamtenstatusgesetzes)“ ersetzt.
- c) In Nr. 4 werden die Worte „Art. 40 Abs. 1 Nrn. 1 bis 3 sowie nach Art. 42 des Bayerischen Beamtengesetzes“ durch die Worte „§ 24 Abs. 1 Nrn. 1, 3 und 5 sowie nach § 24 Abs. 3 des Beamtenstatusgesetzes“ ersetzt.

10. Art. 78 wird wie folgt geändert:

- a) In Abs. 2 Satz 1 und Abs. 3 werden die Worte „Absatz 1“ jeweils durch die Worte „Abs. 1“ ersetzt.
- b) Abs. 4, 5 und 6 erhalten folgende Fassung:

„(4) ¹Stimmt der Richter oder sein Vertreter der Versetzung in den Ruhestand nicht innerhalb eines Monats schriftlich zu und hält die oberste Dienstbehörde den Richter für dienstunfähig, so beantragt sie bei dem Dienstgericht, die Zulässigkeit der Versetzung in den Ruhestand festzustellen. ²Hält sie den Richter für dienstfähig, stellt sie das Verfahren ein. ³Die Entscheidung der obersten Dienstbehörde, ob sie einen Antrag nach Satz 1 stellt oder das Verfahren einstellt, ist dem Richter oder seinem Vertreter zuzustellen.“

(5) Mit dem Ende des Monats, in dem dem Richter oder seinem Vertreter die Entscheidung der obersten Dienstbehörde nach Abs. 4 Satz 1 zugestellt wird, ist bis zum rechtskräftigen Abschluss des Verfahrens die das Ruhegehalt zuzüglich des Unterschiedsbetrags nach § 50 Abs. 1 Satz 2 des Beamtenversorgungsgesetzes übersteigende Besoldung mit Ausnahme der vermögenswirksamen Leistungen einzubehalten.

(6) ¹Gibt das Gericht dem Antrag statt, so ist der Richter in den Ruhestand zu versetzen, und zwar mit dem Ende des Monats, in dem die gerichtliche Entscheidung rechtskräftig geworden ist. ²Weist das Gericht den Antrag ab, sind die einbehaltenen Dienstbezüge nachzuzahlen. ³Die nach Abs. 5 einbehaltenen Beträge werden auch dann nicht nachgezahlt, wenn sich der Richter nach Zustellung der Entscheidung nach Abs. 4 Satz 1 mit der Versetzung in den Ruhestand einverstanden erklärt hat.“

- c) Abs. 7 und 8 werden aufgehoben.

Art. 147

Inkrafttreten, Außerkrafttreten

(1) ¹Dieses Gesetz tritt am 1. April 2009 in Kraft. ²Mit Ablauf des 31. Dezember 2009 tritt Art. 97 außer Kraft,

(2) Mit Ablauf des 31. März 2009 treten außer Kraft:

1. das Bayerische Beamtengesetz (BayBG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. August 1998 (GVBl S. 702, BayRS 2030-1-1-F), zuletzt geändert durch § 2 des Gesetzes vom 20. Dezember 2007 (GVBl S. 331) und
2. die Verordnung über die Erstattung der Ausbildungskosten bei einem Dienstherrnwechsel von Beamten des mittleren und gehobenen Dienstes (Ausbildungskosten-erstattungsverordnung) vom 24. Juli 1986 (GVBl S. 258, BayRS 2030-2-41-F), geändert durch § 19 des Gesetzes vom 7. August 2003 (GVBl S. 503).

Begründung

A. Allgemeines

1. Im Rahmen der Föderalismusreform wird die Rahmengesetzgebungskompetenz des Bundes für die Rechtsverhältnisse der im öffentlichen Dienste der Länder, Gemeinden und anderen Körperschaften des öffentlichen Rechtes stehenden Personen (Art. 75 Abs. 1 Nr. 1 des Grundgesetzes in der im BGBl III, Gliederungsnummer 100-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, geändert durch Gesetz vom 26. Juli 2002, BGBl I S. 2863), für die Rechtsverhältnisse der Richter in den Ländern (Art. 98 Abs. 3 des Grundgesetzes in der im BGBl III, Gliederungsnummer 100-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, geändert durch Gesetz vom 26. Juli 2002, BGBl I S. 2863) sowie die konkurrierende Gesetzgebungskompetenz für die Besoldung und Versorgung der Angehörigen des öffentlichen Dienstes, die in einem öffentlich-rechtlichen Dienst- und Treueverhältnis stehen (Art. 74a Abs. 1 des Grundgesetzes in der im BGBl III, Gliederungsnummer 100-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, geändert durch Gesetz vom 26. Juli 2002, BGBl I S. 2863) aufgehoben. Im Gegenzug erhält der Bund die konkurrierende Gesetzgebungskompetenz für die Statusrechte und -pflichten der Richter in den Ländern sowie der Beamten der Länder, Gemeinden und anderen Körperschaften des öffentlichen Rechtes mit Ausnahme der Laufbahnen, Besoldung und Versorgung (Art. 74 Abs. 1 Nr. 27 des Grundgesetzes in der im BGBl III, Gliederungsnummer 100-1, veröffentlichten bereinigten Fassung, geändert durch Gesetz vom 28. August 2006, BGBl I S. 2034).

Von dieser neuen Kompetenz macht der Bund mit dem Gesetz zur Regelung des Statusrechts der Beamtinnen und Beamten in den Ländern (Beamtenstatusgesetz – BeamStG) Gebrauch.

2. Dieses Bundesgesetz findet in den einzelnen Ländern als konkurrierendes Bundesrecht unmittelbare Anwendung. Das Bayerische Beamtengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. August 1998 (GVBl S. 702, BayRS 2030-1-1-F), zuletzt geändert durch Gesetz vom 8. Dezember 2006 (GVBl S. 987) wird hierdurch in Teilbereichen überlagert und damit bei abweichenden bundesrechtlichen Regelungen nach dem allgemeinen Grundsatz des Art. 31 GG gegenstandslos. Andere Regelungsbereiche des Gesetzes müssen an die Regelungen des Beamtenstatusgesetzes angepasst werden.

Der Bayerische Beamtenbund (BBB) hält eine umfassende Neugestaltung zum jetzigen Zeitpunkt für nicht geboten und befürchtet, dass dies zu einer unangebrachten Verfestigung der momentan geltenden Rechtslage führen kann.

In einem ersten Schritt werden weitgehend redaktionelle Anpassungen des Bayerischen Beamtengesetzes an das Beamtenstatusgesetz des Bundes vorgenommen. Nachdem für die Rechtsverhältnisse der Richter im Landesdienst die Vorschriften für Beamte entsprechend gelten, soweit richterrechtlich nichts anderes bestimmt ist (Art. 2 Abs. 1 BayRiG), und das Bayerische Richtergesetz in einzelnen Vorschriften direkt auf beamtenrechtliche Regelungen verweist, ist das Bayerische Richtergesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. Januar 1977 (BayRS 301-1-J), zuletzt geändert durch § 3 des Gesetzes vom 8. Dezember 2006 (GVBl S. 987) ebenfalls an die Neuregelungen im Beamtenstatusgesetz und die damit verbundenen Folgeänderungen im BayBG anzupassen.

Über weitergehende inhaltliche Änderungen des Bayerischen Richtergesetzes im Rahmen der anstehenden Dienstrechtsreform wird gesondert entschieden. Dies gilt insbesondere auch für die Frage, inwieweit die für Beamte vorgesehene Ausweitung der Teilzeitbeschäftigung auf den Richterbereich übertragen werden kann. Im Hinblick auf die Besonderheiten der richterlichen Tätigkeit, die im Regelfall die Abhaltung von Sitzungen erforderlich macht, und eine dem Gebot des gesetzlichen Richters gerecht werdende Verteilung der Geschäfte durch das Präsidium bedarf diese Frage einer eingehenden Prüfung.

Eine materielle Neuerung stellt dagegen die Straffung des Zwangspensionierungsverfahrens dar. Hier wird im Sinne der Verwaltungsvereinfachung und Deregulierung das bisherige unübersichtliche und langwierige Verfahren deutlich gestrafft. Wegen der Einzelheiten wird auf die Begründung zu den entsprechenden Vorschriften verwiesen.

3. Im Zuge dieser weitgehend redaktionellen Anpassungen wird weiterhin durch das Zusammenfassen über das alte Bayerische Beamtengesetz verstreuter, inhaltlich und systematisch zusammengehörender Vorschriften eine übersichtlichere Struktur geschaffen. Hierzu gehören beispielsweise die verstreuten Regelungen über das Verfahren beim Erlass allgemeiner beamtenrechtlicher Regelungen, die nun in einem eigenen Abschnitt zusammengefasst sind. Weiterhin werden in die neue Vorschrift über Ämter mit leitender Funktion im Beamtenverhältnis auf Zeit die besonderen, nur für diese Personengruppe geltenden Regelungen über den Ruhestand, die bisher über mehrere Ruhestandsnormen verstreut waren, integriert. Ein drittes Beispiel ist die Schaffung zweier eigener Normen für das Beamtenverhältnis auf Zeit, in denen ebenfalls bisher über das gesamte Bayerische Beamtengesetz verteilte Normen zusammengefasst werden.

Auf diese Weise wird eine übersichtliche und tragfähige Gliederung des Gesetzes geschaffen. Diese kann bei den weiteren Schritten der materiellen Dienstrechtsreform übernommen, einzelne übergreifende Regelungen können in den Allgemeinen Teil integriert werden.

4. Einzelne Normen werden daneben an die mittlerweile veränderte Rechtslage angepasst. Als Beispiele lassen sich hier im Bayerischen Beamtengesetz die Regelung über Bewerber aus Mitgliedstaaten der Europäischen Union sowie die Regelung zur Arbeitszeit anführen. Weiterhin werden die Vorschriften im Bayerischen Richtergesetz über die Wahl des Richterrats an Art. 27 Abs. 5 des Bayerischen Personalvertretungsgesetz-

zes angepasst. Wegen der Einzelheiten wird auf die Begründung zu den einzelnen Vorschriften verwiesen

5. Schließlich werden an diversen Stellen bestehende Unklarheiten und Auslegungsprobleme beseitigt. Hier kann auf die einheitliche Definition des Angehörigenbegriffs sowie auf die Vorschriften über Anrechnungen und Anrechnungsmöglichkeiten in den Vorschriften über die Ämter mit leitender Funktion im Beamtenverhältnis auf Zeit und auf Probe verwiesen werden. Auch diesbezüglich wird für die Einzelheiten auf die Begründung zu den einzelnen Vorschriften verwiesen.
6. Aufgrund der gänzlichen Neubekanntmachung des Bayerischen Beamtengesetzes ist es möglich, das gesamte Gesetz geschlechtermäßig zu formulieren. Im Sinne einer besseren Les- und Handhabbarkeit wurden dabei teilweise sprachliche Umformulierungen vorgenommen, die jedoch nicht zu einer Veränderung der materiellen Rechtslage führen sollen.

B. Zwingende Notwendigkeit einer normativen Regelung

Die Änderung des Bayerischen Beamtengesetzes sowie des Bayerischen Richtergesetzes ist nur durch Gesetz möglich.

C. Zu den einzelnen Vorschriften

Zu § 1: Bayerisches Beamtengesetz

Zu Art. 1 Geltungsbereich

Art. 1 entspricht inhaltlich dem Art. 1 des bisherigen BayBG. Abs. 3 übernimmt die Regelung des Art. 152 des bisherigen BayBG.

Zu Art. 2 Oberste Dienstbehörde

Art. 2 entspricht inhaltlich in vollem Umfang dem Art. 4 Abs. 1 des bisherigen BayBG.

Zu Art. 3 Dienstvorgesetzte, Vorgesetzte

Art. 3 entspricht inhaltlich in vollem Umfang dem Art. 4 Abs. 2 des bisherigen BayBG.

Zu Art. 4 Angehörige

Art. 4 wird neu in das BayBG aufgenommen. Die Norm definiert den Begriff des Angehörigen klarstellend für das BayBG durch eine dynamische Verweisung auf Art. 20 Abs. 5 des Bayerischen Verwaltungsverfahrensgesetzes (BayVwVfG). Im Rahmen des BayBG in der bisherigen Fassung vorhandene Auslegungsprobleme werden insoweit beseitigt. Der Verweis wendet sich im Interesse der Rechtseinheit gegen eine gesetzesautonome Auslegung und normiert einen weiten Angehörigenbegriff, der nun beispielsweise auch Geschwister, Onkel, Tanten, Pflegekinder, Pflegeeltern und Verlobte sowie die Modalitäten des Art. 20 Abs. 5 Satz 2 BayVwVfG umfasst. Die damit einhergehende Erweiterung der Anwendungsbereiche der Art. 81 Abs. 2 Satz 2 und Art. 89 Abs. 1 BayBG setzt gleichzeitig ein Signal für mehr Familienfreundlichkeit.

Zu Art. 5 Leistungen

Art. 5 definiert die Leistungen des Dienstherrn als beamtenrechtlichen Grundbegriff und übernimmt dazu in Abs. 1 die in Art. 90 Abs. 1 des bisherigen BayBG enthaltene Legaldefinition sowie in Abs. 2 die Regelung des Art. 90 Abs. 4 des bisherigen BayBG.

Die in Art. 90 Abs. 2 und 3 des bisherigen BayBG enthaltenen Verweise in die Besoldungsgesetze und das Beamtenversorgungs-

gesetz für die Leistungen der Besoldung und der Versorgung sind deklaratorischer Natur und daher entbehrlich. Die entsprechenden Ansprüche ergeben sich unmittelbar aus den Besoldungsgesetzen und dem Beamtenversorgungsgesetz.

Zu Art. 6 Zuständigkeiten nach dem Beamtenstatusgesetz

In dieser Norm werden allgemein und zusammenfassend Zuständigkeiten für Regelungen im BeamtStG bestimmt. Die Gesetzgebungskompetenz des Freistaates Bayern ergibt sich aus der Zuständigkeit der Länder für die Regelung des Verwaltungsverfahrens in Art. 84 Abs. 1 des Grundgesetzes (GG).

Abs. 1 statuiert die Behörde, welche für die Zulassung von Ausnahmen bei der Berufung in das Beamtenverhältnis nach § 7 Abs. 3 BeamtStG zuständig ist und entspricht insoweit dem Art. 9 Abs. 3 des bisherigen BayBG.

Der neue Abs. 2 ist erforderlich, da das BeamtStG im Bereich von Abordnungen und Versetzungen keine diesbezüglichen Regelungen vorsieht.

Abs. 3 regelt die Zuständigkeit für den Bereich der Verschwiegenheitspflicht von Beamten und Beamtinnen nach § 37 BeamtStG. Die Sätze 1 und 2 entsprechen dabei Art. 69 Abs. 2 Sätze 2 und 3 des bisherigen BayBG und regeln die im Einzelfall zuständige Stelle für eine Erteilung einer Aussagegenehmigung im Sinn des § 37 Abs. 3 Satz 2 BeamtStG. Die Sätze 3 und 4 entsprechen inhaltlich Art. 70 Abs. 3 des bisherigen BayBG. Sie regeln die für eine Versagung einer Aussagegenehmigung im Sinn des § 37 Abs. 4, 5 BeamtStG zuständige Stelle. Satz 5 schließlich bestimmt die im Einzelfall zuständige Stelle für ein Verlangen der Herausgabe der in § 37 Abs. 6 BeamtStG bezeichneten Schriftstücke.

Abs. 4 entspricht inhaltlich weitgehend Art. 68 des bisherigen BayBG. Satz 1 regelt die Zuständigkeit für ein Verbot der Führung der Dienstgeschäfte nach § 40 BeamtStG. Die Regelung über ein Erlöschen des Verbotes in Art. 68 Abs. 1 Satz 2 des bisherigen BayBG musste entfallen, da dies nunmehr abschließend bundesrechtlich in § 40 Satz 2 BeamtStG geregelt ist. Art. 68 Abs. 2 des BayBG in der bisherigen Fassung wurde zu Abs. 4 Satz 2.

Abs. 5 konkretisiert die Vorschrift des § 42 Abs. 1 Satz 2 des BeamtStG, die lediglich bestimmt, dass Ausnahmen von dem Verbot der Annahme von Belohnungen, Geschenken oder sonstigen Vorteilen der Zustimmung des gegenwärtigen oder letzten Dienstherrn bedürfen. Zuständig für eine solche Zustimmung ist gemäß Satz 1 die oberste oder die letzte oberste Dienstbehörde. Diese Befugnis kann gemäß Satz 2 auf andere Behörden übertragen werden. Diese Regelungen entsprechen inhaltlich vollumfänglich dem Art. 79 Sätze 2 und 3 des bisherigen BayBG.

Abs. 6 entspricht wörtlich § 125c Abs. 7 des BRRG und regelt die konkret zuständige Stelle, an die Unterlagen im Sinne des § 49 BeamtStG übermittelt werden müssen sowie Modalitäten der Übermittlung. Trotz der Weitergeltung des zweiten Kapitels des BRRG ist eine Regelung in diesem Gesetz im Hinblick auf ein späteres Außerkrafttreten des gesamten BRRG erforderlich.

Zu Art. 7 Antrags- und Beschwerderecht

Das bisher in gleicher Weise in Art. 121 des bisherigen BayBG geregelte Antrags- und Beschwerderecht der Beamten und Beamtinnen gehört zu den allgemeinen beamtenrechtlichen Bestimmungen. Es findet sich daher aus systematischen Gründen nun in Art. 7 des Gesetzes.

Die frühere Verweisung auf den gesamten Art. 4 Abs. 2 des bisherigen BayBG war ungenau. Seinem Sinn und Zweck, sowie seiner systematischen Stellung nach regelt Abs. 2 einen Ausnahmefall von Abs. 1, in dem der Dienstweg nicht eingehalten werden muss.

Dies ist dann der Fall, wenn sich eine Beschwerde gegen denjenigen oder diejenige richtet, bei dem oder der sie vorzubringen ist. Das aber kann nur der oder die Vorgesetzte i. S. d. Art. 3 Satz 2 sein, da der oder die Dienstvorgesetzte i. S. d. Art. 3 Satz 1 in der Regel über dem oder der Vorgesetzten i. S. d. Art. 3 Satz 2 angesiedelt und in diesen Fällen der Dienstweg gemäß Abs. 1 einzuhalten ist. Fallen beide Funktionen ausnahmsweise in einer Person zusammen, so ist der Verweis auf Art. 3 Satz 2 gleichwohl ausreichend und vollständig.

Zu Art. 8 Aufschiebende Wirkung

Art. 8 entspricht wörtlich § 126 Abs. 3 Nr. 3 des BRRG. Er bestimmt gemäß § 80 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 VwGO, dass Widerspruch und Anfechtungsklage gegen Abordnung und Versetzung keine aufschiebende Wirkung entfalten. Trotz der Weitergeltung des zweiten Kapitels des BRRG und der Regelung in § 54 Abs. 4 BeamtStG ist eine Regelung in diesem Gesetz im Hinblick auf ein späteres Außerkrafttreten des gesamten BRRG sowie der Tatsache erforderlich, dass das BeamtStG in den §§ 14 und 15 nur länderübergreifende Abordnungen und Versetzungen regelt. Für landesinterne Abordnungen und Versetzungen gelten die Art. 47 und Art. 48 dieses Gesetzes. Für solche wird mit vorliegender Vorschrift die aufschiebende Wirkung von Widerspruch und Anfechtungsklage ausgeschlossen.

Zu Art. 9 Vertretung des Dienstherrn

Art. 9 entspricht inhaltlich weitgehend Art. 123 des bisherigen BayBG. Die allgemeine Regelung der Vertretung des Dienstherrn bei Klagen aus dem Beamtenverhältnis wurde ebenfalls aus systematischen Gründen an den Anfang des BayBG gestellt.

Bei der Änderung in Abs. 1 Halbsatz 2 handelt es sich lediglich um eine sprachliche Klarstellung, da nicht alle in dieser Vorschrift in Bezug genommenen Normen Anspruchsgrundlagen sind.

Zu Art. 10 Zustellung von Entscheidungen

Der Inhalt des Art. 10 ist identisch mit Art. 124 des bisherigen BayBG. Im Übrigen wird auf die Ausführungen zu Art. 7 und Art. 9 verwiesen.

Zu Art. 11 Abtretung, Verpfändung, Aufrechnung

Art. 11 entspricht vollständig der Regelung des Art. 92 des bisherigen BayBG. Der neue Standort in Teil 1 des BayBG folgt aus seiner Einordnung als allgemeine Bestimmung zur Leistungserfüllung.

Zu Art. 12 Verjährung

Der neu geschaffene Art. 12 regelt die Verjährung von Ansprüchen aus dem Beamtenverhältnis nunmehr allgemein und an zentraler Stelle.

Satz 1 bestimmt in Anlehnung an § 195 des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) eigenständig als Regel eine Frist von drei Jahren. Damit ist diese Frist grundsätzlich für alle Ansprüche aus dem Beamtenverhältnis einschlägig, sofern keine Sonderregelungen bestehen. Die teilweise längeren Fristen des BGB (§§ 197, 199 Abs. 2 und 3 BGB) werden zugunsten des Rechtsfriedens nicht übernommen.

Satz 2 erklärt die Vorschriften des Fünften Abschnitts des Ersten Buches des BGB für entsprechend anwendbar. Damit wird auf die Regelungen zum Beginn der Verjährungsfrist, zur Hemmung, Ablaufhemmung und zum Neubeginn sowie zu den Rechtsfolgen der Verjährung verwiesen. Gleichzeitig stellt Satz 2 klar, dass im BayBG hiervon abweichende Sonderregelungen zulässig sind.

Satz 3 bestimmt, dass Sonderregelungen im Besoldungs-, Versorgungs-, und Beihilfebereich weiterhin anwendbar bleiben.

Schließlich wird mit dieser Regelung auch die Frage, ob und inwieweit Art. 71 des Bayerischen Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch (BayAGBGB) Anwendung findet, zugunsten einer Anwendung des BGB entschieden.

Zu Art. 13 Rückforderung

Art. 13 entspricht inhaltlich in vollem Umfang Art. 94 des bisherigen BayBG.

Zu Art. 14 Übergang von Ansprüchen

Art. 14 entspricht Art. 96 des bisherigen BayBG. Lediglich der Verweis in Satz 1 auf Art. 90 Abs. 1 des bisherigen BayBG ist nicht mehr erforderlich und wird gestrichen.

Zu Art. 15 Zuständigkeit zum Erlass von Verwaltungsvorschriften

Art. 15 entspricht inhaltlich in vollem Umfang Art. 155 des bisherigen BayBG.

Zu Art. 16 Beteiligung der Spitzenorganisationen

Art. 16 entspricht inhaltlich in vollem Umfang Art. 104 des bisherigen BayBG.

Zu Art. 17 Beteiligung der kommunalen Spitzenverbände

Art. 17 entspricht inhaltlich in vollem Umfang Art. 144 des bisherigen BayBG.

Zu Art. 18 Ernennungszuständigkeit

Art. 18 Abs. 1 und 2 nimmt die Regelungen der Abs. 1 und 2 des Art. 13 des bisherigen BayBG inhaltlich unverändert auf. Art. 13 Abs. 3 des bisherigen BayBG wird obsolet, weil für den dort geregelten Fall nunmehr in § 8 Abs. 1 Nr. 3 BeamtStG eine Ernennung vorgesehen ist.

Abs. 3 übernimmt inhaltlich unverändert die Regelung des Art. 8 Abs. 3 Satz 1 des bisherigen BayBG.

Zu Art. 19 Ernennung beim Wechsel der Laufbahngruppe

Art. 19 macht von der Ermächtigung in § 8 Abs. 1 Nr. 4 des BeamtStG Gebrauch und regelt entsprechend Art. 7 Nr. 5 des bisherigen BayBG das Erfordernis einer Ernennung bei der Verleihung eines anderen Amtes mit anderer Amtsbezeichnung beim Wechsel der Laufbahngruppe.

Zu Art. 20 Stellenausschreibungen

Art. 20 entspricht inhaltlich in vollem Umfang Art. 12 Abs. 1 des bisherigen BayBG.

Der BBB fordert eine Ausweitung der Pflicht zur Stellenausschreibung. Dieser Anregung wurde nicht gefolgt, da der bisherigen Freiraum der personalverwaltenden Stellen in diesem Bereich beibehalten und unnötiger bürokratischer Aufwand vermieden werden sollte.

Zu Art. 21 Verfahren und Rechtsfolgen bei nichtiger oder zurückzunehmender Ernennung

Art. 21 regelt zusammenfassend das Verfahren und die Rechtsfolgen bei nichtigen und zurückzunehmenden Ernennungen. Die Gesetzgebungskompetenz des Freistaates Bayern folgt aus der Tatsache, dass das BeamtStG zwar die Nichtigkeit der Ernennung, nicht jedoch die Rechtsfolgen daraus regelt. Die Länder sind mithin zur Gesetzgebung befugt.

Abs. 1 hat den gleichen Regelungsgehalt wie Art. 16 des bisherigen BayBG. Änderungen im Vergleich zur Vorgängernorm sind rein redaktioneller Art. So wird die Verweisung an § 11 des BeamtStG angepasst. Außerdem wird aus Gründen der Deregulierung der in Art. 16 Satz 1 des bisherigen BayBG enthaltene Passus „nach Kenntnis des Grundes der Nichtigkeit“ nicht in den Abs. 1 übernommen, da ein Verbot vor Kenntnis der Nichtigkeit praktisch ausgeschlossen ist.

Abs. 2 nimmt in Satz 1 vollumfänglich die Regelung des Art. 17 Satz 3 des bisherigen BayBG auf. Satz 2 entspricht der Regelung des Art. 17 Satz 1 des bisherigen BayBG. Die Verlängerung der Frist im Falle des durch das BeamtStG neu hinzugekommenen Rücknahmegrundes der nach Landesrecht vorgeschriebenen, aber fehlenden Mitwirkung einer unabhängigen Stelle (§ 12 Abs. 1 Nr. 4 BeamtStG) ist erforderlich, um die Rechtsfolgen der unterbliebenen und nicht nachgeholten Mitwirkung dieser Stelle in der Praxis durchsetzen zu können. Das Gebot des rechtlichen Gehörs ist bislang in Art. 17 Satz 2 des bisherigen BayBG erwähnt. Es ergibt sich jedoch in gleicher Weise bereits aus Art. 28 des BayVwVfG. Zum Zwecke der Deregulierung wird es daher nicht mehr in Abs. 2 aufgenommen.

Die Absätze 3 und 4 übernehmen die Regelungen des Art. 18 des bisherigen BayBG inhaltlich unverändert.

Zu Art. 22 Allgemeine laufbahnrechtliche Voraussetzungen für die Berufung in das Beamtenverhältnis

Art. 22 entspricht inhaltlich in vollem Umfang den Regelungen in Art. 9 Abs. 1 Nr. 3 und Abs. 4 des bisherigen BayBG.

Zu Art. 23 Altersgrenze für die Berufung

Art. 23 entspricht inhaltlich in vollem Umfang dem Art. 10 des bisherigen BayBG.

Zu Art. 24 Erlöschen des privatrechtlichen Arbeitsverhältnisses zum Dienstherrn

Art. 24 entspricht inhaltlich in vollem Umfang dem Art. 8 Abs. 4 des bisherigen BayBG.

Zu Art. 25 Berufung in ein Beamtenverhältnis auf Lebenszeit

Art. 25 entspricht inhaltlich in vollem Umfang Art. 11 Abs. 2 des bisherigen BayBG.

Zu Art. 26 Laufbahnvorschriften, Zulassungs- und Ausbildungsordnungen

Art. 26 entspricht Art. 19 des bisherigen BayBG. Abs. 1 Satz 2 wird geändert.

Erziehungszeiten können künftig nicht mehr „beim Zeitpunkt der Anstellung“ berücksichtigt werden, da das Institut „Anstellung“ entfällt. Die Berücksichtigung erfolgt deshalb allgemein im Rahmen der Dienstzeitberechnung.

Zu Art. 27 Begriff und Einteilung der Laufbahnen, Zulassung zum Vorbereitungsdienst, Befähigung für entsprechende Laufbahnen

Art. 27 entspricht Art. 20 des bisherigen BayBG. Geändert wird Abs. 2 Satz 2.

Der Verweis auf § 13 BRRG entfällt ersatzlos, da die Vorschrift aufgrund der Föderalismusreform entfallen ist.

Zu Art. 28 Einstellung, Beförderung und Aufstieg

Art. 28 entspricht Art. 21 des bisherigen BayBG. Wegen des Wegfalls der Anstellung sind die Überschrift und Abs. 1 anzupas-

sen. Durch die Anstellung wird erstmals ein Amt verliehen. Dies geschieht künftig bereits mit der Einstellung. Das Wort „Anstellung“ wird daher durch das Wort „Einstellung“ ersetzt.

Die in Abs. 2 S. 2 Nr. 2 normierte Mindestwartezeit bei Beförderungen knüpft künftig statt an den Begriff der Anstellung an den statusrechtlichen Begriff der Begründung eines Beamtenverhältnisses auf Lebenszeit an. Die Lebenszeitverbeamtung erfolgt künftig nach Ablauf der Probezeit. Die Altersgrenze von 27 Jahren entfällt. Somit ergeben sich keine inhaltlichen Änderungen.

Die Pflicht zum Ausgleich drohender Nachteile aufgrund der Ableistung von Wehr-, Zivil- oder gleichgestellter Dienstzeiten hat der Bund vorgegeben (ArbPlSchG, SVG, EhFG, ZDG). Für die Regelung der laufbahnrechtlichen Umsetzung des Nachteilsausgleichs fehlt dem Bund infolge der Föderalismusreform allerdings die Gesetzgebungskompetenz. Dazu wird Satz 4 eingefügt, der den Nachteilsausgleich von Wehr-, Zivil- und gleichgestellten Dienstzeiten entsprechend den Ausnahmeregelungen für Erziehungszeiten regelt.

Der bisherige Satz 4 wird Satz 5.

Der BBB fordert eine Aufweichung des Beförderungsverbot während der Probezeit (Abs. 2 Satz 2 Nr. 1), wenn eine Verlängerung der Probezeit nur wegen mangelnder körperlicher Eignung erfolgt ist. Dem Anliegen wird nicht entsprochen, da die Gestaltung des Laufbahnrechts der kommenden Dienstrechtsreform vorbehalten bleiben soll und mit dem vorliegenden Gesetzentwurf keine Regelungen in diesem Bereich erfolgen sollen.

Zu Art. 29 Einstellungsprüfung, besonderes Auswahlverfahren, Laufbahnprüfung

Der Begriff der „Einstellungsprüfung“ wird ersetzt durch den Begriff „Laufbahnprüfung“. Im Übrigen entspricht die Norm Art. 22 des bisherigen BayBG.

Zu Art. 30 Bewerber und Bewerberinnen aus Mitgliedstaaten der Europäischen Union

Der Regelungsgehalt des Art. 30 entspricht Art. 22a des bisherigen BayBG. Aufgrund der Zusammenführung der bisherigen Richtlinien zur Anerkennung von in anderen EU-Mitgliedsstaaten erworbenen Berufsbefähigungen regelt diesen Komplex jetzt allein die Richtlinie 2005/36/EG. Die Bezeichnung in Abs. 1 Satz 1 wird entsprechend angepasst. Inhaltliche Änderungen sind damit nicht verbunden.

Zu Art. 31 Einfacher Dienst

Art. 31 entspricht Art. 23 des bisherigen BayBG.

Zu Art. 32 Mittlerer Dienst

Art. 32 entspricht Art. 24 des bisherigen BayBG. Der Begriff der „Einstellungsprüfung“ wird ersetzt durch den Begriff „Laufbahnprüfung“.

Zu Art. 33 Gehobener Dienst

Art. 33 entspricht Art. 25 des bisherigen BayBG. Der Begriff der „Einstellungsprüfung“ wird ersetzt durch den Begriff „Laufbahnprüfung“.

Zu Art. 34 Höherer Dienst

Art. 34 entspricht grundsätzlich Art. 26 des bisherigen BayBG.

In Abs. 1 Nr. 1 wird zur weiteren Umsetzung des Bologna-Prozesses im Laufbahnrecht zusätzlich zur bereits bei der letzten Änderung eingefügten Regelung über Master-Abschlüsse an Fachhochschulen in einem akkreditierten Studiengang eine Regelung

eingefügt, die den höheren Dienst für Absolventen und Absolventinnen universitärer Master-Studiengänge öffnet. Aufgrund der bislang normierten Voraussetzung eines dreijährigen Studiums an einer wissenschaftlichen (Kunst-)Hochschule, führen universitäre Masterstudiengänge (Dauer ein bis zwei Jahre) mit vorangegangenen Bachelor- oder Diplomstudium an einer Fachhochschule nicht in den höheren Dienst. Gleichwohl erfüllen bereits bislang, aber auch künftig programm- oder systemakkreditierte Masterstudiengänge an Fachhochschulen die Bildungsvoraussetzungen für den höheren Dienst gemäß der Vereinbarung der Kultus- und Innenministerkonferenz vom 16. Oktober/7. Dezember 2007. Durch die Neufassung wird daher lediglich die diesbezügliche Regelungslücke geschlossen, um den Gleichlauf der Masterabschlüsse wieder herzustellen. Dafür hat sich auch der Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes im Bayerischen Landtag bei verschiedenen Gelegenheiten ausgesprochen.

Darüber hinaus wird die Normierung einer dreijährigen Mindeststudiendauer entbehrlich, da die Studiendauer von universitären Diplomstudiengängen und von Studiengängen, die mit dem Staatsexamen abschließen, ohnehin darüber liegt (Art. 57 BayHSchG).

Vergleichbarer Abschluss an einer wissenschaftlichen Hochschule i. S. d. Abs. 1 Nr. 1 ist u. a. auch ein gesonderter Promotionsstudiengang gem. Art. 64 Abs. 2 i. V. m. Abs. 1 Satz 3 BayHSchG.

Im Übrigen wird der Begriff „Anstellungsprüfung“ durch den Begriff „Laufbahnprüfung“ ersetzt.

In Abs. 2 der bisherigen Fassung bezog sich der Verweis auf § 5b des Deutschen Richtergesetzes auf die bis zum 16. September 1984 geltende Regelung zur einstufigen Juristenausbildung. Nach Art. 3 des Dritten Gesetzes zur Änderung des Deutschen Richtergesetzes vom 25. Juli 1984 konnte nur noch eine bis zum 15. September 1984 aufgenommene einstufige Ausbildung nach den alten Bestimmungen des § 5b abgeschlossen werden. In dem mit dem vorbezeichneten Gesetz neu gefassten § 5b wird seitdem der Vorbereitungsdienst geregelt, der die zweite Stufe der zweistufigen Juristenausbildung darstellt und damit die Einheitsausbildung endgültig abgelöst hat. Ein Anwendungsbereich für die Bestimmungen des Abs. 2 der bisherigen Fassung ist daher künftig nicht mehr feststellbar.

Abs. 3 der Fassung des bisherigen BayBG wird zu Abs. 2.

Zu Art. 35 Dienstanfänger und Dienstanfängerinnen

Art. 35 entspricht Art. 27 des bisherigen BayBG.

Der Verweis bezüglich der Entlassungsfristen in Abs. 2 wird redaktionell angepasst.

Zu Art. 36 Erforderliche Fachbildung, Anrechnung förderlicher Tätigkeiten

Art. 36 entspricht Art. 28 des bisherigen BayBG. Der Verweis in Abs. 2 auf die Gleichwertigkeit nach § 13 BRRG wird wegen Entfallens der Vorschrift gestrichen. Bezüglich der Streichung in Abs. 3 wird auf die Begründung zu Art. 34 verwiesen.

Zu Art. 37 Berufung in das Beamtenverhältnis auf Probe

Art. 37 entspricht Art. 29 des bisherigen BayBG. Der Begriff der „Anstellungsprüfung“ wird ersetzt durch den Begriff „Laufbahnprüfung“.

Zu Art. 38 Art und Dauer des Probendienstes

Art. 38 entspricht Art. 30 des bisherigen BayBG.

Zu Art. 39 Voraussetzungen für die Berücksichtigung

Art. 39 entspricht Art. 31 des bisherigen BayBG.

Zu Art. 40 Art und Dauer des Probendienstes für andere Bewerber und Bewerberinnen

Aufgrund der Regelung in § 10 Satz 1 BeamStG darf die Probezeit höchstens fünf Jahre betragen, weshalb in Abs. 1 Satz 2 das Wort „soll“ durch das Wort „darf“ ersetzt werden musste. Im Übrigen entspricht die Norm Art. 32 des bisherigen BayBG.

Zu Art. 41 Arten der Prüfungen, Prüfungsgrundsätze, Prüfungsordnungen, besonderes Auswahlverfahren

Art. 41 entspricht weitgehend Art. 115 des bisherigen BayBG. Die Änderungen sind rein redaktioneller Art, das Wort Anstellungsprüfung wird nach dem Wegfall des Rechtsinstitutes der Anstellung durch das Wort Laufbahnprüfung ersetzt. Weiterhin wird der Verweis in Art. 115 Abs. 3 Satz 1 des bisherigen BayBG an die aktuelle Rechtslage angepasst.

Zu Art. 42 Zulassung zu den Prüfungen

Art. 42 entspricht Art. 116 des bisherigen BayBG.

Zu Art. 43 Bekanntmachung von Prüfungen

Art. 43 entspricht wörtlich Art. 117 des bisherigen BayBG.

Zu Art. 44 Dienstliche Beurteilung

Art. 44 entspricht Art. 118 des bisherigen BayBG. Zur besseren Übersichtlichkeit wird die Vorschrift in den Bereich der Laufbahnvorschriften verschoben.

Zu Art. 45 Ämter mit leitender Funktion im Beamtenverhältnis auf Zeit

Abs. 1 Satz 1 ist identisch mit Art. 32a Abs. 1 Satz 1 des bisherigen BayBG. Satz 2 statuiert nur noch die Dauer der Amtsperiode, die weiterhin fünf Jahre beträgt. Daran schließen nunmehr zwei Sätze an, welche die Anrechnung von Dienstzeiten auf die Dauer der Amtsperiode regeln. Dabei nimmt Satz 3 zunächst die Regelung des zweiten Halbsatzes von Art. 32a Abs. 1 Satz 2 des bisherigen BayBG auf, der die Anrechnung von Zeiten vorschreibt, in denen Beamten und Beamtinnen die leitende Funktion bereits übertragen worden ist. Gleichzeitig wird dieser Satz ergänzt um den Zusatz einer „vergleichbaren Position“. Folglich sind Beamten und Beamtinnen nicht mehr nur Zeiten anzurechnen, in denen ihnen das Amt im konkret-funktionellen Sinn bereits übertragen worden ist. Angerechnet werden nun auch Zeiten, in denen ihnen ein in der Funktion mit diesem Amt vergleichbares anderes Amt übertragen worden ist.

Mit dieser Regelung wird eine bislang problematische Situation aufgelöst, die sich beispielsweise immer dann ergibt, wenn ein Beamter oder eine Beamtin ein Amt mit leitender Funktion nach Art. 32a des bisherigen BayBG inne hat und ihm oder ihr in der Folgezeit ein anderes – aber in der Funktion vergleichbares – Amt auf Zeit übertragen wird. Eine Anrechnung ist hier nach dem Wortlaut des Art. 32a Abs. 1 Satz 2 Halbsatz 2 des bisherigen BayBG nicht möglich. Das unbillige Ergebnis wird bislang über eine Analogie gelöst, derer es nach der Ergänzung des Satzes 3 um die „vergleichbare Funktion“ nicht mehr bedarf.

Der neu aufgenommene Satz 4 beinhaltet eine zusätzliche Erweiterung der möglichen Anrechnung von Dienstzeiten auf die Dauer der Amtsperiode. Anrechenbar sind nun auch Zeiten, die unmittelbar vor der Übertragung des Amtes mit leitender Funktion liegen, in denen Beamte und Beamtinnen eine vergleichbare oder höher bewertete Funktion wahrgenommen haben. Wahrnehmen ist dabei

– im Vergleich zu der nach Satz 3 erforderlichen Übertragung – in einem weiteren, die Übertragung umfassenden Sinn zu verstehen.

Gemeint sind hier insbesondere die kommissarische Übernahme einer Funktion im Sinn des Satzes 1 vor ihrer Übertragung, die kommissarische Übernahme einer höher bewerteten Funktion sowie die Arbeit in einer bereits übertragenen höher bewerteten Funktion. Die Anrechnung von Zeiten der Wahrnehmung einer übertragenen vergleichbaren Funktion regelt hingegen bereits Satz 3.

Haben Beamte und Beamtinnen eine leitende Funktion zunächst kommissarisch wahrgenommen, die ihnen unmittelbar im Anschluss daran auf Zeit übertragen wird, so erlaubt der Wortlaut des Art. 32a Abs. 1 Satz 2 des bisherigen BayBG eine Anrechnung der Zeit bereits kommissarischer Tätigkeit nicht. Das Gleiche gilt bislang für Zeiten, in denen Beamtinnen und Beamten bereits eine höher bewertete Funktion übertragen war, wenn ihnen im Anschluss eine niedriger bewertete Funktion auf Zeit übertragen wird. Diese nicht sachgerechten Ergebnisse werden durch die nun mögliche Anrechnung der Zeiten nach Satz 4 verhindert.

Die Sätze 5 bis 7 des Abs. 1 sind inhaltlich identisch mit den Sätzen 3 bis 5 des Art. 32a Abs. 1 des bisherigen BayBG.

Die Abs. 2 bis 4 entsprechen wörtlich Art. 32a Abs. 2 bis 4 des bisherigen BayBG.

Abs. 5 enthält im Vergleich zur Vorgängernorm Art. 32a Abs. 5 des bisherigen BayBG lediglich eine Änderung redaktioneller Art, welche den in Satz 3 enthaltenen Verweis auf Abs. 9 Satz 2 betrifft. Dieser ist mit der Streichung des Abs. 9 Satz 2 obsolet gewordenen.

Die Abs. 6 bis 8 beinhalten die gleichen Regelungen wie Art. 32a Abs. 6 bis 8 des bisherigen BayBG.

Abs. 9 regelt die Beendigung des Beamtenverhältnisses auf Zeit und knüpft dabei zunächst an die Vorgängernorm des Art. 32a Abs. 9 Satz 1 Halbsatz 1 des bisherigen BayBG an. Die Verweise des Art. 32a Abs. 9 Satz 1 Halbsatz 2 des bisherigen BayBG sind nicht in Abs. 9 übernommen worden, weil für ein Beamtenverhältnis auf Zeit im Sinn des Art. 45 die allgemeinen Entlassungstatbestände dieses Gesetzes und des BeamStG in gleicher Weise gelten. Die Regelung des Art. 32a Abs. 9 Satz 2 des bisherigen BayBG ist verzichtbar, da sich ihre Rechtsfolge bereits aus Abs. 6 ergibt.

Abs. 10 entspricht Art. 32a Abs. 10 des bisherigen BayBG bis auf die redaktionelle Anpassung des Verweises in Satz 3 Halbsatz 2.

Abs. 11 integriert die in Art. 55 Abs. 4 des bisherigen BayBG enthaltene Regelung des Ruhestandseintritts von Beamten und Beamtinnen auf Zeit nach Art. 32a des bisherigen BayBG aus systematischen Gründen in Art. 45. Der Regelungsgehalt von Abs. 11 entspricht in vollem Umfang dem der Vorgängernorm. Die Änderung im Wortlaut resultiert aus der Anpassung an Art. 62. Hinsichtlich der neuen Definition der Altersgrenze wird auf die Begründung zu Art. 62 verwiesen.

Abs. 12 nimmt inhaltlich unverändert den Art. 56 Abs. 3 des bisherigen BayBG aus systematischen Gründen in Art. 45 auf.

Abs. 13 ist inhaltlich identisch mit Art. 32a Abs. 11 des bisherigen BayBG. Die Anpassung der Verweisung ist redaktioneller Art.

Zu Art. 46 Ämter mit leitender Funktion im Beamtenverhältnis auf Probe

Abs. 1 Sätze 1 bis 4 sowie 7 und 8 übernehmen wortgleich die Vorgängerregelungen in Art. 32b Abs. 1 Sätze 1 bis 4 sowie 6 und 7 des bisherigen BayBG.

Neu ist der Verweis in Abs. 1 Satz 3 Halbsatz 2 auf die Regelung des Art. 25 Satz 2. Zeiten einer Beurlaubung ohne Dienstbezüge gelten daher nicht als Probezeit im Sinne des Art. 46.

Abs. 1 Sätze 5 und 6 werden dem Wortlaut von Art. 45 Abs. 1 Sätze 3 und 4 angepasst, da insoweit keinen Grund für eine Differenzierung zwischen den beiden Normen besteht. Auf die Begründung zu Art. 45 Abs. 1 Sätze 3 und 4 wird entsprechend verwiesen.

Die Anpassung der Verweise in Abs. 2 ist rein redaktioneller Art. Art. 32b Abs. 2 S. 2 des bisherigen BayBG wurde gestrichen, da die §§ 22 f. BeamStG insoweit abschließende Vorschriften für die Entlassung aus dem Beamtenverhältnis auf Probe enthalten. Art. 32b Abs. 2 Satz 3 des bisherigen BayBG wurde als überflüssig gestrichen, zur Begründung wird auf die Begründung zu Art. 45 Abs. 9 verwiesen.

Abs. 3 ist bis auf die redaktionelle Änderung des Verweises in Satz 2 inhaltlich identisch mit Art. 32b Abs. 3 des bisherigen BayBG.

Zu Art. 47 Abordnung

Abs. 1, 2, 4 und 5 entsprechen wörtlich den Art. 33 Abs. 1, 2, 4 und 5 des bisherigen BayBG.

Abs. 3 nimmt den Inhalt des Art. 33 Abs. 3 des bisherigen BayBG auf. Die Änderungen im Wortlaut sind rein redaktioneller Art und dienen – ohne Änderung des Regelungsgehaltes – lediglich der besseren Verständlichkeit.

Zu Art. 48 Versetzung

Art. 48 entspricht inhaltlich in vollem Umfang Art. 34 des bisherigen BayBG. Er regelt die Versetzung außerhalb des Anwendungsbereiches des BeamStG.

Zu Art. 49 Zuständigkeit für Abordnung und Versetzung

Abs. 1, 2 und 3 entsprechen vollumfänglich Art. 35 des bisherigen BayBG.

Zu Art. 50 Auflösung oder Umbildung von Behörden

Art. 50 entspricht inhaltlich Art. 36 Abs. 2 des bisherigen BayBG.

Zu Art. 51 Umbildung einer Körperschaft

Das BeamStG enthält lediglich Regelungen für die landesübergreifende Umbildung von Körperschaften. Zwar gilt der bereits bisher auch in den Ländern unmittelbar anwendbare Teil des BRRG, der diese Regelungen enthält (§§ 128 ff. BRRG), gemäß § 63 BeamStG zunächst weiter. Im Hinblick auf ein späteres Außerkrafttreten des restlichen BRRG, erscheint jedoch bereits jetzt eine Regelung im BayBG erforderlich und angebracht.

Abs. 1 übernimmt inhaltsgleich die Regelung des § 128 Abs. 1 BRRG. Gleichzeitig wird die bisher in § 133 BRRG enthaltene Legaldefinition der Körperschaft in diesen Artikel integriert. Die Abs. 2 bis 4 entsprechen weitgehend den Regelungen des § 128 Abs. 2 bis 4 BRRG. Abs. 4 wurde im Vergleich zur bundesrechtlichen Regelung des § 16 Abs. 4 BeamStG sprachlich umformuliert.

Zu Art. 52 Rechtsstellung der Beamten und Beamtinnen

Art. 52 übernimmt weitgehend inhaltsgleich die Regelung des § 129 BRRG. Einzig in Abs. 2 wurde der noch in § 129 Abs. 2 BRRG vorhandene Ausschluss der Bestätigung in elektronischer Form nicht übernommen. Dies entspricht der Bundesregelung im BeamtStG für länderübergreifende Körperschaftsumbildungen (§ 17 Abs. 2 BeamtStG). Die Schriftform umfasst gemäß Art. 3a Abs. 2 BayVwVfG grundsätzlich auch die elektronische Form und bietet in Form der qualifizierten elektronischen Signatur durch ihre technischen Anforderungen ausreichend Rechtssicherheit.

Zu Art. 53 Rechtsstellung der Beamten und Beamtinnen

Art. 53 übernimmt ohne inhaltliche Änderungen die Vorschrift des § 130 Abs. 1 BRRG.

Zu Art. 54 Rechtsstellung der Versorgungsempfänger und Versorgungsempfängerinnen

Art. 54 übernimmt ohne inhaltliche Änderungen die Vorschrift des § 132 BRRG

Zu Art. 55 Entlassung kraft Gesetzes

Mit der Regelung wird von der Ermächtigung für den Landesgesetzgeber in § 22 Abs. 4 BeamtStG Gebrauch gemacht. Sie entspricht inhaltlich in vollem Umfang Art. 43 Abs. 2 Satz 2 Nr. 2 und Satz 3 des bisherigen BayBG.

Zu Art. 56 Zuständigkeiten und Verfahren

Abs. 1 entspricht weitgehend Art. 39 Abs. 3 des bisherigen BayBG. Die Änderungen sind rein redaktioneller Art, lediglich die Verweise werden aktualisiert bzw. entfernt.

Die Abs. 2 bis 4 entsprechen weitgehend Art. 44 Abs. 1 bis 3 des bisherigen BayBG. Die Änderungen sind rein redaktioneller Art, lediglich die Verweise werden aktualisiert und auf das BeamtStG umgestellt. Weiterhin erfolgt in Abs. 4 Satz 2 eine redaktionelle Klarstellung bezüglich des Wirkamswerdens der Entlassung von Beamten und Beamtinnen auf Zeit in den Fällen des Art. 122 Abs. 3 Satz 2.

Abs. 5 nimmt die Regelungen des Art. 40 Abs. 3 Halbsatz 2, Art. 42 Abs. 2 und des Art. 43 Abs. 1 Satz 2 des bisherigen BayBG auf. Die Entlassungsfristen werden zum Vorteil der Beamten und Beamtinnen modifiziert, da eine gesonderte Frist nach einer Beschäftigungszeit zwischen drei Monaten und einem Jahr entfällt. Nach einer Beschäftigungszeit von drei Monaten beträgt die Frist nun einheitlich sechs Wochen zum Schluss eines Kalendervierteljahres.

Zu Art. 57 Entlassung auf eigenen Antrag

Art. 57 entspricht weitgehend Art. 41 des bisherigen BayBG. Wegen § 23 Abs. 1 Nr. 4 BeamtStG und der Streichung des Art. 41 Abs. 1 Satz 2 des bisherigen BayBG ist für Beamte und Beamtinnen nunmehr auch die Möglichkeit einer Antragstellung in elektronischer Form im Sinne des § 126a BGB gegeben.

Zu Art. 58 Rechtsfolgen der Entlassung

Art. 58 entspricht Art. 45 des bisherigen BayBG. Lediglich der Verweise wurde aktualisiert.

Zu Art. 59 Rechtsfolgen des Verlustes der Beamtenrechte

Art. 59 entspricht weitgehend dem Art. 47 des bisherigen BayBG. Die Änderung ist rein redaktioneller Art durch Anpassung des Verweises nunmehr auf das BeamtStG.

Zu Art. 60 Wiederaufnahmeverfahren

Art. 60 entspricht weitgehend Art. 48 des bisherigen BayBG. Lediglich Art. 48 Abs. 1 Satz 1 des bisherigen BayBG wird aufgrund der Regelung in § 24 Abs. 2 BeamtStG gestrichen. Im Übrigen erfolgen rein redaktionelle Anpassungen der Verweise auf das BeamtStG.

Zu Art. 61 Gnadenerweis

Art. 61 entspricht weitgehend dem Art. 49 des bisherigen BayBG. Die Änderung ist rein redaktioneller Art durch Anpassung des Verweises auf das neue BayBG.

Zu Art. 62 Altersgrenze für den gesetzlichen Ruhestandseintritt

Art. 62 entspricht weitgehend Art. 55 Abs. 1 und 2 des bisherigen BayBG. Art. 55 Abs. 2 des bisherigen BayBG ist in dem neuen Abs. 1 Satz 1 dadurch aufgegangen, dass als Altersgrenze nunmehr das Ende des Monats der Vollendung des entsprechenden Lebensjahres fingiert wird. Diese Neukonstruktion wird aufgrund des § 25 BeamtStG erforderlich, der den Ruhestandseintritt abschließend regelt und den Ländern somit nur mehr durch Neudefinition der Altersgrenze ermöglicht, den Ruhestandseintritt wie bisher auf das Ende eines Kalendermonats zu verschieben.

Zu Art. 63 Hinausschieben des Ruhestandseintritts

Art. 63 entspricht weitgehend den Art. 55 Abs. 5 und 6 des bisherigen BayBG. Die Vorschrift knüpft - als Konsequenz der Fiktion in Art. 62 - nun nicht mehr an ein konkretes Lebensjahr, sondern abstrakt an die gesetzliche Altersgrenze an. Aus Gründen der Gleichbehandlung wird die Höchstfrist in Abs. 2 auf fünf Jahre verlängert.

Zu Art. 64 Ruhestandsversetzung auf Antrag

Art. 64 entspricht weitgehend dem Art. 56 Abs. 5 des bisherigen BayBG. Die Änderung ist durch Anpassung des Verweises rein redaktioneller Art.

Zu Art. 65 Verfahren bei Ruhestandsversetzungen wegen Dienstunfähigkeit

Abs. 1 entspricht weitgehend Art. 56 Abs. 1 Satz 2 des bisherigen BayBG. Die Änderung ist rein redaktioneller Art, lediglich der Verweis wird angepasst.

Abs. 2 entspricht inhaltlich in vollem Umfang Art. 56 Abs. 1 Sätze 3 und 4 des bisherigen BayBG.

Abs. 3 entspricht weitgehend dem Art. 57 des bisherigen BayBG. Die Änderung ist rein redaktioneller Art, lediglich der Verweis wird angepasst.

Abs. 4 nimmt die Kompetenz wahr, die den Ländern durch § 29 Abs. 1 BeamtStG verliehen wird. Die Frist für den Antrag auf eine erneute Berufung in das Beamtenverhältnis wird in Übereinstimmung mit Art. 59 Abs. 2 des bisherigen BayBG auf fünf Jahre festgelegt.

Zu Art. 66 Zwangspensionierungsverfahren

Das Verfahren zur Zwangspensionierung von Beamten und Beamtinnen wird wesentlich überarbeitet. Es wird im Sinne der Verwaltungsvereinfachung und Deregulierung deutlich gestrafft und durch Verzicht auf das spezielle förmliche Verfahren beschleunigt.

Abs. 1 entspricht zunächst inhaltlich in vollem Umfang Art. 58 Abs. 1 des bisherigen BayBG. Die bisher in den folgenden Absätzen des Art. 58 des bisherigen BayBG vorgesehene selbstständige

Entscheidung über die Fortführung des Verfahrens (Abs. 3) ist entfallen. Ebenso die aufwändigen Sonderregelungen für die weitere Ermittlung des Sachverhaltes (Abs. 4). Nunmehr entscheidet die für die Versetzung in den Ruhestand zuständige Behörde unmittelbar.

Angesichts der Schwere des Eingriffs in die Rechtsstellung der Beamten und Beamtinnen darf aus rechtsstaatlichen Gründen in Abweichung von Art. 28 Abs. 2 BayVwVfG auch weiterhin auf deren Anhörung nicht verzichtet werden. Dies wird durch Abs. 2 Satz 1 klargestellt. Zur Wahrung des öffentlichen Interesses an einer raschen Versetzung dienstunfähiger Beamter und Beamtinnen in den Ruhestand muss diese Möglichkeit jedoch - ebenfalls in Abweichung von Art. 28 BayVwVfG - unmittelbar kraft Gesetzes angemessen befristet werden. Insofern wird an der bereits bisher im BayBG normierten Monatsfrist festgehalten.

Beamte und Beamtinnen können gegen eine Entscheidung über die Versetzung in den Ruhestand Widerspruch einlegen oder Anfechtungsklage erheben. Beide Rechtsbehelfe haben gemäß § 80 Abs. 1 VwGO aufschiebende Wirkung. Daher treten Beamte und Beamtinnen in diesen Fällen nicht mit Ablauf des Monats der Zustellung einer entsprechenden Entscheidung in den Ruhestand (Art. 71 Abs. 3). Als Folgewirkung hiervon haben sie weiterhin Anspruch auf Auszahlung ihrer vollen Dienstbezüge. Bleiben die Rechtsbehelfe im Ergebnis ohne Erfolg, können erhebliche Rückforderungsansprüche gegen diese Personen entstehen. Durch die inhaltlich dem Art. 58 Abs. 4 Satz 1 des bisherigen BayBG entsprechende Regelung in Abs. 2 Satz 3 soll ein solches Rückforderungsrisiko vermieden und der Zahlungsanspruch des Dienstherrn gesichert werden.

Zu Art. 67 Mitteilung aus Untersuchungsbefunden

Art. 67 entspricht weitgehend dem Art. 60a des bisherigen BayBG. Die Änderungen sind redaktioneller Art und beschränken sich auf die Aktualisierung der Verweise.

Zu Art. 68 Auflösung oder Umbildung von Behörden

Art. 68 entspricht weitgehend dem Art. 36 des bisherigen BayBG. Zunächst wird als redaktionelle Änderung der Verweis aktualisiert. Weiterhin wird diese Regelung aus systematischen Gründen dem Bereich des Ruhestands zugeordnet, da sie die Versetzung in den einstweiligen Ruhestand regelt.

Zu Art. 69 Auflösung oder Umbildung von Körperschaften

Abs. 1 übernimmt ohne inhaltliche Änderungen die Vorschrift des § 130 Abs. 2 BRRG.

In Abs. 2 wird bezüglich der Fristdauer und des Fristbeginnes von der landesrechtlichen Ermächtigung in § 18 Abs. 2 Satz 1 BeamtStG Gebrauch gemacht und die Regelungen für landesinterne auch auf die Fälle landesübergreifender Körperschaftsumbildungen erstreckt.

Zu Art. 70 Beginn des einstweiligen Ruhestands

Art. 70 entspricht inhaltlich in vollem Umfang dem Art. 51 des bisherigen BayBG. Aus systematischen Gründen findet er sich jetzt in den Vorschriften über den einstweiligen Ruhestand.

Zu Art. 71 Zuständigkeiten für Ruhestandsversetzung, Beginn des Ruhestands

Abs. 1 entspricht inhaltlich weitgehend dem Art. 61 Abs. 1 des bisherigen BayBG. Neu aufgenommen wurde die Zuständigkeit für die Entscheidung über das Vorliegen begrenzter Dienstfähigkeit im Sinne des § 27 Abs. 1 BeamtStG. Diese Zuständigkeit war früher durch einen Verweis in Art. 56a Abs. 4 Satz 1 des bisheri-

gen BayBG auf Art. 61 Abs. 1 des bisherigen BayBG in gleicher Weise geregelt.

Abs. 2 entspricht dem Regelungsgehalt des Art. 60 Abs. 3 Satz 2 des bisherigen BayBG. Die Änderung ist rein redaktioneller Art, lediglich der Verweis wird aktualisiert.

Abs. 3 entspricht weitgehend dem Art. 61 Abs. 2 Satz 1 des bisherigen BayBG. Die Änderung ist rein redaktioneller Art, lediglich die Verweise werden aktualisiert.

Zu Art. 72 Dienstzeugnis

Art. 72 entspricht inhaltlich in vollem Umfang Art. 102 des bisherigen BayBG.

Zu Art. 73 Eid und Gelöbnis

Art. 73 konkretisiert die Vorschrift des § 38 BeamtStG und entspricht weitgehend Art. 66 des bisherigen BayBG.

Zu Art. 74 Residenzpflicht

Art. 74 entspricht inhaltlich in vollem Umfang Art. 82 des bisherigen BayBG.

Zu Art. 75 Pflicht zum Tragen von Dienstkleidung

Art. 75 entspricht inhaltlich in vollem Umfang Art. 83 des bisherigen BayBG.

Zu Art. 76 Amtsbezeichnung

Art. 76 entspricht inhaltlich in vollem Umfang Art. 89 des bisherigen BayBG.

Zu Art. 77 Dienstvergehen von Ruhestandsbeamten und Ruhestandsbeamtinnen

Art. 77 füllt die den Ländern durch § 47 Abs. 2 Satz 2 BeamtStG verliehene Kompetenz aus und übernimmt teilweise Regelungen aus Art. 84 Abs. 2 Satz 1 des bisherigen BayBG.

Im einzelnen stellt es gemäß Nr. 1 auch ein Dienstvergehen von Ruhestandsbeamten, Ruhestandsbeamtinnen oder früheren Beamten und Beamtinnen mit Versorgungsbezügen dar, wenn sie an Bestrebungen teilnehmen, die sich gegen den Bestand oder die Sicherheit des Freistaates Bayern richten. Die Nrn. 2 und 3 übernehmen inhaltlich die Regelungen des Art. 84 Abs. 2 Nrn. 4 und 6 des bisherigen BayBG. Die Verweise werden dem neuen BeamtStG angepasst. Von Art. 84 Abs. 2 Nr. 6 des bisherigen BayBG war nur die zweite Alternative des Zuwiderhandelns gegen eine Untersagung nach § 41 Satz 2 BeamtStG in das Landesrecht zu übernehmen. Die erste Alternative des Verstoßes gegen die Anzeigepflicht ist nunmehr abschließend bundesrechtlich durch § 47 Abs. 2 Satz 1 i. V. m. § 41 Satz 1 BeamtStG geregelt.

Zu Art. 78 Verjährung von Schadenersatzpflicht und gesetzlicher Forderungsübergang

Art. 78 konkretisiert § 48 BeamtStG und entspricht inhaltlich Art. 85 Abs. 2 und 3 des bisherigen BayBG.

Zu Art. 79 Befreiung von Amtshandlungen

Art. 79 übernimmt weitgehend die Vorschrift des Art. 67 des bisherigen BayBG. Art. 67 Abs. 2 des bisherigen BayBG ist durch die allgemeine Definition in Art. 4 des Gesetzes entbehrlich geworden und wird gestrichen.

Zu Art. 80 Auskünfte an die Medien

Art. 80 entspricht inhaltlich Art. 72 des bisherigen BayBG.

Zu Art. 81 Nebentätigkeit auf Verlangen des Dienstherrn, Genehmigungspflicht

Nach derzeitiger Rechtslage beeinträchtigt die Ausübung einer Nebentätigkeit dienstliche Interessen im Regelfall dann, wenn die damit verbundene zeitliche Inanspruchnahme ein Fünftel der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit überschreitet. Die Verlängerung der Arbeitszeit auf bis zu 42 Stunden in der Woche führte dazu, dass Beamten und Beamtinnen ein größerer zeitlicher Rahmen für Nebentätigkeiten verbleibt und daher zu einem Ergebnis, das mit den Zielsetzungen des Nebentätigkeitsrechts nicht in Einklang steht. Darüber hinaus ist die Anwendung der sog. Fünftelregelung in der Praxis auch im Hinblick auf die vom Lebensalter abhängigen unterschiedlichen Wochenarbeitszeiten problematisch. Aus diesem Grunde, aber auch unter dem Gesichtspunkt der Gleichbehandlung, wird die maßgebliche Grenze in Art. 81 Abs. 3 Satz 3 auf einheitlich acht Stunden in der Woche festgelegt.

Die weiteren Regelungen in Art. 81 sind identisch mit den Vorschriften in Art. 73 des bisherigen BayBG.

Zu Art. 82 Genehmigungsfreie Nebentätigkeit

Art. 82 entspricht inhaltlich in vollem Umfang Art. 74 des bisherigen BayBG.

Zu Art. 83 Rückgriffshaftung des Dienstherrn

Art. 83 entspricht inhaltlich in vollem Umfang Art. 75 des bisherigen BayBG.

Zu Art. 84 Beendigung der Nebentätigkeit im öffentlichen Dienst

Art. 84 entspricht inhaltlich in vollem Umfang Art. 76 des bisherigen BayBG.

Zu Art. 85 Ausführungsverordnung

Art. 85 entspricht inhaltlich in vollem Umfang Art. 77 des bisherigen BayBG.

Zu Art. 86 Beschäftigung oder Erwerbstätigkeit von Ruhestandsbeamten und Ruhestandsbeamtinnen sowie früheren Beamten und Beamtinnen mit Versorgungsbezügen

Art. 86 entspricht weitgehend Art. 78 des bisherigen BayBG soweit landesrechtlich neben § 41 BeamStG noch Regelungskompetenz verbleibt. Er normiert die Dauer einer Anzeigepflicht nach § 41 Satz 1 BeamStG sowie die Zuständigkeit für die Untersagung einer entsprechenden Tätigkeit. Beide Regelungen entsprechen materiell denjenigen in Art. 78 Abs. 1 Satz 1 des bisherigen BayBG.

Zu Art. 87 Regelung der Arbeitszeit, Mehrarbeit

Mit der Neufassung von Art. 87 Abs. 3 Satz 2 wird Art. 6 Buchst. b der Richtlinie 2003/88/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. November 2003 über bestimmte Aspekte der Arbeitszeitgestaltung umgesetzt. Diese Norm begrenzt die wöchentliche Arbeitszeit einschließlich Mehrarbeit und Bereitschaftsdienst auf 48 Stunden. Die insoweit in Art. 80 Abs. 3 Satz 2 des bisherigen BayBG vorgesehene Beschränkung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 50 Stunden für Arbeitszeitmodelle mit einer langfristig ungleichmäßigen Verteilung der Arbeitszeit ist nicht EU-rechtskonform und wird deshalb durch die EU-rechtlich maximal zulässige Grenze von 48 Stunden ersetzt.

Die übrigen Vorschriften in Art. 87 sind mit den hierzu korrespondierenden Bestimmungen in Art. 80 des bisherigen BayBG inhaltsgleich.

Zu Art. 88 Antragsteilzeit

Art. 88 entspricht inhaltlich weitgehend Art. 80a des bisherigen BayBG. Art. 80a Abs. 2 Satz 3 konnte aufgrund der Festlegung einer einheitlichen Höchstgrenze in Art. 81 Abs. 3 Satz 3 entfallen.

Zu Art. 89 Familienpolitische Teilzeit und Beurlaubung

Art. 89 regelt die Voraussetzungen und Rechtsfolgen einer familienpolitischen Teilzeit und Beurlaubung. Im Interesse der Familienförderung werden dabei die Möglichkeiten der Inanspruchnahme erweitert. Ermöglicht wird dies durch den Wegfall des § 44b des Beamtenrechtsrahmengesetzes (BRRG). Zur besseren Verständlichkeit des Art. 89 wird dieser außerdem im Vergleich zur Vorgängernorm Art. 80b des BayBG in den Abs. 1 und 2 teilweise umstrukturiert.

Abs. 1 Nr. 1 fasst zunächst die in Art. 80b Abs. 1 Satz 1 Buchst. a) und b) des bisherigen BayBG geregelten Alternativen zusammen und räumt den Beamten und Beamtinnen im Gegensatz zu Art. 80b Abs. 1 Nr. 1 und Abs. 2 des bisherigen BayBG einen Anspruch auf Ermäßigung der wöchentlichen Arbeitszeit auf mindestens durchschnittlich 10 Stunden sowie einen Anspruch auf Urlaub ohne Dienstbezüge ein ohne die bisherige zeitliche Grenze von 12 Jahren. Die zeitliche Höchstgrenze für Beurlaubungen wird stattdessen nun in Art. 92 einheitlich auf 15 Jahre angehoben. Der Anspruch steht unter dem Vorbehalt, dass keine zwingenden dienstlichen Belange entgegenstehen. Aufgrund unterschiedlicher personalwirtschaftlicher Problemlagen können diese Belange im Einzelfall in den verschiedenen Geschäftsbereichen unterschiedlich auszulegen und zu gewichten sein.

Abs. 1 Nr. 2 ist neu in das Gesetz eingefügt worden. Um die Vereinbarkeit von Elternzeit und Berufstätigkeit zu fördern, wird hier für diesen Zeitraum ein Anspruch auf Teilzeitbeschäftigung auch mit weniger als den in der Nr. 1 angeführten 10 wöchentlichen Stunden normiert.

Abs. 2 nimmt die Sätze 2 bis 4 des Art. 80b Abs. 1 des bisherigen BayBG auf. Der Verweis in Satz 2 wird aktualisiert.

Abs. 3 entspricht in seinem Regelungsgehalt Art. 80b Abs. 3 des bisherigen BayBG. Der zusätzliche Satz 2 stellt lediglich klar, dass für eine Nebentätigkeit während der familienpolitischen Teilzeit bzw. Beurlaubung auch die allgemeinen Vorschriften über Nebentätigkeiten anzuwenden bleiben.

Abs. 4 gibt Art. 80b Abs. 4 des bisherigen BayBG inhaltlich unverändert wieder.

Der BBB fordert eine Ausweitung der Möglichkeit der Teilzeitbeschäftigung auf weniger als 10 Stunden pro Woche im Beamtenverhältnis auch außerhalb einer Elternzeit. Dieses Anliegen wird jedoch als personalwirtschaftlich und -organisatorisch problematisch abgelehnt.

Zu Art. 90 Arbeitsmarktpolitische Beurlaubung

Art. 90 entspricht inhaltlich in vollem Umfang Art. 80c des bisherigen BayBG.

Zu Art. 91 Altersteilzeit

Art. 91 entspricht inhaltlich in vollem Umfang Art. 80d des bisherigen BayBG.

Zu Art. 92 Zeitliche Höchstgrenzen, Zuständigkeit, Hinweispflicht

In Abs. 1 Satz 1 wird die Höchstgrenze für Beurlaubungen auf 15 Jahre angehoben. Damit ergibt sich nun eine einheitliche

Höchstgrenze für alle Arten von Beurlaubungen. Diese Regelung wird ermöglicht durch den Wegfall des § 44b BRRG und bedeutet eine Verbesserung für die Beamten und Beamtinnen. Durch diese Änderung wird die Regelung in Art. 80e Abs. 1 Satz 4 des bisherigen BayBG obsolet. Im Übrigen entspricht Art. 92 der Regelung des Art. 80e des bisherigen BayBG.

Zu Art. 93 Erholungs- und Sonderurlaub

Art. 93 konkretisiert die Regelung des § 44 BeamtStG und entspricht weitgehend Art. 99 des bisherigen BayBG. Redaktionelle Änderungen ergeben sich lediglich in Abs. 1, der nunmehr den Wortlaut des Art. 99 Abs. 1 Satz 4 des bisherigen BayBG wieder gibt. Art. 99 Abs. 1 Satz 1 des bisherigen BayBG ist aufgrund der inhaltsgleichen Regelung in § 45 BeamtStG entbehrlich. Die Bestimmungen in Art. 99 Abs. 1 Sätze 2 und 3 des bisherigen BayBG sind im Interesse der Deregulierung verzichtbar.

Zu Art. 94 Rechtsfolgen der Wahl in das Parlament eines anderen Bundeslandes

Art. 94 entspricht inhaltlich in vollem Umfang Art. 99a des bisherigen BayBG.

Zu Art. 95 Fernbleiben vom Dienst

Art. 95 entspricht inhaltlich in vollem Umfang Art. 81 des bisherigen BayBG.

Zu Art. 96 Beihilfe in Krankheits-, Geburts-, Pflege- und sonstigen Fällen

Art. 96 entspricht inhaltlich in vollem Umfang Art. 86a des bisherigen BayBG.

Zu Art. 97 Ausgleich für erhöhte Lebenshaltungskosten

Art. 97 entspricht inhaltlich in vollem Umfang Art. 86b des bisherigen BayBG. Die Außerkrafttretensregelung des Abs. 7 wurde in Art. 147 aufgenommen.

Zu Art. 98 Schadensersatz bei Gewaltakten Dritter und Sachschadensersatz bei Unfällen

Abs. 1 regelt den Schadensersatz bei Gewaltakten Dritter und übernimmt inhaltlich unverändert die Regelungen des Art. 97 Abs. 1 Sätze 1 und 2 des bisherigen BayBG.

Abs. 2 normiert den Sachschadensersatz bei Unfällen, der bisher in den bayerischen Verwaltungsvorschriften zum Versorgungsrecht als sog. „Sachschadensersatzrichtlinien“ geregelt ist. Diese Verankerung im Gesetz verschafft den Beamten und Beamtinnen größere Rechtssicherheit. Der Sachschadensersatz ist als Ermessenentscheidung ausgestaltet und enthält einen Ausschlussstatbestand bei vorsätzlicher oder grob fahrlässiger Verursachung des Schadens durch Beamte und Beamtinnen.

Die Abs. 3 und 4 entsprechen inhaltlich den Art. 97 Abs. 1 Satz 3, Abs. 2 und 3 des bisherigen BayBG.

Zu Art. 99 Mutterschutz, Elternzeit, Schwerbehinderung Arbeitsschutz

Art. 99 entspricht inhaltlich in vollem Umfang Art. 88 des bisherigen BayBG. Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 wurde aktualisiert und verweist nunmehr auf das Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz.

Zu Art. 100 Jugendarbeitsschutz

Art. 100 entspricht inhaltlich in vollem Umfang Art. 88a des bisherigen BayBG.

Zu Art. 101 Jubiläumswendung

Art. 101 entspricht inhaltlich in vollem Umfang Art. 88b des bisherigen BayBG.

Zu Art. 102 Erhebung personenbezogener Daten

Art. 102 entspricht inhaltlich in vollem Umfang Art. 100 des bisherigen BayBG.

Zu Art. 103 Zugang zur Personalakte

Art. 103 entspricht inhaltlich in vollem Umfang Art. 100a Abs. 3 des bisherigen BayBG und füllt § 50 BeamtStG aus.

Zu Art. 104 Gliederung und Gestaltung von Personalakten

Art. 104 übernimmt in Abs. 1 inhaltlich unverändert die in Art. 100a Abs. 2 des bisherigen BayBG enthaltenen Regelungen und in Abs. 2 die Bestimmungen des Art. 100a Abs. 1 Sätze 4 und 5 des bisherigen BayBG. Ergänzt wird die Regelung durch § 50 BeamtStG.

Zu Art. 105 Beihilfeunterlagen

Art. 105 übernimmt den Wortlaut des Art. 100b des bisherigen BayBG.

Entfernt wird lediglich die bisher in Satz 5 enthaltene entsprechende Anwendung der Sätze 1 bis 4 auf Dienstunfallunterlagen der Pensionsbehörden. Die Unfallfürsorgestelle erhält damit die Möglichkeit, der Personalstelle eingeholte ärztliche Gutachten auch ohne Einwilligung der Betroffenen für statusrechtliche Entscheidungen zur Kenntnis zu bringen, um ungerechtfertigte Versorgungsleistungen zu vermeiden.

Zu Art. 106 Anhörung

Art. 106 entspricht inhaltlich in vollem Umfang Art. 100c des bisherigen BayBG.

Zu Art. 107 Einsichtnahme in Personalakten

Art. 107 entspricht inhaltlich in vollem Umfang Art. 100d des bisherigen BayBG.

Zu Art. 108 Vorlage von Personalakten und Auskunft aus Personalakten

Art. 108 entspricht inhaltlich in vollem Umfang Art. 100e des bisherigen BayBG.

Zu Art. 109 Entfernung von Unterlagen aus Personalakten

Art. 109 entspricht inhaltlich in vollem Umfang Art. 100f des bisherigen BayBG.

Zu Art. 110 Aussonderung von Personalakten

Art. 110 entspricht inhaltlich in vollem Umfang Art. 100g des bisherigen BayBG.

Die Regelungen des Art. 100g Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 und 3 des bisherigen BayBG wurden mangels unterschiedlichem Regelungsgehalt zusammengefasst.

Zu Art. 111 Automatisierte Verarbeitung und Nutzung von Personalaktendaten

Art. 111 entspricht inhaltlich in vollem Umfang Art. 100h des bisherigen BayBG.

Zu Art. 112 Errichtung, Unabhängigkeit

Art. 112 entspricht inhaltlich in vollem Umfang Art. 105 des bisherigen BayBG.

Zu Art. 113 Zusammensetzung

Art. 113 entspricht inhaltlich in vollem Umfang Art. 106 des bisherigen BayBG.

Zu Art. 114 Rechtsstellung

Art. 114 entspricht inhaltlich in vollem Umfang Art. 108 des bisherigen BayBG.

Zu Art. 115 Aufgaben

Art. 115 entspricht inhaltlich in vollem Umfang Art. 109 des bisherigen BayBG.

Zu Art. 116 Geschäftsordnung

Art. 116 entspricht inhaltlich in vollem Umfang Art. 110 des bisherigen BayBG.

Zu Art. 117 Sitzungen, Beschlussfähigkeit

Art. 117 entspricht inhaltlich in vollem Umfang Art. 111 des bisherigen BayBG.

Zu Art. 118 Beweiserhebungsrecht, Amts- und Rechtshilfe

Art. 118 entspricht inhaltlich in vollem Umfang Art. 112 des bisherigen BayBG.

Zu Art. 119 Bekanntmachung und Bindungswirkung der Beschlüsse

Art. 119 entspricht inhaltlich in vollem Umfang Art. 113 des bisherigen BayBG.

Zu Art. 120 Geschäftsstelle

Art. 120 entspricht inhaltlich in vollem Umfang Art. 114 des bisherigen BayBG.

Zu Art. 121 Beamte und Beamtinnen des Landtags

Art. 121 entspricht inhaltlich in vollem Umfang Art. 125 des bisherigen BayBG.

Zu Art. 122 Beamte und Beamtinnen auf Zeit

Art. 122 wurde im Vergleich zur Vorgängernorm des Art. 128 des bisherigen BayBG aus systematischen Gründen teilweise umstrukturiert.

Abs. 1 Satz 1 übernimmt unverändert Art. 128 Abs. 1 des bisherigen BayBG. Abs. 1 Satz 2 entspricht inhaltlich in vollem Umfang Art. 128 Abs. 2 Satz 2 des bisherigen BayBG.

Abs. 2 Satz 1 nimmt die Vorschrift des Art. 39 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 des bisherigen BayBG auf. Die Regelungskompetenz des Landesgesetzgebers ergibt sich aus § 6 BeamtStG. Abs. 2 Satz 2 entspricht inhaltlich in vollem Umfang dem Art. 128 Abs. 3 Satz 2 des bisherigen BayBG.

Abs. 3 Satz 1 stimmt inhaltlich weitgehend mit Art. 128 Abs. 3 Satz 1 des bisherigen BayBG überein. Abs. 3 Satz 2 ist bisher mit gleichem Wortlaut in Art. 40 Abs. 1 Nr. 5 des bisherigen BayBG enthalten. Die Regelungskompetenz der Länder folgt ebenfalls aus § 6 BeamtStG.

Abs. 4 entspricht Art. 128 Abs. 4 des bisherigen BayBG. Er bleibt inhaltlich unverändert.

Abs. 5 ist weitgehend mit Art. 128 Abs. 5 des bisherigen BayBG identisch. In Satz 4 wurden die Bezüge nach Satz 1 nunmehr als Erwerbseinkommen definiert sowie der Bezug auf § 54 BeamtVG durch einen solchen auf § 53 Abs. 7 BeamtVG ersetzt. Zur Sicherstellung, dass die als finanzielle Überbrückung des

Überganges vom Beamtenverhältnis auf Zeit in das frühere Lebenszeitbeamtenverhältnis fungierenden „Bezüge“ und ein zustehendes Übergangsgeld nach § 47 BeamtVG nicht uneingeschränkt nebeneinander geleistet werden, werden die „Bezüge“ nach Art. 122 Abs. 5 in den Katalog der nach § 47 Abs. 5 BeamtVG auf das Übergangsgeld anzurechnenden Leistungen aufgenommen. Die (bisherige) Gleichstellung der „Bezüge“ mit früheren Versorgungsbezügen im Sinne des § 54 BeamtVG war nicht zielführend, weil letztere nicht von der Anrechnungsregelung des § 47 Abs. 5 BeamtVG erfasst wurden.

Zu Art. 123 Ruhestandseintritt

Abs. 1 wird hinsichtlich der für den Ruhestandseintritt maßgeblichen Altersgrenzen an den Wortlaut des neuen Art. 62 angepasst. Inhaltlich tritt im Vergleich zu Art. 55 Abs. 3 des bisherigen BayBG keine Änderung ein.

Abs. 2 Sätze 1 und 2 entsprechen inhaltlich in vollem Umfang dem Art. 56 Abs. 2 des bisherigen BayBG. Satz 3 übernimmt die Regelung des Art. 61 Abs. 2 Satz 2 des bisherigen BayBG.

Abgesehen von der Aktualisierung des Verweises in Satz 2 stimmt Abs. 3 mit Art. 54 Abs. 2 des bisherigen BayBG überein.

Zu Art. 124 Polizeivollzugsbeamte und Polizeivollzugsbeamtinnen

Art. 124 entspricht inhaltlich in vollem Umfang Art. 129 des bisherigen BayBG.

Zu Art. 125 Status der Beamten und Beamtinnen im Polizeivollzugsdienst in Ausbildung

Art. 125 entspricht inhaltlich in vollem Umfang Art. 130 des bisherigen BayBG.

Zu Art. 126 Laufbahnvorschriften

Art. 126 entspricht inhaltlich in vollem Umfang Art. 131 des bisherigen BayBG.

Zu Art. 127 Gemeinschaftsunterkunft

Art. 127 entspricht inhaltlich in vollem Umfang Art. 132 des bisherigen BayBG.

Zu Art. 128 Polizeidienstunfähigkeit

Art. 128 entspricht inhaltlich in vollem Umfang Art. 134 des bisherigen BayBG. Lediglich die Verweisung in Abs. 3 wurde in eine solche auf das BeamtStG umgestellt.

Zu Art. 129 Altersgrenze

Art. 129 wird hinsichtlich der für den Ruhestandseintritt maßgeblichen Altersgrenzen an den Wortlaut des neuen Art. 62 angepasst. Auf die Begründung zu dieser Norm wird insoweit verwiesen. Inhaltlich tritt im Vergleich zu Art. 135 des bisherigen BayBG keine Änderung ein.

Zu Art. 130 Beamte und Beamtinnen bei Justizvollzugsanstalten

Art. 130 verweist analog der Vorgängervorschrift des Art. 136 des bisherigen BayBG auf die Regelung für Beamte und Beamtinnen im Polizeivollzugsdienst. Auf die Begründung zu Art. 129 wird daher verwiesen.

Zu Art. 131 Beamte und Beamtinnen des Landesamts für Verfassungsschutz

Art. 131 entspricht inhaltlich in vollem Umfang Art. 137 des bisherigen BayBG. Der Verweis auf Art. 129 führt zu den glei-

chen Auswirkungen wie bei Beamten und Beamtinnen im Polizeivollzugsdienst. Auf die Begründung zu Art. 129 wird Bezug genommen.

Zu Art. 132 Feuerwehrbeamte und Feuerwehrbeamtinnen

Art. 132 übernimmt den Regelungsgehalt des Art. 138 des bisherigen BayBG. Auf die Begründung zu Art. 129 wird verwiesen.

Der BBB fordert eine Ausweitung des Anwendungsbereiches dieser Norm durch den Wegfall der Voraussetzung des „Einsatzdienstes“. Der Anregung wird nicht entsprochen, da Regelungen über die Altersgrenzen dem neuen Dienstrecht für Bayern vorbehalten bleiben sollen.

Zu Art. 133 Notariatsbeamte und Notariatsbeamtinnen

Art. 133 entspricht inhaltlich in vollem Umfang Art. 139 des bisherigen BayBG.

Zu Art. 134 Ehrenbeamte und Ehrenbeamtinnen

Die Verweise in Art. 134 Abs. 1 Nr. 1 werden der neuen Rechtslage angepasst. Im Übrigen entspricht Art. 134 der Regelung des Art. 140 des bisherigen BayBG.

Zu Art. 135 Bestimmung von Dienstvorgesetzten oder Vorgesetzten

Art. 135 entspricht inhaltlich in vollem Umfang Art. 142 des bisherigen BayBG.

Zu Art. 136 Zuständigkeiten bei nichtstaatlichen Dienstherrn

Art. 136 entspricht inhaltlich in vollem Umfang Art. 143 des bisherigen BayBG.

Zu Art. 137 Oberste Aufsichtsbehörde

Art. 137 entspricht inhaltlich in vollem Umfang Art. 141 des bisherigen BayBG.

Zu Art. 138 Übernahme von Kirchenbeamten und Kirchenbeamtinnen in ein Beamtenverhältnis im Sinn des Bayerischen Beamtengesetzes

Art. 138 entspricht Art. 144a des bisherigen BayBG. Der Begriff der „Anstellungsprüfung“ wird ersetzt durch den Begriff „Laufbahnprüfung“.

Zu Art. 139 Ausbildungskostenerstattung

Art. 139 Abs. 1 bis 5 entsprechen den Abs. 1 bis 5 des Art. 144b des bisherigen BayBG. Der Begriff der „Anstellungsprüfung“ wird ersetzt durch den Begriff „Laufbahnprüfung“.

Nachdem von der Verordnung über die Erstattung der Ausbildungskosten bei einem Dienstherrnwechsel von Beamten des mittleren und gehobenen Dienstes (Ausbildungskostenerstattungsverordnung) vom 24. Juli 1986 nur mehr wenige Regelungsgegenstände umfasst sind, wird diese in Abs. 6 bis 10 des Art. 139 überführt.

Zu Art. 140 Fortbildungskostenerstattung

Art. 140 entspricht inhaltlich in vollem Umfang Art. 144c des bisherigen BayBG.

Zu Art. 141 Übergangsregelung zum Wegfall der Anstellung

Durch das BeamStG ist das Rechtsinstitut der Anstellung entfallen. Art. 141 enthält die notwendige Übergangsregelung.

Beamten und Beamtinnen, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des BeamStG noch kein Amt innehaben, wird durch Abs. 1 Satz 1

der Vorschrift automatisch kraft Gesetzes ein solches verliehen. Aus Gründen der Rechtssicherheit erfolgt darüber hinaus gemäß Abs. 1 Satz 2 noch eine deklaratorische Feststellung der Amtsverleihung durch die Ernennungsbehörde.

Abs. 2 stellt sicher, dass Beamte und Beamtinnen, denen bis zum Ablauf des 31. März 2009 bereits ein Amt verliehen wurde, durch den Wegfall des Instituts der Anstellung keine Nachteile erleiden. Auf diese Beamten und Beamtinnen ist Art. 28 Abs. 2 Satz 2 Nr. 2 nicht anwendbar, um zu verhindern, dass mit der Begründung eines Beamtenverhältnisses auf Lebenszeit eine neue Beförderungssperre beginnt. Die Beförderungssperre des Art. 21 Abs. 2 Satz 2 Nr. 2 des bisherigen BayBG muss für diese Beamten und Beamtinnen jedoch weiterhin gelten, um diese Beamtinnen und Beamten nicht ungerechtfertigt besser zu stellen.

Zu Art. 142 Übergangsregelung zum Antragsruhestand

Art. 142 enthält wie die Vorgängernorm des Art. 148 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 2 des bisherigen BayBG Übergangsregelungen zum Antragsruhestand. Lediglich die darin enthaltenen Verweise werden an das neue BayBG angepasst.

Die Übergangsregelung des Art. 148 Abs. 1 Satz 1 des bisherigen BayBG konnte in Ermangelung praktischer Anwendungsfälle entfallen.

Zu Art. 143 Verteilung der Versorgungslast nach bisherigem Recht

Art. 143 entspricht inhaltlich in vollem Umfang Art. 150 des bisherigen BayBG. Die Übergangsvorschrift stellt sicher, dass die bisherigen Regelungen zur Versorgungslastenverteilung (Art. 120 des bisherigen BayBG, um die Ausgleichsansprüche für Dienstherrnwechsel ab dem 01. Oktober 1960 bis zum Inkrafttreten der Neuregelung fortzuführen, sowie Art. 150 des bisherigen BayBG für Dienstherrnwechsel vor dem 1. Oktober 1960) fortgelten.

Zu Art. 144 Zuständigkeiten im Vollzug des Beamtenversorgungsgesetzes

Art. 144 entspricht inhaltlich weitgehend Art. 119 des bisherigen BayBG. Der Verweis auf § 81 BeamtVG wurde gestrichen, da diese Norm durch Art. 1 Nr. 49 des Versorgungsänderungsgesetzes 2001 mit Wirkung vom 01. Januar 2002 aufgehoben wurde. Anwendungsfälle dieser Norm konnten wegen Zeitablaufs nicht mehr eintreten.

Zu Art. 145 Versorgungsausgleich zwischen mehreren Dienstherrn

Art. 145 entspricht inhaltlich in vollem Umfang Art. 120 des bisherigen BayBG.

Zu Art. 146: Bayerisches Richtergesetz

Art. 146 enthält die Änderungen des BayRiG. Die Nrn. 1, 2, 4, 6 und 9 enthalten Änderungen rein redaktioneller Art.

Die Nr. 3 enthält die Änderung des Art. 8a BayRiG. Die Verweisung in Abs. 2 Satz 1 Nr. 4 BayRiG auf die nebensächlich-rechtlichen Vorschriften des Bayerischen Beamtengesetzes wird redaktionell an die Neubekanntmachung des Bayerischen Beamtengesetzes angepasst. Nachdem der Gesetzgeber in Art. 81 Abs. 3 Satz 3 BayBG nunmehr nicht mehr an die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit, sondern an eine feste zeitliche Grenze anknüpft, ist Abs. 2 Satz 3 obsolet. Diese gilt ohne Rücksicht auf die Bewilligung von Dienstermäßigung in demselben Umfang wie bei vollem Dienst.

Nr. 5 ändert Art. 8d BayRiG. In Abs. 1 Satz 1 wird die Höchstgrenze für Beurlaubungen – entsprechend der Regelung im Beam-

tenrecht – auf 15 Jahre angehoben. Damit ergibt sich eine einheitliche Höchstgrenze für alle Arten von Beurlaubungen. Diese Regelung wird ermöglicht durch die Neufassung des § 76a DRiG und die Aufhebung des § 76b DRiG durch das Beamtenstatusgesetz. Die Regelungen in Art. 8d Abs. 1 Satz 3 BayRiG a. F. ist nunmehr obsolet.

Die Änderung in Art. 18 BayRiG durch die Nr. 7 stellt eine redaktionelle Folgeänderung im Hinblick auf Art. 146 Nr. 8 dar. Mit der Regelung wird klargestellt, dass sich die Amtszeit eines Richterrats ggf. auf nahezu sechs Jahre erstrecken kann.

Die Nr. 8 ändert Art. 24 BayRiG. Der Richterrat ist regelmäßig im nächsten regelmäßigen Wahlzeitraum zu wählen. Außerordentliche Wahlen zum Richterrat gegen Ende der regelmäßigen Amtszeit des Richterrats konnten bisher dazu führen, dass nach kurzer Zeit, nämlich zum nächsten regelmäßigen Wahltermin (Art. 18 Abs. 2 BayRiG), eine Neuwahl stattfinden muss. Durch die Einfügung des Art. 24 Abs. 3 BayRiG werden mehrere kurz aufeinander folgende Wahlen vermieden. Die Regelung entspricht Art. 27 Abs. 5 BayPVG. Kraft Verweisung in Art. 51 BayRiG gilt sie auch für die örtlichen Staatsanwaltsräte und die Bezirksstaatsanwaltsräte.

Art. 78 BayRiG wird durch die Nr. 10 geändert. Das Verfahren zur Versetzung eines Richters oder einer Richterin wegen Dienstunfähigkeit in den Ruhestand wird im Sinne der Vereinfachung und Deregulierung gestrafft und durch Verzicht auf das spezielle förmliche Verfahren beschleunigt. Auch wenn sich die Regelung an der Neufassung des Art. 66 BayBG orientiert, ist eine eigenständige richterrechtliche Vorschrift über das Verfahren der Ruhestandsversetzung weiterhin geboten.

Im Hinblick auf die Regelung in § 34 DRiG wird für das Verfahren entsprechend der bisherigen Regelung darauf abgestellt, ob der Richter oder die Richterin der Versetzung in den Ruhestand schriftlich zustimmt. Stimmt er oder sie nicht zu, kann die Versetzung in den Ruhestand entsprechend der bundesrechtlichen Vorgabe nur auf Grund rechtskräftiger richterlicher Entscheidung erfolgen.

Im Einzelnen ist auf Folgendes hinzuweisen:

Abs. 4 regelt die grundsätzlichen Handlungsalternativen der obersten Dienstbehörde für den Fall, dass der Richter seiner Versetzung in den Ruhestand nicht zustimmt.

Stimmt der Richter seiner Versetzung in den Ruhestand nicht schriftlich zu, muss die oberste Dienstbehörde eine Entscheidung dahingehend treffen, ob sie einen Antrag an das Dienstgericht auf Feststellung der Zulässigkeit der Versetzung in den Ruhestand stellt oder das Verfahren einstellt. Diese Entscheidung muss dem Richter oder seinem Vertreter zugestellt werden.

Abs. 5 regelt die Einbehaltung von Bezügen. Anknüpfungspunkt ist nunmehr die Zustellung der Entscheidung der obersten Dienstbehörde, dass Antrag auf Feststellung der Zulässigkeit der Versetzung in den Ruhestand gestellt wird.

Abs. 6 entspricht inhaltlich weitgehend der Regelung in Abs. 7 Sätze 2 und 3 a. F.

Zu Art. 147: Inkrafttreten, Außerkrafttreten:

Abs. 1 Satz 1 regelt das Inkrafttreten dieses Gesetzes. Satz 2 enthält die Außerkrafttretensregelung in Art. 86b des bisherigen BayBG.

Abs. 2 regelt die Aufhebung von Vorschriften. Betroffen hiervon ist zum einen das Bayerische Beamtengesetz in der bisherigen Fassung, das im Hinblick auf die Neufassung dieses Gesetzes nicht mehr benötigt wird. Darüber hinaus kann auch die Verordnung über die Erstattung der Ausbildungskosten bei einem Dienstherrnwechsel von Beamten des mittleren und gehobenen Dienstes (Ausbildungskostenerstattungsverordnung) aufgehoben werden, nachdem die diesbezüglichen Normen im Interesse der Deregulierung reduziert und die verbleibenden Bestimmungen in Art. 139 BayBG integriert worden sind.